

# Preussische Allgemeine



Nr. 28 · 15. Juli 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



## Ein Jahr danach

Zwölf Monate nach dem Hochwasser an der Ahr sind viele Flutschäden beseitigt. Von einem normalen Leben ist die Region jedoch weit entfernt **Seiten 3 und 8**



**Ökologie** Teslas Durst bedroht die trockene Mark Brandenburg **Seite 12**



**Reise** Brünn erinnert an den „Vater der Genetik“, Gregor Johann Mendel **Seite 21**

### AUFGEFALLEN

## Wiederkehr eines einstigen Auslaufmodells

Corona-Pandemie und Ukrainekrieg würfeln uns wie beim Monopoly zurück auf Start. Bei der Frage, ob Kern- und Kohlekraftwerke die gegenwärtigen Energieprobleme lösen sollen, fühlt man sich in längst vergangene Debatten zurückkatapultiert. War vorgestern doch die bessere Zukunft? Und ist man in den letzten Jahren mit Rücksicht auf die Umwelt Wege gegangen, die in eine wirtschaftliche und soziale Falle geführt haben?

Auch bei der Lufthansa scheinen derlei Gedanken umzugehen. In einer Mitteilung an ihre Kunden, in der sie sich für Flugausfälle, Verspätungen und weitere Unannehmlichkeiten infolge Corona- und kriegsbedingter Engpässe entschuldigt, kündigt die Kranich-Airline die Reaktivierung des Airbus A 380 an. Der Riesenflieger war eigentlich schon eingemottet, weil er mit seinen vier Triebwerken als Kerosinfresser und daher wenig wirtschaftlich galt. Weil außer Emirates auch andere Fluggesellschaften den A 380 nach und nach ausgemustert haben, stellte Airbus die Produktion Ende vergangenen Jahres sogar ganz ein.

Nun also die Kehrtwende. Als Grund dafür nannte die Lufthansa Verzögerungen bei der Auslieferung der geplanten Nachfolgeflugzeugtypen sowie den Mangel an Personal für die Abfertigung der vielen mittelgroßen Maschinen, die den Riesen-Airbus eigentlich ersetzen sollten. Insofern ist die Rückkehr des A380 kein Beleg für eine Rückbesinnung, sondern das Eingeständnis weiterer Engpässe. **tws**

### POLITIK

## Wenn frische Strahlkraft zum narzisstischen Elend wird

Mit Boris Johnsons Rücktritt endete nun auch in Großbritannien ein Aufstand gegen das politische Establishment. Über Glanz und Elend des Populismus

VON KLAUS KELLE

**B**oris Johnson war so etwas wie eine politische Wundertüte. Einer, der in keines der gängigen Raster zu passen schien. Ein Konservativer, der oft gar nicht konservativ wirkte in dem, was er tat und wie er es tat. Ein Volkstribun, der die Sprache der Menschen auf den Straßen sprechen konnte. Einer, dem man nachsagte, dass er davon träumte, Winston Churchill nachzufolgen. Der erste (west)europäische Regierungschef, der ohne zu zögern der von Russland angegriffenen Ukraine auch militärisch massiv zu helfen bereit war. Und der gleichzeitig seinem Volk strenge Corona-Regeln verpasste, um diese dann im privaten Leben selbst zu brechen. „Partygate“ und die unglaublichen Verteidigungsversuche – er habe nicht erkannt, dass es sich bei den Treffen mit Drinks in der Hand um eine Party gehandelt habe – waren der Anfang vom Ende eines trotz allem faszinierenden Politikers.

Gleichzeitig ist Johnson der Typus politischer Anführer, in dem sich manifestiert, warum diese Leute in der Regel letztlich immer scheitern. Das Volk mag sie – für ihre Bereitschaft, sich in die Schlacht zu stürzen, für ihre Fähigkeit, scharfzüngig und unerschrocken, offenkundige Missstände im eigenen Land und das Versagen der herrschenden Eliten anzuprangern. Aber was, wenn genau diese Fähigkeiten

sie dann an die Macht spülen? So wie Boris Johnson, so wie Donald Trump, Jair Bolsonaro oder auch Silvio Berlusconi?

Allein die Erfolgsgeschichten dieser Leute in der Politik sind faszinierend. Von Donald Trump erzählt man die glaubhafte Geschichte, dass er einmal beim alljährlichen „White House Correspondents Dinner“, wo er im Publikum saß, von Präsident Barack Obama am Rednerpult lächerlich gemacht wurde, weil Trump zuvor öffentlich Zweifel daran geäußert hatte, ob Obama überhaupt US-Staatsbürger sei. In diesem Moment, so die Legende, habe Trump beschlossen: Dir zeige ich's! Und er stieg ins Rennen um die Präsidentschaftskandidatur ein. Ein Zählkandidat, wie die meisten Beobachter dachten. Aber der Immobilien-Tycoon meinte es ernst.

### Der schnelle Weg vom Aufbruch zum Scheitern

Schon Trumps Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Republikaner war eine Sensation. Als er dann im November 2016 tatsächlich zum mächtigsten Mann der Welt gewählt wurde, glich das einem politischen Erdbeben, wie man es selten erlebt. Alles wurde plötzlich in Frage gestellt. Alte Feindschaften wie die zu Nordkorea zum Beispiel oder auch alte Freundschaften wie die mit EU und NATO. Nichts war mehr unantastbar, niemand des links-grün-woken Establishments sollte mehr sicher sein, die Agenda für die

Zukunft bestimmen zu können. Nicht einmal die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der er den Handschlag vor laufenden Kameras verweigerte. Herrlich unkonventionell, so empfanden viele die Anfangszeit seiner Präsidentschaft, wenngleich seine Respektlosigkeit gegenüber unserem Land natürlich inakzeptabel war.

Doch so frisch und unkonventionell, wie die Populisten beginnen, so scheitern sie oft auch. Vielleicht selbstberauscht vom Erfolg und der Ansicht, sich über Regeln hinwegsetzen zu können, sich eine eigene Wahrheit basteln zu können und zu glauben: Mir kann niemand. So war es bei Johnson, der harte Corona-Maßnahmen verfügte und sich dann selbst nicht daran hielt. So war es bei Trump, der nicht bereit war, seine Wahlniederlage 2020 zu akzeptieren, und der Amtsträger versuchte zu nötigen, Wahlergebnisse zu frisieren. 50 Gerichte in den USA haben sich mit Wahlentscheidungen des Trump-Teams beschäftigt. Ausnahmslos alle kamen zu dem Ergebnis, dass die Wahl korrekt verlaufen ist.

Der Glanz, den viele Populisten ausstrahlen, und der uns so zu begeistern vermag, er wird zum Elend, wenn deutlich wird, dass es oft Narzissten sind, Egomanen, die denken, dass die Regeln, die sie mitbeschlossen haben, nur für die anderen gelten. Und die dann von der Realität eingeholt werden, mit Schimpf und Schande vom Thron gejagt oder vor Gericht gezerrt werden.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Die steigenden Energiepreise werden für viele Mieter zur kalten Dusche **Seite 4**

#### Kultur

Eine Berliner Ausstellung zum 175. Geburtstag des Malers Max Liebermann **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Ein Schülerwettbewerb im südlichen Ostpreußen zum „Tag der Backsteingotik“ **Seite 13**

#### Lebensstil

Zu Besuch in Kunersdorf, einem einstigen Musenhof des preußischen Adels **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Deutsche Waffenhilfe** Ende Juni hat die Bundesregierung eine Aufstellung der erfolgten, der laufenden und der geplanten „militärischen Unterstützungsleistungen für die Ukraine“ ins Internet gestellt. Ein Überblick

## Was die Ukraine bekommen hat

Mehr als nur Gefechtshelme – Deutschland hat bereits Unmengen an Kriegsmaterial geliefert

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vier Monate nach Beginn des Ukrainekrieges legte die Bundesregierung erstmals offen, welche Waffen und militärische Ausrüstungen Deutschland inzwischen in die Ukraine geliefert hat und welche nach gegenwärtigem Stand noch übergeben werden sollen. Die Liste der bereits gewährten oder noch geplanten Unterstützungsleistungen war bislang lediglich für Bundestagsabgeordnete in der Geheimschutzstelle des Parlaments einsehbar, während die Öffentlichkeit nur ganz punktuelle Informationen erhielt.

Das war auf das Missfallen der Unionsparteien, aber auch von Teilen der FDP und der Grünen gestoßen. Mit der Komplett-Veröffentlichung vom 21. Juni orientierte sich die Bundesregierung am Vorgehen der engsten Verbündeten wie den Vereinigten Staaten von Amerika, so Regierungssprecher Steffen Hebestreit.

In der nun im Internet einsehbaren Aufstellung mit dem Titel „Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine“ heißt es eingangs, man gebe damit „eine Übersicht über deutsche letale und nicht-letale Unterstützungsleistungen“ und nenne dabei sowohl „Abgaben aus Beständen der Bundeswehr, als auch aus Mitteln der Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung finanzierte Lieferungen durch die Industrie“. Diese Initiative erhielt dieses Jahr eine Summe von zwei Milliarden Euro zugewiesen und steht unter Aufsicht des Bundesministeriums der Verteidigung und des Auswärtigen Amtes.

### Europäische Friedensfazilität

Diese Initiative hat aber nicht nur den Zweck, deutsche Unterstützungsleistungen an die Ukraine zu finanzieren, sondern auch die anderer EU-Mitgliedsstaaten. So geht das obige Zitat aus der Internetseite der Bundesregierung weiter mit den Worten: „Im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2022 wurden die Mittel für die Ertüchtigungsinitiative auf insgesamt zwei Milliarden Euro für das Jahr 2022 erhöht.“

Die zusätzlichen Mittel sollen vornehmlich der Unterstützung der Ukraine zugutekommen. Zugleich werden sie zur Finanzierung der gestiegenen deutschen

Pflichtbeiträge an die Europäische Friedensfazilität (EPF) eingesetzt, aus deren Mitteln wiederum Kosten der EU-Mitgliedstaaten für Unterstützungsleistungen an die Ukraine erstattet werden können.“

An hingegen direkte „letale Unterstützungsleistungen“ der Bundesrepublik für die Ukraine wurden am 21. Juni aufgeführt: 3000 Patronen für die Panzerfaust 3 der Dynamit Nobel Defence GmbH in Burbach zuzüglich 900 wiederverwendbarer Griffstücke, 14.900 Panzerabwehrminen, 500 infrarotgelenkte Flugabwehrraketen vom Typ FIM-92 Stinger des US-Herstellers Raytheon, 2700 „Fliegerfäuste“ 9K32 Strela-2M aus sowjetischer Produktion, 16 Millionen Schuss Munition für Handfeuerwaffen, 50 Bunkerfäuste auf Basis der Panzerfaust 3, 100 Standard-Maschinengewehre MG3 von Rheinmetall mit 500 Ersatzrohren und -verschlüssen, 100.000 Handgranaten, 5300 Sprengladungen, 100.000 Meter Sprengschnur und 100.000 Sprengkapseln sowie 350.000 Zünder.

Dazu kamen folgende „nicht-letale Unterstützungsleistungen“: 178 Kraftfahrzeuge (Lastkraftwagen, Kleinbusse und Geländewagen), 30 sondergeschütz-

te Fahrzeuge, also Pkw oder Kleintransporter mit einer integrierten Panzerung, diverse Ersatzteile für MiG-29-Kampfflugzeuge sowjetischer Herkunft, zwölf Notstromaggregate, zehn Tonnen AdBlue für die Abgasnachbehandlung bei Dieselmotoren, eine nicht näher spezifizierte Menge an Benzin und Diesel, sechs Paletten Material für die Kampfmittelbeseitigung, vier elektronische Drohnenabwehrgeräte, 125 Doppelfernrohre, 165 Ferngläser, 353 Nachtsichtbrillen, 38 Laserentfernungsmesser und 600 Schießbrillen.

Ferner: ein Radiofrequenzsystem, 3000 Feldfernsprecher mit 5000 Rollen Kabel und Trageausrüstung, 402.000 Einpersonnenpackungen, das heißt Eiserner Verpflegungsrationen für einen Tag, für deren Transport rund 80 Lkw nötig waren, plus 500 Stück anderweitige Verpflegungsrationen, 23.000 Gefechtshelme, 15 Paletten Bekleidung, 100 Zelte, 10.000 Schlafsäcke, ein Feldlazarett (als gemeinsames Projekt mit Estland), 1200 Krankenhausbetten, 18 Paletten Sanitätsmaterial, 60 OP-Leuchten, medizinische Schutzbekleidung, OP-Masken, Sanitätsrucksäcke und Verbandspäckchen in nicht näher bezifferter Anzahl sowie 500 Stück Wundauflagen zur Blutstillung.

Die Aufstellung, die unter der Internet-Adresse [www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2024514](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2024514) zu finden ist, wurde seit dem 21. Juni mehrmals aktualisiert. Letztmalig erfolgte das am 6. Juli (siehe unten).

### Angebliche private Spender

Allerdings gibt es Pressemeldungen, denen zufolge inzwischen weitere Hilfslieferungen erfolgt sind, die nicht auf der Liste stehen. So schrieb der „Spiegel“ am 17. Mai, mittlerweile seien auch 2450 ungeladene Panzerabwehrhandwaffen vom Typ RGW 90 Matador in der Ukraine eingetroffen, die offenbar direkt vom Hersteller Dynamit Nobel Defence kämen. Darüber hinaus berichteten der Bayerische Rundfunk und die britische „Times“, dass die Gilchinger Firma Quantum Systems mehrere ihrer 180.000 Euro teuren Vektor-Drohnen an die Ukraine übergeben habe. Diese Fluggeräte sind in der Lage, hochauflösende Echtzeitvideos vom Gefechtsfeld zu übermitteln, mit denen sich das Artilleriefeuer optimieren lässt. Das Geld für den Kauf ohne jeglichen Einbezug der Bundesregierung spendeten angeblich ukrainische Multimillionäre.



Schon unterwegs in die Ukraine: Transport einer von sieben Panzerhaubitzen 2000 aus dem Bestand der Bundeswehr

Foto: pa

### WEITERE KRIEGSEXPORTE

## Was Kiew noch bekommen soll

Von Panzerhaubitzen bis Kühlschränke – Ein Überblick über schon zugesagte Unterstützungsleistungen

Unter dem Titel „Letale und nicht-letale militärische Unterstützungsleistungen an die Ukraine in Vorbereitung/Durchführung“ listete die Bundesregierung am 21. Juni folgende Rüstungsgüter auf, wobei sie hinwies, dass „bis zur erfolgten Übergabe“ aus „Sicherheitserwägungen“ keine „weiteren Details insbesondere zu Modalitäten und Zeitpunkten der Lieferungen“ bekanntgegeben werden:

Sieben selbstfahrende 155-Millimeter-Panzerhaubitzen 2000 von Kraus-Maffei Wegmann und Rheinmetall mit bis zu 100 Kilometern Schussreichweite, 30 Flugabwehrkanonenpanzer Gepard aus deutsch-schweizerischer Produktion mit jeweils zwei 35-Millimeter-Maschi-

nenkanonen Oerlikon-KDA zur Bekämpfung von Luft- und Bodenzielen, drei ebenfalls von Kraus-Maffei Wegmann hergestellte Mittlere Artillerieraketensysteme MARS II, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 40 Kilometern attackieren können, ein modernes bodengestütztes Luftverteidigungssystem IRIS-T SLM des deutschen Rüstungskonzerns Diehl Defence, bestehend aus Hochleistungsradar, Abschussvorrichtung für die Raketen und Kontrollwagen, 54 gepanzerte Truppentransporter des US-amerikanischen Typs M113 mit Bewaffnung (die Systeme stammen aus Dänemark, während Deutschland deren Umrüstung finanziert), 53.000 Schuss Flakpanzer-Muniti-

on, ein Artillerieortungsradar COBRA von Thales, Airbus Defence and Space und Lockheed Martin, acht mobile Bodenradare, sieben Störsender, acht elektronische Drohnenabwehrgeräte, 40 Aufklärungsdrohnen, vier ferngesteuerte Minenräumgeräte, zehn geschützte Kraftfahrzeuge, 80 Toyota-Pick-ups, 22 Lkw, einen Fahrzeugdekontaminationspunkt, 65 Kühlschränke für Sanitätsmaterial und 100.000 Erste-Hilfe-Kits.

Nach Angaben der Bundesregierung „sind mit den Lieferungen ... teilweise Instandsetzungsmaßnahmen verbunden oder die Produktion dauert noch an; zudem erfolgen teilweise noch Ausbildungsleistungen“. Im Falle der sieben Panzer-

Das Material wird entweder aus Beständen der Bundeswehr abgegeben oder auf Kosten der Bundesrepublik von der Industrie geliefert

haubitzen 2000 hieß es dann jedoch am 28. Juni, dass diese nun in der Ukraine eingetroffen seien, was auch für folgende Posten gelte, die Deutschland nach dem 21. Juni bereitgestellt habe: 10.500 Schuss Artilleriemunition vom Kaliber 155 Millimeter, 5,8 Millionen Schuss Handwaffenmunition, zehn Antidrohnen-Kanonen, 14 Systeme zur Störung der Funkfernsteuerung gegnerischer Drohnen, 5000 Gefechtselme und 100 medizinische Auto-Injektoren. Darüber hinaus wurde die Liste der geplanten Lieferungen am 6. Juli um drei weitere Panzerhaubitzen 2000, zehn autonome Überwasserdrohnen, 16 Zugmaschinen mit Aufliegern und ein Hochfrequenzgerät erweitert. W.K.

### AUSLAND

## Was die anderen der Ukraine liefern

Neben der Bundesrepublik haben seit Beginn des Ukrainekrieges über 20 andere meist ebenfalls der NATO angehörende Staaten tödliche Militärtechnik in die Ukraine geliefert, darunter um die 280 Kampfpanzer des älteren sowjetischen Typs T-72 aus Polen, Slowenien und Tschechien, 117 schwimmfähige Schützenpanzer BMP-1, mehr als 100 Haubitzen vom Kaliber 122 und 155 Millimeter, ein großes S-300-Flugabwehrraketensystem, diverse Antischiffsraketen, vier Mehrfach-Raketenwerfer HIMARS, 100 Angriffsmörser LMP-2017 und 1370 Granatwerfer zur Panzerabwehr

Dazu kommen etwa 31.000 Panzerabwehrhandwaffen der Modelle RPG-18, M72 LAW, FFV AT4, FFV Carl Gustaf und Panzerfaust 3, zirka 5500 Panzerabwehrraketensysteme MILAN, NLAW und FGM-148 Javelin, über 1500 Flugabwehrraketen Mistral, Starstreak HVM, FIM-92 Stinger und 9K32 Strela-2, knapp 1000 Angriffsdrohnen der Typen Switchblade und Phoenix Ghost der US-Firmen AeroVironment und Aevex Aerospace, an die 100.000 Sturm- und Maschinengewehre sowie Pistolen, mehr als 5000 hochwertige Scharfschützengewehre der Hersteller Accuracy International, Zbrojovka Vsetín und Dragunow sowie elf aus Afghanistan überführte Hubschrauber Mil Mi-17.

Dazu kommen 120 gepanzerte und minengeschützte Fahrzeuge der Typen Mastiff, Cougar, Wolfhound und Husky, 200 gepanzerte Mannschaftstransporter M113, 100 geländegängige High Mobility Multipurpose Wheeled Vehicle, mehrere Aufklärungsdrohnen, zehn Radarsysteme und etliche Millionen Schuss Munition für Handfeuerwaffen sowie hunderttausende Artilleriegranaten.

Außerdem will die Slowakei demnächst elf Kampfflugzeuge des sowjetischen Typs MiG-29 und 16 selbstfahrende Radpanzerhaubitzen des im eigenen Lande produzierten Modells Zuzana 2 liefern. Ebenso hat Großbritannien zugesagt, der Ukraine zwei bewaffnete Minenabwehrschiffe der Sandown-Klasse zu übergeben. W.K.

# Der Schrecken bleibt – der Frust auch

Vor einem Jahr brach über den Südwesten Deutschlands eine Jahrhundertflut herein. Mehr als 180 Menschenleben kostete das Hochwasser an Ahr, Erft und Maas, zahlreiche Häuser, Brücken, Autos und Bahngleise wurden zerstört. Was hat sich seitdem getan – und was nicht? Eindrücke aus einem anhaltenden Krisengebiet

EIN REPORT  
VON BERND KALLINA

Als am 14./15. Juli 2021 das Hochwasser durch Deutschlands Südwesten flutete, wurde das Ahrtal in Rheinland-Pfalz besonders hart getroffen. Allein hier starben 134 Menschen, und noch heute werden zwei Personen vermisst. Konkrete Warnungen seitens der Wetterdienste gab es durchaus, doch sie kamen bei der Bevölkerung zu spät oder gar nicht an. Das Katastrophen-Management versagte kläglich, obwohl das unheilvolle Geschehen rechtzeitig angekündigt war. Verantwortliche Politiker mussten deswegen gehen, die Entschädigungsleistungen für Betroffene sind zwar in die Wege geleitet, bei einigen teilweise auch schon angekommen, doch vielerorts stocken sie. Trotz anhaltender Aufräumarbeiten sind die Spuren der Katastrophe auch zwölf Monate später noch unübersehbar. Ein Jahr nach dem Unglück hat die PAZ das Ahrtal besucht und sowohl mit Geschädigten als auch Politikern gesprochen.

Eine Woche vor dem Jahrestag: Die Fahrt in das Flutgebiet beginnt an einem leicht bewölkten Sommertag in Bad Neuenahr und endet an einer Straßensperre kurz vor Altenahr mit Blick auf die Burg Are. Viele Ampelanlagen unterbrechen die Autofahrt, geschaltet in längeren Zeittakten, um raumgreifende Sanierungsarbeiten beim Wegebau zu ermöglichen. Die vom Wasser stark beschädigte Asphaltschicht ist an vielen Orten nur notdürftig wieder hergerichtet. Wer von der Fahrspur etwas abweicht, landet schnell im randständigen Sand und feinem Geröll.

Wohin man blickt: Überall noch zerstörte Häuserfassaden, umgeben vom Bauschutt abgerissener Mauerteile und Müll. Aber auch eingerüstete, frisch gestrichene und renovierte Gebäude. Kaum beschädigte Natursteinbauten scheinen dem Wasser am erfolgreichsten getrotzt zu haben. Zu sehen sind frühere Brücken, deren dezimierte Pfeiler ohne Verbindungsteile aus der Ahr ragen. Der Fluss gleicht in diesen Tagen nur einem Rinnsal, bei dem man sich ein Anschwellen zur tödlichen Sturmflut gar nicht vorstellen kann. Ins Auge stechen des Weiteren völlig zerstörte Bahntrassen, die zu stillen Bahnhöfen führen. Einsame Signalanlagen fallen auf, sie stehen – wie aus der Zeit gefallen – irritierend in der Landschaft und allen ist klar: Züge werden hier so schnell nicht mehr fahren.

## Versagen in der Flutnacht

Besuche bei Flutopfern: Dorothea Norden aus Bad Neuenahr saß in der Flutnacht vor dem Fernseher, ihr Haus ist nur zirka 150 Meter von der Ahr entfernt. Sie bekam zunächst nichts mit. Als ihr Mann sie dann über Lautsprecher-Durchsagen der örtlichen Feuerwehr informierte, brachte ein Blick aus dem Fenster im ersten Stock unheilvolle Gewissheit: gefährlich tobende Wassermassen! „Ich wollte noch schnell unseren Wagen retten, doch das klappte nicht. Beim Versuch, die Seitentür zu öffnen, fing das Auto zu schwimmen an, und auch andere Autos kamen im wilden Wasserstrom auf mich zu. In akuter Lebensgefahr nahm ich nur noch Reißaus“, berichtet sie, sichtlich auch heute noch tief davon bewegt. „Die Bilder kehren jetzt wieder zurück. Ich schlafe zur Zeit schlecht!“

Ähnliches berichtet Josef Müller aus Heimersheim, der in der Unglücksnacht kurz nach ein Uhr morgens von seiner Frau geweckt wurde: „Da war das Wasser schon am Zenit. Es rumpelte draußen lautstark, was sich so anhörte, als ob Mülltonnen weggeschoben würden. Dabei waren es in den Fluten treibende Autos. Im Haus stand das Was-



Der Schutt der Flut ist weg, das alte Leben aber noch lange nicht zurück: Altenahr im Juli 2022

Foto: imago / Marc John

ser bereits bis zur Treppe im ersten Stock.“ Als ihm die Nachbarn zuriefen, schnell das Haus zu verlassen, stürzte schon die Vorderfront des Gebäudes ein. Müller: „Die war plötzlich weg, die andere Haushälfte war verschlammte und ich hatte nichts mehr. Handy und Schlüssel lagen noch im Bett, es gab keinen Strom. Im letzten Augenblick konnte ich zwei Ordner mit Dokumenten und Versicherungssachen retten, ansonsten nichts. Totalschaden!“

Auch Müller wurde in seinem Ortsteil an der Ahr nicht rechtzeitig gewarnt. „Dabei wäre genug Zeit gewesen, also vier bis fünf Stunden vorab“, so seine Kritik. Bis das überforderte Warnmanagement endlich in die Gänge kam, sei es schon zu spät gewesen, stellt er fest und ergänzt: „Das ist die Tragik. Aber immerhin mussten alle, die für die Nicht-Warnung verantwortlich waren, zurücktreten. Der Landrat wurde verjagt, die Minister von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind geschasst worden!“

## „Wir bangen um unsere Zukunft“

Szenenwechsel: Eine Demonstration von über 200 Flut-Geschädigten, Motto „Das Ahrtal steht auf“, am ersten Juli-Sonnabend in Mainz. Auf den Transparenten und Schildern stehen Parolen wie: „Wir bangen um unsere Zukunft“ oder „Von Politikern im Stich gelassen!“ oder „Leben in Ruinen“. Schon zum zweiten Mal gehen sie auf die Straße, bereits im Mai kam es zu Protesten ähnlicher Art, wie SWR Aktuell berichtete.

Iris Münn-Buschow, die Organisatorin dieser Bürgerinitiative, fordert: „Wir wollen,

dass die Behörden mehr zusammenarbeiten, mehr Transparenz zeigen und uns nicht wie Schachfiguren auf dem Brett hin- und herschieben.“ Unter den Demonstranten befindet sich auch Elisabeth Brust, die etwas resignativ meint: „Mir fehlen die Worte. Ich bin jetzt heute hierher gekommen nicht in der Hoffnung, dass sich etwas ändert, sondern einfach, um zu demonstrieren gegen das, was im Ahrtal passiert.“

Ein weiterer Demonstrant begründet seine Teilnahme eindringlich: „Damit wir hier im Ahrtal einfach nicht vergessen werden und dass die Politik endlich ihr Versprechen einhält. Reibungsloser Ablauf mit Wiederaufbauprämie, das stockt alles, es kommt kein Geld an ...“ Jörg Schmeer, ein anderer Ahrtal-Aktivist, verweist auf den Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe: „Wir haben ja gerade jetzt einen entsprechenden Ausschuss im Landtag von Rheinland-Pfalz. Da kommt heraus und zutage, was schiefgelaufen ist. Das ist bedauerlich, aber hier muss gehandelt werden.“

Als unbestritten kann gelten: Vor und während der Jahrhundertflut kam es zu schwerwiegenden Präventions- und Kommunikationsversäumnissen. Sie trugen maßgeblich dazu bei, dass die Katastrophe allein an der Ahr 134 Todesopfer forderte. Und dass im Gefolge der Naturkatastrophe in vielfältiger Weise gehandelt werden musste, darüber besteht parteiübergreifend ebenfalls weitgehende Einigkeit.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat auch gehandelt. In einer zum Jahrestag der Flut erschienenen Broschüre un-

ter dem Motto „Gemeinsam bauen wir auf“ schreibt die Ministerpräsidentin Malu Dreyer, dass Bund und Länder Milliarden Euro für die Aufbauhilfe auf den Weg gebracht hätten, allein „für die Wiederbeschaffung von zerstörtem Hausrat wurden mehr als 100 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz ausbezahlt“, so Dreyer im Vorwort und weiter, sie könne „die Ungeduld verstehen, wenn Anträge zum Wiederaufbau nicht so schnell bewilligt werden, wie viele erwarten“.

## Kritik an verspäteten Förderhilfen

Damit berührt die SPD-Politikerin einen wunden Punkt, der auch die Oppositionsparteien im Mainzer Landtag auf den Plan gerufen hat. So fordern die beiden Fraktionsvorsitzenden der AfD im rheinland-pfälzischen Landtag, Michael Frisch und Jan Bollinger, beide nahmen an der Demonstration „Die Ahr steht auf“ teil, dass es dringend zu einer Straffung und Vereinfachung der Beantragungsverfahren für betroffene Privathaushalte und Unternehmen kommen müsse. Denn die Förderhilfen bei der „Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz“ (ISB) würden durch zu komplizierte Antragsverfahren behindert und dauerten zu lange. Dazu Bollinger: „Wenn viele Betroffene noch keine Anträge gestellt haben, liegt das nicht an mangelnder Hilfsbedürftigkeit: Wie uns von den Sachverständigen in der Enquete-Kommission am 28. Juni und den Flutopfern bestätigt wurde, sind gerade traumatisierte Flutopfer schon mit der Antragstellung überfordert.“

Horst Gies, CDU-Landtagsabgeordneter im Mainzer Parlament, bläst ins Horn ähnlicher Kritik und bringt zusätzlich eine Prozentzahl bei der Entschädigungshöhe zur Sprache: „Wir fordern, dass die zunächst versprochenen 40 Prozent auch ausbezahlt werden und nicht 20, wie es bisher erfolgt ist.“ Auch Gies plädiert für eine „eindeutige personelle Aufstockung“ der ISB, um schneller die Anträge überhaupt bearbeiten zu können.

Warum es zu Verzögerungen in vielen Fällen bei berechtigten Entschädigungsansprüchen kommen kann, hat nachvollziehbare Gründe. Das Finanzministerium in Mainz erklärt dazu auf Anfrage: „Angesichts der Höhe der Förderbeträge und eines verantwortlichen Umgangs mit Steuergeldern sind gewisse Überprüfungen zwingend notwendig“. So müssen zum Beispiel bei höheren Summen für verlorene Häuser zunächst Gutachter die Schadenssummen taxieren. Das klingt einleuchtend, verursacht aber offenbar bei einem zeitgleich so großen Bedarf an Gutachtern Bearbeitungsvergänge, die sich in die Länge ziehen.

Auch Dorothea Norden erinnert sich, dass es bei ihren ISB-Anträgen viele bürokratische Hürden gab: „Immer wieder musste man etwas nachreichen, und es tat sich einfach sehr lange nichts. Dann hatte ich das Gefühl, dass die eine Hand nicht wusste, was die andere tat“, so ihre Klage. Schließlich sagt sie aber: „Als es dann endlich so weit war, ging es schnell.“

Was wünscht sie sich jetzt für die Zukunft, ein Jahr danach? „Dass das, was in Bad Neuenahr zur Zeit groß mit Plakaten verkündet wird, auch wirklich eintrifft: Unsere Stadt wird wieder bunt!“

Josef Müller ist skeptisch, ob aus den Erfahrungen der Ahrflut 2021 entscheidende Lehren und Konsequenzen gezogen werden können, falls erneut eine vergleichbare Flut kommen würde. Er sagt: „Was die Landesregierung und die Kommunen machen, zum Beispiel, dass die Brücken höher wieder aufgebaut werden sollen, sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Das einzige, was man sicher und sinnvoll machen könnte, wäre eine Optimierung der Frühwarnsysteme!“

Wohin man blickt: Überall noch zerstörte Häuserfassaden, umgeben vom Bauschutt abgerissener Mauerteile und Müll. Aber auch eingerüstete, frisch gestrichene und renovierte Gebäude

## MELDUNGEN

## Deutlich mehr Verweigerer

**Berlin** – Mit Beginn des Ukrainekrieges hat die Zahl der aktiven Soldaten und Reservisten der Bundeswehr, die ungeachtet ihrer bisherigen militärischen Laufbahn einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen, deutlich zugenommen. Wie das für die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer zuständige Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben mitteilte, gingen vom 1. Januar bis zum 2. Juni 528 entsprechende Anträge ein. Im gesamten Vorjahr seien es dagegen nur 209 gewesen. Die Verweigerer begründeten ihre Anträge zu meist damit, „dass sie mit einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht gerechnet hätten“, teilte die Aufsicht über das Bundesamt führende Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit. Im Falle der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer müssen aktive Soldaten umgehend entlassen werden. **W.K.**

## Medikamente werden knapp

**Berlin** – Wie die medizinische Fachzeitschrift „arznei-telegramm“ meldet, droht spätestens ab Ende dieses bis weit ins folgende Jahr ein Mangel an Actilyse, Actilyse Cathflo und Metalyse. Die drei Thrombose-Medikamente werden in der Intensivmedizin bei der Versorgung von Herzinfarkt-, Schlaganfall- und Lungenembolie-Patienten verabreicht. Nach Angaben des Herstellers Boehringer Ingelheim resultiert der Lieferengpass, der sich jederzeit zu einer kompletten Lieferunterbrechung ausweiten könne, aus der weltweit deutlich gestiegenen Nachfrage nach Thrombose-Medikamenten, „begrenzten Produktionskapazitäten, geringen Ausbeuten bei bestimmten Produktionskampagnen sowie Qualitätsabweichungen“. Für die Patienten bedeutet dies, dass sie möglicherweise bald keine medikamentöse Behandlung mehr erhalten, sondern sehr viel riskantere und belastendere invasive Maßnahmen erdulden müssen. **W.K.**

## Forschung zu Vertriebenen

**Regensburg** – In Bayern entsteht eine Forschungsstelle, die das Schicksal der Vertriebenen und Aussiedler in dem Freistaat wissenschaftlich hinterfragen soll. Eingerichtet wird das Projekt „Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern 1945–2020“ vom Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung sowie dem Lehrstuhl für Geschichte Südost- und Osteuropas der Universität Regensburg. Sie wird sich unter anderem mit dem Einfluss der Vertriebenen auf die kulturelle Identität Bayerns und mit deren Rolle als Brückenbauer befassen, aber auch aktuell nach Parallelen zu anderen Fluchterfahrungen in Bayern fragen. Finanziert wird die Forschungsstelle mit 500.000 Euro für einen Zeitraum von zunächst drei Jahren vom Freistaat Bayern. Maßgeblich angestoßen wurde das Forschungsprojekt durch die Initiative der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer. **tws**



Kälteschock in der Dusche: Noch fließt das Wasser, aber richtig warm wird es erst einmal nicht **Foto: imago images/agefotostock**

## STIEGENDE ENERGIEPREISE

## Eine kalte Dusche für viele Mieter

Wegen der Energiekrise drehen bereits erste Vermieter zu bestimmten Zeiten das Warmwasser ab – Trotzdem höhere Nebenkosten für Mietwohnungen

PETER ENTINGER

**E**s kommen kalte Zeiten auf die Mieter zu. Die Wohnungsgenossenschaft Dippoldiswalde im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat angekündigt, wegen drastisch gestiegener Energiepreise die Versorgung mit Warmwasser einzuschränken. Dieses ist nicht mehr rund um die Uhr, sondern nur noch zeitweise verfügbar. Zudem wird die Heizung bis September nicht mehr angedreht.

„Es geht nicht darum, die Mieter zu ärgern, sondern sich auf das einzustellen, was wir im nächsten Jahr vielleicht sonst nicht mehr bezahlen können“, sagte Ge-

nossenschaftssprecher Falk Kühn-Meisegeier. Es gehe lediglich um einen Beitrag, sich ein wenig einzuschränken, denn weil das Leben so schon teuer genug sei, wolle man, dass Mieter gut durch diese Krise kommen.

Die Sorge vor einem möglichen Totalausfall von russischen Gaslieferungen wächst seit Monaten. Selbst Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat die Bevölkerung kürzlich auf einen „kalten Winter“ eingestimmt und die Menschen aufgefordert, Energie zu sparen. Die Genossenschaft begründete die Maßnahme auch damit, dass sie gegenüber dem örtlichen Energieversorger in Vorkasse gehen müsse. Statt wie bisher

100.000 Euro seien nun 400.000 Euro fällig. Daher habe man bereits im April die Höhe der Vorauszahlung für Betriebskosten verdoppelt.

Man wolle einerseits nicht in die Situation kommen, zahlungsunfähig zu werden, andererseits wolle man verhindern, dass Mieter sich die Nebenkosten nicht mehr leisten könnten. „Bei uns wohnen keine Einkommensmillionäre. Die Leute müssen einfach die Preisspirale bewältigen können“, teilte Kühn-Meisegeier mit.

**Hände mit kaltem Wasser waschen**

Es steht zu befürchten, das dieses „Energiesparmodell“ aus Sachsen bundesweit Schule macht. Rechtlich unumstritten ist

das Vorhaben jedoch nicht. „Das geht so gar nicht“, sagte Florian Bau vom sächsischen Mieterbund. Ein Vermieter dürfe nicht einseitig beschließen, das Warmwasser abzudrehen. „Mängelfrei ist eine Wohnung dann, wenn 24 Stunden am Tag warmes Wasser zur Verfügung steht“, sagte Bau. Sei das nicht der Fall, könnten Bewohner unter Umständen die Miete mindern. In jedem Fall hätten sie einen gesetzlichen Anspruch auf warmes Wasser.

Der Mieterbund rät den Mietern, vorausschauend zu sein. Man könne das Gespräch mit dem Vermieter suchen und die Nebenkosten-Pauschale anpassen. Verbraucherschützer warnen, dass der eigentliche drastische Anstieg bei den Nebenkosten erst im kommenden Jahr bei den Haushalten ankommen werde. Denn für die Nebenkostenabrechnung 2022 können sich Vermieter bis Ende 2023 Zeit lassen.

Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, schlug vor, dass Verbraucher schon jetzt höhere monatliche Abschläge auf ihren Verbrauch zahlen. „Viele Haushalte werden erst bei der Heizabrechnung im nächsten Jahr bemerken, wie stark der Preis gestiegen ist und die Nachzahlungen nicht stemmen können“, sagte er.

Die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen hat ausgerechnet, dass fast zwei Drittel der Deutschen mindestens einmal am Tag duschen. Die tägliche Duschzeit liegt im Durchschnitt bei acht bis zwölf Minuten. Etwa 20 Prozent des Energieverbrauches für Wärme sind Warmwasser geschuldet. Die Experten empfehlen die Duschzeit auf fünf Minuten zu reduzieren oder die Temperatur um zwei bis drei Grad zu verringern. Damit könne man einen beträchtlichen Teil an Energie sparen, heißt es. Zudem wird die Benutzung von kaltem Wasser empfohlen. Wer seine Hände mit Seife wäscht, benötige kein warmes Wasser. Die Seife würde den Schmutz auch mit kaltem Wasser entfernen.

Die Empfehlungen scheinen bei einem Teil der Bevölkerung angekommen zu sein. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov hat ergeben, dass viele Bürger ihr Verhalten bereits angepasst haben. Demnach hat jeder Zehnte seit Beginn des Ukrainekriegs damit begonnen, seinen Energieverbrauch zu reduzieren. Die Tendenz sei rapide steigend. Der Trend dürfte sich mit Beginn der Heizperiode noch verstärken. Minister Habeck ist jedenfalls der Ansicht, dass die derzeitige durchschnittliche Raumtemperatur von 22 Grad „zu hoch“ sei. Der Bochumer Immobilienriese Vonovia hat bereits angekündigt, die nächtliche Heizungstemperatur in seinen Mietwohnungen auf 17 Grad zu senken.

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

## „Eine Verachtung der Demokratie“

Chat-Verkehr zwischen Ursula von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla bleibt im Dunkeln

Zu Beginn der Corona-Pandemie verhandelte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen monatelang mit dem Chef des US-amerikanischen Pharmagiganten Pfizer, Albert Bourla, und bestellte am Ende 1,8 Milliarden Dosen des Impfstoffes von BioNTech/Pfizer für die Europäische Union.

Wie die „New York Times“ bereits im April vergangenen Jahres berichtete, stiegen die Kosten im Verlauf des Dialoges, der vorwiegend über Textnachrichten auf dem Mobiltelefon geführt wurde, von 15,50 auf 19,50 Euro pro Dosis, wobei der Herstellungspreis möglicherweise nur drei Euro beträgt. Im November schrieb die einflussreiche überregionale US-Tageszeitung, von der Leyen habe unter großem Erfolgsdruck gestanden und daher einen unvorteilhaften Deal mit Pfizer abgeschlossen.

Auch auf Rückfrage hin hielt die EU-Kommission alle Details der Absprachen ihrer Präsidentin mit Bourla geheim. Sie behauptete, die entsprechenden Textnachrichten der beiden Verhandlungsführer könnten „nicht identifiziert“ und somit auch nicht offengelegt werden.

Das führte zu diversen Beschwerden bei der Europäischen Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly, Die irische Journalistin und Autorin forderte daraufhin die EU-Kommission am 28. Januar auf, „eine umfassendere Suche nach den relevanten Nachrichten durchzuführen“, denn die bisherige Verfahrensweise „entspricht nicht den angemessenen Erwartungen an Transparenz und Verwaltungsstandards“.

Dem pflichtete die sozialdemokratische belgische EU-Parlamentsabgeordnete Kathleen Van Brempt bei: „Wir haben das Recht zu erfahren, was die Kommis-

sionspräsidentin mit dem Pfizer-CEO besprochen hat.“ Außerdem startete die konzernkritische Nichtregierungsorganisation SumOfUs eine Online-Petition mit der Forderung nach Offenlegung der Chat-Verläufe.

**Textnachrichten nicht archiviert**

Die Reaktion darauf ließ bis zum 29. Juni auf sich warten. Dann verkündete die tschechische Vizepräsidentin der EU-Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, die von O'Reilly angemahnte Suche habe „zu keinen Ergebnissen geführt“, was juristisch nicht zu beanstanden sei. Zwar gebe es eine Verpflichtung der EU-Kommission, alle Unterlagen über die Arbeit ihrer Mitglieder aufzubewahren und zu registrieren, das gelte aber nicht für Textnachrichten wie die der Kommissionspräsidentin

an den Pfizer-Chef. Denn „solche kurzlebigen, flüchtigen Dokumente“ müssten keineswegs archiviert werden. Dennoch werde die EU-Kommission nun ihre „Leitlinien zu modernen Kommunikationsmitteln“ überarbeiten, um dem technischen Fortschritt Rechnung zu tragen.

Von der Leyen hat während der gesamten Zeit seit April vergangenen Jahres zu dem Vorgang geschwiegen und ist auch einer diesbezüglichen Aussprache im EU-Parlament ferngeblieben. Das quittierte die niederländische Europaabgeordnete Sophie Helena in't Veld von den Liberalen mit den Worten: „Ich denke, Präsidentin von der Leyen hätte hier sein sollen. Es scheint ein Muster zu geben, Debatten zu vermeiden, bei denen unangenehme Fragen gestellt werden könnten. Ich denke, das ist eine Verachtung der Demokratie.“

Wolfgang Kaufmann

## STRASSENBLOCKADEN

## Justiz vor „schwierigen Rechtsfragen“

Klimaschützer der Gruppierung „Letzte Generation“ begingen seit Jahresanfang bereits 800 Straftaten

VON NORMAN HANERT

Seit Jahresanfang hat die Berliner Polizei bereits mehr als 800 Anzeigen im Zusammenhang mit Straßenblockaden durch sogenannte Klimaschützer der Gruppierung „Letzte Generation“ aufgenommen. Dabei geht es meist um den Vorwurf der Nötigung und des Widerstands. Trotz dieser hohen Zahl von Fällen tut sich Berlins Justiz erstaunlich schwer bei der Strafverfolgung. Bei der Staatsanwaltschaft sind bislang 73 Ermittlungsverfahren bearbeitet worden. Zu einer Anklage oder einem Strafbefehl gegen einen der Straßenblockierer ist es jedoch bislang in keinem einzigen Fall gekommen.

## Polizei sieht Handlungsbedarf

Benjamin Jendro, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sieht Handlungsbedarf: „Angesichts von über 800 Verfahren sollte der Rechtsstaat transparent kommunizieren, warum bisher noch nichts passiert ist, damit in der Bevölkerung nicht der Eindruck entsteht, dass er Straftaten durchgehen lässt, nur weil sie politisch en vogue sind.“ Generalstaatsanwältin Margarete Koppers verwarfte sich gegen solche Kritik. Dabei sprach Koppers von „politischen Wunschvorstellungen“. Auch aus der Staatsanwaltschaft selbst wurde auf „schwierige Rechtsfragen“ hingewiesen, da Ablauf und die Auswirkungen der einzelnen Blockaden genau geklärt werden müssten.

Die Gewerkschaft der Polizei erkennt durchaus an, dass die Vorbereitung von Anklagen durch die Staatsanwaltschaft ihre Zeit braucht. Verwundert zeigt sich die GdP allerdings über den Verzicht auf andere Mittel, die auch das Landesrecht bereithält. Laut Jendro ist etwa fraglich, „warum die Staatsanwaltschaft die Festgenommenen aktuell nicht mal einem Richter vorführen lässt oder eine eventuelle temporäre Ingewahrsamnahme nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz prüft und so verhindert, dass sie am nächsten Tag woanders sitzen und kleben“.

## Belastungsprobe für den Senat

Inzwischen entwickelt sich das Vorgehen der Hauptstadt-Justiz sogar zu einer Belastungsprobe für den rot-grün-roten Se-



Erhielt Anzeige wegen eines Straftatbestands: Clara Herrmann (M.), grüne Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, solidarisierte sich im Juni mit Straßenblockierern  
Foto: pa/Reuters

nat. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey und auch Innensenatorin Iris Spranger (beide SPD) haben mehr als einmal die Straßenblockaden als strafbare Handlungen bewertet. Laut der Innensenatorin sind die Polizeikräfte schnell vor Ort und schreiten schnell ein, wenn die „Letzte Generation“ in Berlin Straßen blockiert. Zugleich sprach die Innensenatorin die Erwartung aus, „dass die Justiz dann auch zu Verurteilungen kommt“.

Justizsenatorin Lena Keck (Linkspartei) reagierte darauf mit einem deutlichen Hinweis auf die Gewaltenteilung. Zudem brachte die Justizsenatorin ihre Ansicht vor, dass sich die Aktivisten bei ihren Aktionen auf einem schmalen Grat bewegen würden. In Betracht könnten Straftatbestände wie Nötigung, Widerstand und Hausfriedensbruch kommen. Aus Sicht der Linken-Politikerin sei diese Bewertung aber bislang nicht sicher. „Das ist eine diffizile Frage“, so die Justizsenatorin.

Mittlerweile muss sich Berlins Justiz auch noch damit auseinandersetzen, ob eine Grünen-Politikerin am Rande einer Straßenblockade möglicherweise in aller Öffentlichkeit Straftaten gebilligt hat. Clara Herrmann, die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, hat im Juni eine Blockadeaktion der „Letzten Generation“ in ihrem Bezirk besucht. Kurz nach 8 Uhr morgens hatten etwa 65 Demonstranten die verkehrsreiche Kreuzung am Frankfurter Tor besetzt.

Nach der Aktion verbreiteten die Klima-Aktivisten ein Video, in dem die Grüne sagte: „Hallo, ich bin Clara Herrmann, die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg. Ich bin heute hier kurz hergekommen, um zu zeigen, dass es eine Solidarität gibt und dass wir gemeinsam anpacken müssen, um die Klimakrise zu bewältigen.“

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey reagierte darauf mit einem Hinweis auf die Neutralitätspflicht von Amtsträgern: „Ich kann nicht nach-

vollziehen, wie sich eine Bezirksbürgermeisterin, die auch Repräsentantin des Staates ist, mit solchen Straftaten solidarisch zeigen kann“, so Giffey.

## Verweis auf Neutralitätspflicht

Auch der CDU-Abgeordnete Christopher Förster reagierte scharf: „Wenn es um die eigene Ideologie geht, ist den Aktivisten von Bündnis 90/Die Grünen alles recht. Selbst der Schulterchluss mit radikalen Kriminellen, die jegliche Haltung zu Demokratie und Rechtsstaat verloren haben, kommt ihnen gelegen.“ Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Thorsten Weiß, hat gegen Herrmann sogar Strafanzeige gestellt. Mit ihrer Solidaritätsbekundung für die Straßenblockierer hat Herrmann laut Weiß nicht nur gegen ihre Neutralitätspflicht als Bürgermeisterin verstoßen, sondern auch Straftaten gebilligt. „Das ist ein Straftatbestand“, so das Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

## BERLINER SPD

## Warnung vor mafiösen Strukturen

Mächtigster Mann der Partei: 14 SPD-Abgeordnete beklagen in einem Wutbrief Raed Salehs Führungsstil

Bereits im November 2017 hatten sich 14 SPD-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus in einem fünfseitigen offenen Brief über die Arbeitsweise und den Führungsstil ihres Fraktionschefs Raed Saleh beschwert. Nun liegt aus Spandau, dem Heimatbezirk Salehs, ein neuer offener Brief vor, der sich sogar wie eine eindringliche Warnung vor dem derzeit mächtigsten Mann in der Berliner SPD liest. Der 1977 im Westjordanland geborene Politiker ist nicht nur Kreisvorsitzender der Spandauer SPD und Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus, sondern neben Franziska Giffey auch Chef des SPD-Landesverbands.

Verfasst hat den neuerlichen Wutbrief der Spandauer Bezirksverordnete Jens Hofmann. Der 49-Jährige, hauptberuflich Beamter im Bundesinnenministerium, ist Ende Mai aus der SPD-Fraktion

im Bezirksparlament ausgetreten. In seinem offenen Brief beklagt der SPD-Politiker nun, Saleh habe „in den letzten zwei Jahrzehnten ein Netz geknüpft, das mittlerweile nicht nur weit über Spandau hinaus reicht, sondern geradezu mafiöse Strukturen aufweist und die innerparteiliche Demokratie unterläuft.“

Aus Sicht des Bezirksverordneten hat es Saleh in der SPD geschafft, eine „große Gruppe von meinungsschwachen Ja-Sagern um sich zu scharen“ und alle Kritiker beiseite zu räumen. Saleh habe es verstanden, so Hofmann, sich bis in den kleinsten Ortsverein hinein Mehrheiten zu organisieren und sei inzwischen auch in der Landespartei in einer Position, in der er „immer weiter zum Oligarchen“ geworden sei. Weiter schreibt der Bezirksverordnete: „Dass ein Politiker wie Raed Saleh eine Partei allerdings so do-

minierte, Ämter häuft und personell so gründlich ‚aufräumt‘, habe ich noch nirgends erlebt“.

## Problem der gesamten Partei

Der Saleh-Kritiker warnt zudem, dass der Führungsstil des Spandauer Politikers ein Problem der gesamten Berliner SPD sei. In diesem Zusammenhang spricht Hofmann von der Gefahr einer „Spandausierung Berlins“. Hofmann geht davon aus, dass Saleh noch immer das Ziel verfolge, eines Tages Regierender Bürgermeister von Berlin zu werden. Dabei sei Franziska Giffey „lediglich sein Zugpferd, weil er weiß, dass er selbst keine Wahl gewinnen kann“, so Hofmann im Interview mit der „Berliner Zeitung“.

In seinem offenen Brief hatte der Saleh-Kritiker zudem die Vermutung angestellt, Giffey werde „früher oder später

über einen Skandal stolpern“. Dazu brauche es nicht mehr viel: „Dokortitel-Affäre und Ehemann-Debakel haben sie geschwächt und das Wahlergebnis auf dem Landesparteitag hat gezeigt, dass ihr Zenit überschritten ist.“ Gegenüber der „Berliner Zeitung“ fügte Hofmann noch hinzu, in Spandau rechne man eigentlich mit dem nächsten Skandal Giffey: „Wir sind uns sicher, dass Raed Saleh irgendwas von ihr weiß und nur auf den richtigen Zeitpunkt wartet, das rauszuholen.“ Als Reaktion auf den offenen Brief von Hofmann gab Saleh gegenüber Hauptstadtmedien den Kommentar ab: „Das ehemalige Fraktionsmitglied hat sich für politische Wahlfunktionen ins Spiel gebracht und konnte nicht berücksichtigt werden. Ich nehme die persönliche Enttäuschung zur Kenntnis.“

Hermann Müller

## KOLUMNE

## Trau, schau, wem – in der Politik

VON THEO MAASS

Mit dem Versprechen, keinen „Krieg gegen Autofahrer“ zu führen, gewann die SPD vor zehn Monaten mit ihrer Spitzenkandidatin Franziska Giffey die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Die von ihr geführte rot-grün-rote Landesregierung macht aber entgegen Giffey's Absichtserklärung dort weiter, wo ihre Vorgängerin aufgehört hat.

Giffey duldet, dass die grüne Verkehrsverwaltung mit allerlei Tricks den Bauabschnitt 17 des Stadtrings zu verhindern sucht. Der Terror von selbsternannten Klimaschützern, die sich im Berufsverkehr auf der Stadtautobahn festkleben, wird von der Justizsenatorin Lena Kreck (Die Linke) juristisch nicht einmal halbherzig verfolgt.

Nun „drohen“ Neuwahlen und die Umfragen für die SPD sehen mau aus. Da passt es, dass Oliver Igel (SPD), der Bürgermeister von Treptow-Köpenick, den Weiterbau der Stadtautobahn fordert. Es sieht fast so aus wie der zweite Akt in einer Tragikomödie. Die Grünen schimpfen, zum Beispiel Fraktionsvorsitzende Antje Kapek: „Das wird sicherlich kein Kassenschlager, die Berliner wollen weniger Asphalt und Blech!“

Das ist blanke Unsinn, denn Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Berliner den Weiterbau des Stadtrings will. Wenn es zu einer Wiederholung der Schummelwahl kommt, will die SPD offenbar die bürgerlichen Wähler noch einmal hinter Licht führen und diese davon abhalten, CDU, AfD oder FDP zu wählen, die allesamt Befürworter des Autobahnweiterbaus sind.

Solch ein Winkelzug wird nur gelingen, wenn genügend „Gras über die Sache“ gewachsen ist. Der 26. September 2021 ist aber noch nicht so lange her, als dass die Wähler die Versprechen der SPD schon vergessen hätten. Wollte die SPD halbwegs glaubwürdig sein, müsste Giffey mindestens die Verkehrssenatorin zügeln oder „feuern“. Genau das wird sie aber nicht tun.

## MELDUNG

## Wahlen künftig einheitlich

Berlin – Die vom Senat eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Pannen bei den Wahlen in Berlin am 26. September 2021 wirft der Landesregierung schwere Versäumnisse vor. Die Probleme seien absehbar und damit vermeidbar gewesen. „Die Pannen am Wahltag waren kein Naturereignis, das über alle hereingebrochen ist“, so der Politikwissenschaftler Stephan Bröckler bei der Vorstellung des Untersuchungsberichts. Als Ursache für die Pannen benennt die Kommission unklare Verantwortlichkeiten und das Fehlen einer gesamtstädtischen Perspektive. Außerdem sei die Komplexität des Wahlsonntags mit vier Wahlgängen in der Hauptstadt massiv unterschätzt worden. Die Kommission empfiehlt, die Vorbereitung von Wahlen künftig berlinweit einheitlich zu organisieren und dazu die Landeswahlleitung in ihren Kompetenzen zu stärken. Die Experten schlagen dazu die Einrichtung eines neuen zentralen Landeswahlamtes in Berlin vor. N.H.

## MELDUNGEN

## Norwegische Blockade

Oslo – Norwegen blockiert die Versorgung der russischen Polarstation und Bergarbeitersiedlung Barentsburg auf dem Archipel Spitzbergen im Nordatlantik. Das verstößt gleich in zweifacher Hinsicht gegen das Völkerrecht. Zum einen widerspricht es dem Spitzbergenvertrag, zu dessen Unterzeichnerstaaten Norwegen gehört und dem Russland 1991 als Rechtsnachfolger der Sowjetunion beigetreten ist. Gemäß diesem 1920 unterzeichneten Abkommen ist es Norwegen verboten, die Ein- und Ausfuhr von Gütern aus den Vertragsstaaten zu behindern. Zum anderen werden selbst Lieferungen von Lebensmitteln und Medikamenten für die knapp 500 Russen auf Spitzbergen zurückgehalten, obwohl es sich bei diesen ausnahmslos um Zivilisten handelt, denn die Inselgruppe ist eine entmilitarisierte Zone. Als Folge der norwegischen Blockade wird für Barentsburg alsbald ein Notstand befürchtet.

W.K.

## Bauernproteste in Holland

Den Haag – Nach gezielten Schüssen eines Polizisten bei Bauernprotesten ist die Stimmung in den Niederlanden angespannt. Vorletzten Dienstag hatten protestierende Bauern die Autobahnauffahrt Heerenveen an der A23 blockiert, als ein Polizist einer mobilen Einsatzgruppe zur Schusswaffe griff und auf einen Schlepper schoss. Der Fahrer, ein 16-jähriger Junglandwirt, blieb unverletzt, wurde aber zusammen mit zwei anderen Landwirten vorübergehend festgenommen. Als Reaktion auf die Schüsse und die Festnahmen entzündeten Bauern an vielen Orten der Niederlande Strohballen und den Inhalt von Abfallcontainern als Mahnfeuer. Anlass der Bauernproteste sind Pläne der niederländischen Regierung, bis 2030 den nationalen Stickstoffausstoß um rund die Hälfte zu reduzieren. Selbst nach Einschätzungen der Regierung würde dies das Aus für rund ein Drittel der viehhaltenden Betriebe in der Landwirtschaft bedeuten.

N.H.

## Israel schießt Drohnen ab

Tel Aviv – Das israelische Militär hat Anfang dieses Monats drei Drohnen über dem Karish-Gasfeld im östlichen Mittelmeer abgefangen, die offensichtlich von der libanesischen Hisbollah-Miliz gestartet worden waren. Aus der Sicht Israels liegt die Lagerstätte unklarhaft in seinen Hoheitsgewässern, nach Auffassung des Libanon innerhalb eines umstrittenen Gebietes, über dessen Status die beiden Länder bereits seit Oktober 2020 verhandeln. Kürzlich hatte der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, im libanesischen Fernsehen angekündigt, seine Kämpfer würden „nicht dabei zuschauen und tatenlos bleiben“, wenn Israel „Libanons natürlichen Reichtum plündert“. Denn dieser sei „die einzige Hoffnung zur Rettung des libanesischen Volkes“, das derzeit unter einer schweren Wirtschaftskrise leide. Israel gilt wegen der großen Offshore-Gasvorkommen vor seiner Küste als möglicher Gaslieferant der Zukunft für die EU.

W.K.

## RUSSLAND

## Nicht alle lassen sich den Mund verbieten

Während Putins Umfragewerte stabil hoch bleiben, mehrt sich – wenn auch verhalten – Kritik

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Obwohl Russlands Präsident Putin und seine Gefolgsleute mit brachialer Gewalt Kritiker an seiner „militärischen Spezialoperation“ in der Ukraine verfolgen, gibt es dennoch mutige Russen, die – wenn auch verhalten – ihre Kritik äußern.

Auffällig ist, dass selbst Kreml-treue Medien nach dem kürzlich durchgeführten St. Petersburger Wirtschaftsforum, an dem nur noch russlandfreundliche Staaten teilnahmen, zu vernichtenden Urteilen über Putins Auftritt kamen. Die wirtschaftspolitische Grundsatzrede des Präsidenten bezeichnete etwa der „Moskowskij Komsomolez“ („MK“) als enttäuschend, da der Kremlherr außer Floskeln nichts zu bieten habe. MK-Kolumnist Michail Ros-towskij warf Putin vor, sich in ein Paralleluniversum geflüchtet zu haben, da er beispielsweise behauptete, die rasante Inflation habe nichts mit seinem Angriffskrieg zu tun: „Es scheint mir, dass er tatsächlich nicht versteht, dass andere nicht sehen können, was er sieht,“ so der Journalist.

Die „Komsomolskaja Prawda“ ließ es sich nicht nehmen zu betonen, dass Putin vor leeren Stühlen gesprochen habe.

Die Wirtschaftszeitung „Kommersant“ berichtete über die bisherigen Erfolge bei der Imports substitution, die russische Wirtschaftsexperten für sehr begrenzt hielten. Zum einen, weil die Preise für heimische Produkte zu hoch seien, zum anderen, weil Staaten wie China Sekundärsanktionen des Westens befürchteten, wenn sie Russland beliefern.

Ein noch vernichtenderes Urteil fällt die „Nesawissimaja gazeta“ („NG“), die in den vergangenen Jahren ziemlich „weichgespült“ zu sein schien. Die „NG“ kritisierte, dass das Motiv für Putins Vorgehen in der Ukraine „nebelhaft und zweideutig“ sei. Der Regierung wirft das Blatt vor, dass das Realeinkommen in den vergangenen Jahren trotz der hohen Staatseinnahmen durch Energieexporte gesunken sei. Ein magerer Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den kommenden Jahren dürfe für den Bau von Wohnungen und Infrastruktur in den kriegszerstörten Orten im Donbass und anderen Gebieten der Ukraine drauf-

gehen, prophezeit das Blatt. Dass Putin nach wie vor hohe Zustimmungswerte in Umfragen erziele, liege daran, dass er die vorherrschenden Emotionen der Russen kontrolliere.

## Widersprüchliche Politik

Wie widersprüchlich Putins Politik ist, zeigt sich auch am Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen. Vor wenigen Tagen erst hat Putin ein Dekret erlassen, das neben Ukrainern aus den Separatistengebieten Donbass und Lugansk auch Flüchtlingen der Regionen Saporischja und Cherson den Zugang zur russischen Staatsbürgerschaft erleichtern soll. In der Praxis sehen sich die Flüchtlinge in der Regel jedoch mit bürokratischen Hürden und einer schlechten Versorgung konfrontiert. Der Anreiz, in Russland zu bleiben, ist daher gering. Die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Flüchtlinge zieht es in die EU. Von geschätzten sieben Millionen Flüchtlingen verschlug es bisher zirka anderthalb bis zwei Millionen nach Russland, der Rest hat sich auf die Aufnahme-länder der EU verteilt.

Zu denen, die sich nicht den Mund verbieten lassen, zählt Swetlana Gannuschkina, Leiterin der Flüchtlingsorganisation Bürgerunterstützung und des Netzwerks „Migration und Recht“. Sie ist eine erklärte Gegnerin Putins. Die seit über 30 Jahren bestehende Menschenrechtsorganisation Bürgerunterstützung ist inzwischen als „Ausländischer Agent“ eingestuft.

Die ehemalige Mathematikprofessorin an der Lomonossow-Universität sprach in einem Interview mit „Lenta.ru“ über die Probleme der ukrainischen Flüchtlinge in Russland, von denen die meisten sich in den Gebieten Rostow, Kursk und Samara aufhalten. Von denen, die nach Russland gekommen seien, seien die wenigsten freiwillig gekommen, so Gannuschkina. Busse wurden eingesetzt, um die Bevölkerung zu evakuieren, und in ihrer Not hätten die meisten erst einmal zugestimmt. Dennoch wollten die meisten in Russland bleiben, da es keine Sprachbarriere gibt. Viele hätten auch Freunde und Verwandte in Russland, die bereit seien, sie aufzunehmen. Etwa ein Zehntel zöge es weiter in die EU.

Die materielle Versorgung der Flüchtlinge gestaltet sich schwierig. Zwar hatte der Staat zugesagt, jedem Flüchtling umgerechnet rund 170 Euro auszus zahlen, doch das sei eine unendlich langwierige Prozedur. Die Menschen benötigten jedoch Geld. Zwar erhielten sie in den vorläufigen Flüchtlingsunterkünften das Notwendigste, aber persönliche Bedürfnisse, insbesondere Mittel für spezielle Diäten oder Medikamente, müssten sie selbst aufbringen. Viele Spenden kämen von Stiftungen und Privatleuten, die nicht selten für ihr Engagement unter Druck gerieten. Nachteile befürchteten auch Arbeitgeber, wenn sie Ukrainer beschäftigten. Deshalb erhielten selbst gesuchte Fachkräfte häufig Absagen, wenn sie keine russischen Staatsbürger seien, so Gannuschkina.

Eine Legalisierung ist für Ukrainer nur über zwei Wege möglich: entweder über einen zeitlich begrenzten Flüchtlingsstatus oder einen begrenzten Aufenthaltstitel. Vieles sei unklar, beklagt die Menschenrechtsaktivistin. Vom russischen Staat fordert sie, dass dieser seiner Pflicht nachkomme und die ukrainischen Flüchtlinge legalisiere und sich an eigenen Gesetze halte.



Rostow am Don: Ein Freiwilliger besorgt Lebensmittel für ukrainische Flüchtlinge

Foto: imago/SNA

## WIEDERAUFBAUKONFERENZ

## Ein Marschallplan für die Ukraine?

Die „Erklärung von Lugano“ sieht die Beseitigung von Kriegsschäden auch mit EU-Geldern vor

Obwohl noch kein Ende des Krieges in der Ukraine absehbar ist, sind nun bereits Gespräche über die Finanzierung des Wiederaufbaus angelaufen. Im schweizerischen Lugano haben mehr als 40 Staaten und internationale Organisationen auf einer Wiederaufbaukonferenz über eine Art von Marshallplan für die Ukraine beraten. Ergebnis des Treffens ist eine „Erklärung von Lugano“, die sieben Grundprinzipien enthält.

Dazu zählt die Verpflichtung auf einen demokratischen Prozess, an dem die ganze Gesellschaft beteiligt ist. Zudem sollen beim Wiederaufbau private Unternehmen eingebunden werden. Vorgesehen ist des Weiteren die Transformation der Ukraine in eine „CO<sub>2</sub>-freie Gesellschaft“ sowie der Aufbau einer digitalisierten Verwaltung. Ausdrücklich enthält die Lugano-Erklärung auch die Forderung, dass die Aufbauprojekte frei von Vetternwirtschaft und

Bereicherung sein sollen. In der Erklärung heißt es wörtlich: „Die Rechtsstaatlichkeit muss systematisch gestärkt und die Korruption ausgemerzt werden.“

Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt, Zahlungen an die Ukraine an Reformen in dem Land knüpfen zu wollen. „Ja zu Investitionen, aber gleich mit den notwendigen Reformen, zum Beispiel gegen Korruption oder zum Beispiel für den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit“, so die Kommissionspräsidentin. Kurz vor der Konferenz in Lugano forderte von der Leyen nochmals weitere Anstrengungen der Ukraine im Kampf gegen Korruption und gegen den Einfluss von Oligarchen.

Im vergangenen Jahr hatte der Europäische Rechnungshof der Ukraine ein massives Problem mit Großkorruption und der Ausplünderung von Staatsbetrie-

ben durch einflussreiche Privatpersonen bescheinigt. Auch bei den geplanten massiven Finanzhilfen für die Ukraine werden mit Sicherheit bei den ukrainischen Oligarchen Begehrlichkeiten geweckt.

## Zugriff auf Oligarchen-Vermögen

Der Geldbedarf der Ukraine ist offenbar riesig. Die Europäische Investitionsbank hatte im Juni eine Schätzung vorgelegt, der zufolge der Wiederaufbau der Ukraine 1,1 Billionen US-Dollar kosten wird. Die ukrainische Regierung schätzt den Bedarf für den Wiederaufbau auf mindestens 720 Milliarden Euro.

Nach den Vorstellungen der Regierung in Kiew sollen dazu die 300 bis 500 Milliarden Dollar an russischen Vermögenswerten herangezogen werden, die in verschiedenen Ländern eingefroren sind. Auf der Lugano-Konferenz sagte der ukrainische Ministerpräsident Denys

Schmyhal: „Wir glauben, dass die entscheidende Quelle für den Wiederaufbau die beschlagnahmten Vermögen Russlands und der russischen Oligarchen sind.“ Ganz in diesem Sinne prüft die EU laut von der Leyen Möglichkeiten, eingefrorene russische Vermögen zum Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden.

Der „Wirtschaftsweise“ Achim Truger hatte sich hingegen bereits im Mai für gemeinsame EU-Schulden für den Wiederaufbau ausgesprochen. Ein Modell ähnlich dem Corona-Wiederaufbaufonds könne grundsätzlich auch für die finanzielle Unterstützung der Ukraine sinnvoll sein, so Truger. Der Ökonom räumte ein, dass „Summen von 500 Milliarden Euro gigantisch“ klingen. „In Relation zur Wirtschaftsleistung der EU handelt es sich jedoch nur um gut drei Prozent“, so der Ökonom von der Universität Duisburg-Essen.

Hermann Müller

VON WOLFGANG KAUFMANN

Windkraftanlagen sollen angeblich helfen, die sogenannten Klimaschutzziele zu erreichen, sind aber selbst alles andere als umweltfreundlich. Sie verschandeln die Landschaft und erwärmen überdies die Luft, erzeugen Lärm sowie gesundheitsschädlichen Infraschall und töten Vögel, Insekten und Fledermäuse – dazu kommt außerdem noch die prekäre Entsorgung der Anlagenbauteile am Ende von deren zumeist recht kurzer Lebensdauer. So ist beispielsweise keine Aufarbeitung der aus glasfaserverstärktem Kunststoff bestehenden Rotorblätter möglich. Daher werden sie entweder auf Deponien gebracht beziehungsweise vergraben oder, wie in Deutschland üblich, unter hohem technischen Aufwand geschreddert und dann verbrannt. Das geschieht günstigenfalls in Werken der Zementindustrie, wo auf diese Weise wenigstens andere Energieträger eingespart werden können, schlechtestenfalls in ganz gewöhnlichen Müllverbrennungsanlagen.

Auch das Argument der Autarkie, der Unabhängigkeit vom Ausland, sticht nicht. Zum 30. Juni hat der letzte verbliebene Hersteller von Rotorblättern für Windkraftanlagen auf deutschem Boden die Produktion eingestellt. Das Werk der Nordex Group am Rostocker Güterverkehrszentrum beschäftigte 600 Mitarbeiter, die sich nun genauso eine neue Beschäftigung suchen müssen wie ihre 60.000 Kollegen bei anderen deutschen Windkraftanlagenbauern, die in den letzten zehn Jahren arbeitslos wurden.

#### Habeck intervenierte erfolglos

Ursache hierfür war die Verlagerung der Produktion ins Ausland, wo günstigere Standortbedingungen herrschen. Die veranlassten nun auch die Nordex Group, ihre Rotoren künftig in Indien herstellen zu lassen. Da half nicht einmal die persönliche Intervention des deutschen Wirtschaftsministers Robert Habeck beim Nordex-Vorstandsvorsitzenden José Luis Blanco. Dieser begründete die Entscheidung des auch noch in Spanien, Brasilien, den USA und Mexiko präsenten Konzerns, der über vier Milliarden Euro Umsatz pro Jahr erzielt, mit folgenden Worten: „Die Windindustrie bewegt sich in einem wettbewerbsintensiven, globalen Markt, der vor allem kostengetrieben ist. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere globalen Produktions- und Beschaffungsprozesse optimieren, um profitabel zu produzieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Nordex-Gruppe zu sichern.“ Daher sehe Nordex „keine Alternative“ zu dem „schmerzhaften Schritt“ der Schließung.



Stop: Nordex hat seine Rotorblatt-Fertigung am Standort Rostock Ende vorigen Monats eingestellt

Foto: pa

#### ROTORBLÄTTER FÜR WINDKRAFTANLAGEN

## Zukünftig nur noch Importe aus dem Ausland

Mit der Nordex Group hat zum 30. Juni der letzte verbliebene Hersteller auf deutschem Boden die Produktion eingestellt – Indien profitiert

Anlässlich der Ankündigung der Betriebsschließung in Rostock Ende Februar dieses Jahres sagte der Konzernbetriebsratsvorsitzende von Nordex, Ralf Meier: „Die Auftragsbücher sind insgesamt gut gefüllt, nur wo produziert wird, steht auf einem anderen Blatt.“ Dem folgte ein Seitenhieb an die Adresse der Bundesregierung beziehungsweise der Windkraftbefürworter im Lande: „Man kann nicht die Energiewende fordern, aber ignorieren, dass die Energiewende bereits mit der Produktion und Materialbeschaffung anfängt.“

Dahingegen beschränkte sich der Grünen-Politiker und Windradbetreiber Johann-Georg Jaeger, der im Landesvorstand des Bundesverbandes Windener-

gie in Mecklenburg-Vorpommern sitzt, auf die Klage: „Wir schließen dieses Werk, obwohl wir wissen, in ein zwei Jahren werden wir jedes Rotorblatt brauchen – und zwar die aus Indien und aus Deutschland.“

#### „Keine Alternative“

Ebenso hilflos mutet die Reaktion der IG Metall an: Man dürfe keine weiteren Arbeitsplätze in der Bundesrepublik mehr abbauen. Außerdem bemängelten die Gewerkschafter, dass die Verlagerung der Produktion nach Indien auch klimapolitisch unsinnig sei, weil die Rotorflügel dann über Tausende Kilometer per Schiff nach Deutschland transportiert werden müssten. In der Tat verbrennen

Frachter immense Mengen an Schweröl und stoßen dabei überdurchschnittlich viel Kohlendioxid und Feinstaub aus. Insofern dürfte die Überführung der riesigen Rotorblätter von Indien an die Standorte der künftigen Windkraftanlagen in Deutschland mit einer verheerenden Umweltbilanz verbunden sein.

Andererseits ist das Kind aber noch nicht vollkommen in den Brunnen gefallen. Denn die Nordex Group gab inzwischen bekannt, dass ein weiterer Produktionsstandort in Rostock, an dem Maschinenhäuser, Naben und leistungsübertragende Triebstränge für Windkraftanlagen gefertigt werden, erhalten bleiben solle – zumindest aus heutiger Sicht.

#### CHINA

## Corona-Maßnahmen verstärken vorhandenen Trend

Zunehmend verlagern Unternehmen ihre Produktion aus der Volksrepublik in andere asiatische Länder

Laut der „Asia Times“ haben die strikten Corona-Isolationsmaßnahmen in großen chinesischen Städten zwischen März und Mai den ohnehin schon vorhandenen Trend, dass Firmen ihre Produktion aus China in andere asiatische Länder verlagern, noch verstärkt. Allein schon von den strikten Einschlussmaßnahmen in der Metropolenregion Schanghai waren 26 Millionen Menschen betroffen. Die Behörden hatten dabei nicht nur ganze Stadtviertel hermetisch abgeriegelt, auch konnten Unternehmen nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr produzieren. Ebenfalls betroffen war der Verkehr vom und zum Containerhafen von Schanghai, weltweit der größte seiner Art.

Bereits im Frühjahr prognostizierte Bettina Schön-Behanzin von der Europäischen Handelskammer in Shanghai

einen Exodus von Ausländern, die Schanghai und andere Städte in China verlassen, und warf die Frage auf, wie unter den strikten Corona-Maßnahmen Unternehmen weiter existieren können und inwieweit Investitionen in China künftig noch möglich sind. Ein Mangel an passenden Jobs führt laut der „Asia Times“ dazu, dass immer mehr Hochschulabsolventen bereit scheinen, nach dem Studium zunächst einmal zum Mindestlohn als Fabrikarbeiter anzufangen.

#### Vietnam profitiert seit Langem

In den offiziellen Statistiken Pekings spiegelt sich diese Entwicklung zwar noch nicht wider. Allerdings äußern ausländische Experten regelmäßig Zweifel an der Aussagekraft der Daten, die in China von staatlichen Stellen kommen.

Zwar haben in den vergangenen zehn Jahren bereits Firmen arbeitsintensiver Branchen, etwa Textilproduzenten oder auch Möbelhersteller, Standorte in China aufgegeben, um nach Bangladesch oder Indonesien zu gehen. Bei der aktuellen Abwanderungswelle sind es nun allerdings Produzenten hochwertiger Produkte, etwa Hersteller von Smartphones, die China als Produktionsstandort den Rücken kehren.

Großer Gewinner der China-Ernüchterung war bislang Vietnam. Bereits zwischen 2013 und 2015 haben japanische Druckerhersteller wie Fuji Xerox, Kyocera und Canon Produktionslinien nach Vietnam verlagert, um steigenden Kosten in China zu entgehen. Auch Samsung zog ab 2014 für drei Milliarden US-Dollar eine Mobiltelefon-Fabrik in Vietnam

hoch und gab dafür Produktionslinien in China auf.

#### Indien darf hoffen

Auch Indiens Regierung unter Premier Narendra Modi kann sich Hoffnungen machen, von der Verlagerungswelle aus China zu profitieren. Die Führung versucht ohnehin, Indien zu einem technologischen Fertigungsstandort in Konkurrenz zu China aufzubauen. Die Coronakrise hat diesen Trend noch verstärkt, weil Lieferschwierigkeiten in Schlüsselbranchen gezeigt haben, wie stark Indien insbesondere von Importen aus China abhängig ist. Dem Wunsch, sich von Importen unabhängiger zu machen, steht jedoch die Sorge vor einer zunehmenden Macht chinesischer Unternehmen in Indien gegenüber.

Norman Hanert

#### MELDUNGEN

## Wirtschaft fordert Rettung

Berlin – Die deutsche Wirtschaft sorgt sich um ihre Produktionsfähigkeit, sollte Russland auch nach den Reparaturarbeiten an der Pipeline Nord Stream 1 kein Gas liefern. Peter Adrian, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, fordert für diesen Fall von der Bundesregierung einen Rettungsschirm. Zur Begründung heißt es, dass Betriebsschließungen bevorstünden, weil viele Unternehmen keine Alternativen zum Einsatz von Gas in der Produktion hätten. Steigende Energiepreise, mögliche Versorgungsengpässe und Rationierungen würden die Unternehmen mit voller Wucht treffen, was sich auf die gesamte deutsche Wirtschaft und deren Beschäftigte auswirken würde. MRK

## Glückliche Schweiz

Bern/Luxemburg – Die Inflationsrate in der Eurozone hat sich nach Schätzung des Statistikamts Eurostat im Juni im Jahresvergleich um 8,6 Prozent erhöht. Dies war der stärkste Anstieg seit Einführung des Euro im Jahr 1999. Vergleichsweise gering fiel die Teuerung in der Schweiz aus. Für die Eidgenossenschaft ermittelte das dortige Bundesamt für Statistik für Juni einen Anstieg der Verbraucherpreise um 3,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Alexander Rathke von der Konjunkturforschungsstelle der Universität ETH nannte als Grund für die im internationalen Vergleich geringe Inflation in der Schweiz die Aufwertung des Franken, der importierte Güter für Verbraucher billiger macht. Als weitere Faktoren nennen Ökonomen Preiskontrollen bei Strom und Gas sowie den hohen Anteil von günstigem Wasserkraft- und Atomstrom am Strommix. Die Aufwertung des Franken kommt nicht von ungefähr. Sein Kurs ist hoch, weil er stark nachgefragt ist. Das hat zwei Gründe. Zum einen hat die Schweiz eine stabile, wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit attraktiven, stark nachgefragten Exportgütern, welche die Nachfrage nach dem Franken erhöhen. Zum anderen flutet die Schweizerische Nationalbank nicht die Märkte mit billigem Geld, wie es die Europäische Zentralbank tut, um überschuldeten Staaten den Staatsbankrott zu ersparen. N.H./PAZ

## Unternehmen wandern ab

Genf – Die Schweiz galt bislang als einer der wichtigsten Rohstoffhandelsplätze der Welt. Etwa 900 Unternehmen mit rund 10.000 Mitarbeitern sind laut dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen in der Rohstoffbranche tätig. Auch 80 Prozent der russischen Rohstoffe wurden über die Schweiz gehandelt. Seit die Berner Regierung sich den EU-Sanktionen gegen Russland angeschlossen hat, orientieren sich immer mehr Rohstoffkonzerne um. Einige sind bereits von Genf nach Dubai abgewandert, weitere wollen folgen, darunter die Ölkonzerne Rosneft und Lukoil sowie der Gasriese Gazprom. Auch das Genfer Unternehmen Solaris Commodities, das russisches Getreide handelt, plant den Umzug nach Dubai, das mit Freihandelszonen und mit einer niedrigen Besteuerung lockt. MRK

## LEITARTIKEL

## Ein Jahr nach der Flut

RENÉ NEHRING

Vor einem Jahr ereilte Deutschland mit dem Hochwasser an Ahr, Erft und Nette eine der schlimmsten Naturkatastrophen seiner jüngeren Geschichte. Mehr als 180 Menschen starben in den Fluten, ganze Straßen und Bahntrassen wurden zerstört, unzählige Autos und sogar Häuser wie Spielzeug hinfortgespült.

Der erste Jahrestag ist nach jeder Tragödie ein Zeitpunkt nicht nur der Erinnerung an das Unglück, sondern auch einer Zwischenbilanz von dessen Aufarbeitung. Wurden Verantwortliche für die Katastrophe ausgemacht – und mussten sie sich ihrer Verantwortung stellen? Welche Folgen wurden gezogen, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern? Und haben die Ereignisse unser Land in irgendeiner Weise verändert?

Die Antwort darauf ist vielschichtig. An einer juristischen Bewertung versucht sich die Staatsanwaltschaft Koblenz, die noch immer gegen den ehemaligen Landrat des Landkreises Ahrweiler, Jürgen Pföhler, wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung ermittelt. Pföhler hatte den Katastrophenalarm zu spät ausgelöst. Andere Ermittlungen richten sich etwa gegen die Verantwortlichen eines Pflegeheims in Sinzig, in dem allein zwölf Menschen starben, weil sie nicht rechtzeitig evakuiert wurden.

Politisch ging die Aufarbeitung deutlich schneller voran. Fast alle verantwortlichen Landes- und Kommunalpolitiker mussten von ihren Ämtern zurücktreten. Den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU), der während eines Besuchs im Flutgebiet gefilmt worden war, wie er über einen Witz feixte, kostete das Hochwasser sogar den zuvor sicher erscheinenden Sieg bei der Bundestagswahl im Herbst 2021. Auch die Grünen-Politikerin Anne Spiegel kostete die Flutkatastrophe die politische Karriere. Nach ihrem Totalausfall als verantwortliche Landespolitikerin in Rheinland-Pfalz flüchtete sie sich nach Berlin und wurde dort nur wenige Monate später von den Fluten erfasst. Einzig verschont geblieben ist die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, obwohl in ihrem Bundesland mit Abstand die meisten Opfer zu beklagen waren.

Im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe war vielfach von einem „Staatsversagen“ die Rede. Dies ist je-

doch nicht ganz korrekt, denn zum Staat gehören auch Bundeswehr, Polizei und THW, die in den Wochen und Monaten nach dem Unglück oft das einzige waren, was funktionierte. Fakt ist jedoch, dass sich viele Bürger der betroffenen Region bis heute im Stich gelassen fühlen.

Noch längst nicht abgeschlossen ist die technische Aufarbeitung des Sommers 2021. In zahlreichen Ausschusssitzungen wurde in den vergangenen Monaten erörtert, wie es zu dem Unglück kommen konnte – und wie ähnliche Katastrophen künftig verhindert werden können. Ob diese Beratungen zu einem Ergebnis führen werden, kann bezweifelt werden. Erst vor wenigen Tagen beklagte etwa Albrecht Broemme, ehemaliger Präsident des THW, in einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Inneres und Heimat, dass seit Jahren immer wieder die gleichen Fehler gemacht würden. Neben einer mangelhaften Fehlerkultur beklagte er auch eine „Hochwasserdemenz“: Nach einem halben Jahr sei die Hälfte des Geschehens vergessen, nach einem Jahr alles.

Auch dass viele Stimmen in Politik, Wissenschaft und Medien umgehend den menschengemachten Klimawandel für die Flutkatastrophe verantwortlich machten, lässt befürchten, dass unser Land in ähnlichen Situationen künftig kaum besser gewappnet ist. Denn wo ein Unglück als Folge höherer Gewalt verstanden wird, trägt kein irdisch Handelnder irgendeine Schuld.

Der einzige Hoffnungsschimmer in den letzten zwölf Monaten waren und sind die Bürger dieses Landes. In der Region selbst haben sie sich trotz aller Verzweiflung ihrem Schicksal gestellt. Sie haben eigenverantwortlich die Trümmer beiseitegeräumt, wobei viele Häuser noch im Nachhinein abgerissen werden mussten, sie haben den Wiederaufbau ihrer Heimat eingeleitet und einander Trost gespendet. Ebenso beachtlich war die Solidarität aus allen deutschen Ländern sowie aus dem europäischen Ausland in Form von tausenden ehrenamtlichen Arbeitsstunden sowie von enormen Geld- und Sachspenden.

Das ist vielleicht das einzig Tröstliche an dieser Katastrophe – dass die Menschen unserer im Alltag allzu oft als Gemeinschaft von Egoisten und Neidern beschriebenen Gesellschaft in Zeiten der Not noch immer zu großartigen Leistungen gegenseitiger Hilfe fähig sind.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarmstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Vor dem Hauptgebäude der Humboldt-Universität: Mit Transparenten wie diesen wurde gegen den Vortrag von Marie-Luise Vollbrecht Stimmung gemacht

Foto: pa

## KOLUMNE

## Knebelung des Geistes

FLORIAN STUMFALL

Vor Kurzem war an der Metropolitan Opera in New York der Beschluss ergangen, sich an einer Parade der sogenannten LGBTQ-Bewegung zu beteiligen. Das störrische Kürzel umfasst Menschen, die ein von der Norm abweichendes sexuelles Selbstverständnis sowie das davon abgeleitete Verhalten eint. Zudem trägt man diese höchst persönliche Gegebenheit in einer lockeren Form der Organisation ohne erkennbare Hemmungen nach außen und leitet davon spezifische Rechte ab. Die Met also würdigt diese Bemühungen durch ihre Teilnahme an der Parade.

In einer freien Gesellschaft muss jeder das Recht haben, sich zu solchen wie zu anderen Erscheinungen seine Meinung zu bilden und diese auch auszudrücken. Möchte man meinen.

Dass es sich bei dieser Annahme aber um einen schweren Irrtum handelt, musste jüngst ein Weltstar, der bedeutende deutsche Bassist René Pape, erfahren. Er, der regelmäßiger Gast auf der Bühne der Met ist, hatte sich die Freiheit genommen, seine Ansicht zu der Beteiligung von Met-Solisten an jener „Pride-Parade“ kundzutun. Er sagte: „Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, benutzen dieses fantastische Haus, um anderen zu erklären, wer sie sein sollen! Und wenn dies als Erklärung nicht passt, dann ist die Welt schlecht.“ Und kündigte an, er werde an der Met nicht mehr singen.

**Angriff auf die Meinungsfreiheit**

Sollte aber Pape geglaubt haben, damit sei die Sache für ihn erledigt, so befand er sich im Irrtum. Es stürzte über ihn herein, wofür man im Deutschen den hässlichen Ausdruck „Shitstorm“ eingeführt hat, und zwar mit einer derartigen Heftigkeit, dass sich der Sänger diesem Druck beugte und eine Entschuldigung vorbrachte. Mehr noch: Er gestand, auch er gehöre einer verfeimten Minderheit an, weil er ein Alkoholproblem habe, und außerdem sei er in der DDR aufgewachsen. Auf diese Weise suchte er sich der wütenden Meute anzudienen. Ob eine solche Selbstentäußerung ausreicht, um den Zorn zu besänftigen, wird sich zeigen. Ansonsten könnte Papes Wort, er werde nicht mehr an der Met singen, wahr werden, wenn auch gegen seinen Willen.

In Ruhe betrachtet, handelt es sich bei dem Vorgang um die Beschneidung des

Rechts der freien Meinungsäußerung. Was aber im Dunkeln bleibt, ist die Antwort auf die Frage, gegen welches Recht Pape verstoßen habe, und vor allem, wer oder welche Gruppierung es ist, die sich anmaßen darf, ohne Auftrag, Zuständigkeit und Legitimation ein Grundrecht außer Kraft zu setzen. Denn es kann nicht angehen, dass einige tausend organisierte Klicks im Internet schwerer wiegen als die kodifizierte Rechtsordnung. Doch tatsächlich scheint es so, als würde die politische Entscheidungsgewalt von den ver-

ker unterworfen ist. Doch es beugen sich ihm widerspruchslos Wissenschaft, Politik, Großindustrie, der Kulturbetrieb und die Medien. Wer's nicht tut, wird als Extremist verfeimt.

**Leugnung der Wirklichkeit**

Das Beispiel, auch dieses eines von vielen, zeigt indes, dass die Ideologie die Wirklichkeit zu ihrem Spielball gemacht hat. Was aber die Aussage der Biologin angeht, nur ein kurzer Gedanke: Die Paläoanthropologen können aus den Resten menschlicher Gebeine, die fünf-, acht- oder zehntausend Jahre alt sind, zweifelsfrei feststellen, ob es sich dabei um einen Mann oder eine Frau gehandelt hat. Die Propheten des Genderismus können das nicht einmal am lebenden Objekt.

Auch hier aber stellt sich wieder die Frage: Wer ist dazu legitimiert, den Augen schein zu leugnen, die Wirklichkeit zu missachten und die europäische Geistesgeschichte aufzulösen? Welchem Rechtsgut soll hier gedient, welche Erkenntnis gefördert werden? Wer maßt sich in wessen Auftrag an, Natur und Naturwissenschaft zu ändern, anstatt ihre Verästelungen zu erforschen?

In ihrem Buch „Die neue Schweigespirale“ schreibt die Politik-Professorin Ulrike Ackermann: „Es häufen sich Auftrittsverbote gegenüber Gästen, die von außerhalb eingeladen werden. Freies, unbändiges und kontroverses Denken in offenen Arenen scheint der Vergangenheit anzugehören. Stattdessen sind sogenannte Safe Spaces ausgerufen worden, die das freie Denken und Sprechen einhegen und reglementieren.“

Wie sehr diese ebenso abartige wie angriffige Gedankenwelt gegen die Wirklichkeit steht, zeigt die Konfrontation mit dieser. Deutschland und Europa stehen in einem Netzwerk von Krisen: Der Euro muss seit Jahren subventioniert werden, die Inflation nimmt Fahrt auf, die Energie wird knapp, und die Wirtschaft kommt dadurch ins Wanken, Lebensmittelknappheit droht, und die Welt erlebt gleichzeitig zehn oder zwölf Kriege, einen davon sogar in Europa, zum ersten Mal seit den Jugoslawienkriegen. Die Politiker in Berlin aber beschließen ein Gesetz, gemäß dem jeder sein Geschlecht aussuchen und einmal pro Jahr wechseln kann.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Es scheint so, als würde die politische Entscheidungsgewalt zu den sozialen Medien abwandern

fassungsmäßigen Gremien zu den sozialen Medien abwandern.

Handelt es sich im Falle Pape noch um die Verweigerung des Rechts auf Meinungsäußerung, so bezeichnet ein anderes Exempel aus der Welt der Wissenschaft einen anderen Höhepunkt der Knebelung des Geistes. An der Humboldt-Universität in Berlin war vor Kurzem ein Vortrag der Doktorandin im Fach Biologie Marie-Luise Vollbrecht angekündigt worden, der den Titel tragen sollte: „Geschlecht ist nicht gleich Geschlecht. Sex, Gender und warum es in der Biologie nur zwei Geschlechter gibt.“ Dies Letztere hat im Vorfeld Studentenvertreter derart aufgebracht, dass sie einen wütenden Widerstand gegen die Veranstaltung organisierten. Die Leitung der Universität, biegsam wie ein Rohr in Sturm und Streit, sagte daraufhin den Vortrag ab.

Kein Zweifel: Auch hier ein massiver Eingriff in das Rederecht, wenn auch von anderer Qualität. Denn beim Fall Pape handelte es sich um eine reine Meinungsäußerung, die mit erheblichem Druck unterbunden wurde. Bei der Doktorandin Vollbrecht aber wird eine wissenschaftliche Tatsache geleugnet, die in ihrem objektiven Charakter keiner Mehrheit und umso weniger dem Votum einiger Fanati-

## Millionenerbe mit Vorliebe für „brotlose Kunst“

Vom naturalistischen „Armeleutemaler“ zum Impressionismus-Star – Vor 175 Jahren wurde in Berlin Max Liebermann geboren

VON VEIT-MARIO THIEDE

Aus heutiger Sicht gilt der am 20. Juli 1847 in Berlin geborene Max Liebermann als unantastbarer Maler der Extraklasse. Der Wegbereiter des deutschen Expressionismus war in der Kaiserzeit als Vorsitzender der fortschrittlichen Künstlervereinigung „Berliner Secession“ und dann in der Weimarer Republik als Präsident der Preußischen Akademie der Künste eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des deutschen Kunstlebens.

Aber als Jude sah er sich wiederholt Anfeindungen ausgesetzt. Die häuften sich, nachdem die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gekommen waren. Bevor diese ihn aus der Akademie drängen konnten, legte er sein Amt als Ehrenpräsident nieder und trat aus.

Liebermann hatte es von Anfang an als Künstler nicht leicht. Vater Louis Liebermann hielt es für ein großes Unglück, dass sein Sohn Maler werden wollte. Der reiche Stofffabrikant fürchtete, dass dabei nur brotlose Kunst herauskäme. Sein Frühwerk trug ihm den Spotttitel „Armeleutemaler“ ein. Und das kam so: Während seiner Studienjahre an der Großherzoglichen Kunstschule zu Weimar malte Liebermann sein erstes eigenständiges Werk: „Die Gänserupferinnen“ (1871/72). Vor dunkler Kulisse sitzen Frauen, die in mühseliger Arbeit Gänse ihres weißen Federkleides berauben.



Max Liebermann: „Selbstbildnis mit Sportmütze an der Staffelei“ (1925)

### Kunstskandal in der Bismarckzeit

Martin Faass urteilt in seiner lesenswerten Liebermann-Biographie: „Es ist ein für die Zeit unerhörtes Motiv, das Liebermann noch dazu in einem Format (118 x 172 cm) malt, das damals großen historischen Ereignissen oder biblischen Themen vorbehalten war.“ Die öffentliche Präsentation des Gemäldes machte ihn auf unrühmliche Weise schlagartig bekannt. Publikum und Kunstkritik verurteilten es als Affront gegen den guten Geschmack und beschimpften Liebermann als „Apostel der Hässlichkeit“. Immerhin

erwarb es der Eisenbahnmillionär Bethel Strousberg. Als dieser in Finanznot geriet, kaufte Louis Liebermann das Gemälde seines Sohnes und vermachte es testamentarisch der Berliner Nationalgalerie.

Von 1878 an lebte Liebermann für sechs Jahre in München. Sein Hauptwerk dieser Zeit heißt „Der zwölfjährige Jesus im Tempel bei den Schriftgelehrten“ (1879). Als er es ausstellte, war der größte Kunstskandal der Bismarckzeit perfekt. Die Kritiker warfen Liebermann Gotteslästerung vor. In der Presse erschienen

### Liebermann-Ausstellung in Berlin

**Mein Liebermann:** 20. Juli bis 13. November in der Alten Nationalgalerie Berlin, Bodestraße, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Telefon (030) 266424242, Internet: [www.smb.museum/ang](http://www.smb.museum/ang)  
**Lesetipp:** Martin Faass, „Max Liebermann“, Wienand-Verlag, Köln 2017, Hardcover 96 Seiten, 12,95 Euro

Leserbriefe, die ihn als Juden angriffen, der christliche Gefühle verletzte.

Empörung rief hervor, dass er Christus als barfüßigen jüdischen Jungen mit Schläfenlocke zeigte, der in ein kurzes schmutziges Gewand gekleidet war. Liebermann gab klein bei. Er spendierte dem zwölfjährigen Jesus Sandalen, hüllte ihn in ein weißes Gewand und ersetzte die Frisur mit Schläfenlocke durch langes blondes Haar. In diesem Zustand hängt das Werk in der Hamburger Kunsthalle.

Liebermann kehrte 1884 nach Berlin zurück und heiratete Martha Marckwald. Die Hochzeitsreise führte in seine „Malheimat“ Holland und dort erstmals nach Laren. Hier entdeckte er Motive für zahlreiche Gemälde. Das spektakulärste unter ihnen ist das in der Alten Nationalgalerie hängende Großformat „Flachsscheuer in Laren“ (1887). In einem weiten, aber niedrigen Holzschuppen spinnen einige Jungen und viele Mädchen Flachsgarn.

### Malparadies am Wannsee

Zwar wird hier schwere, monotone Arbeit gezeigt, aber soziale Anklage liegt Liebermann fern. Das Flachsspinnen wird bei ihm nicht aus-, sondern wie auf einer Theaterbühne aufgeführt. Offensichtlicher noch wird dieses choreographische Bestreben Liebermanns in einem weiteren Hauptwerk: den in der Hamburger Kunsthalle beheimateten „Netzflickerinnen“ (1887/89).

Ab Anfang der 1890er Jahre ließ Liebermann seinen sozial orientierten Naturalismus allmählich hinter sich. Seine Malerei bekommt nun impressionistische Züge. Die Pinselschrift wird skizzenhaft. Es geht farbenfroh zu. Bevorzugte Motive sind jetzt Strandszenen, Reitsport und andere Freizeitvergnügen. Seine in der Kunsthalle Bremen hängende „Papageienallee“ (1902) gilt als ein Hauptwerk des deutschen Impressionismus.

Zahlreiche impressionistische Motive fand Liebermann in den beiden Gärten, die vor und hinter seinem Sommerhaus liegen. Das ließ sich der Millionenerbe 1907 am Wannsee erbauen – und zwar mit

dem Geld, das ihm die Verkäufe seiner Werke eingebracht hatten.

Bis zum Lebensende 1935 schuf er über 200 Gemälde seines Gartenreiches am Wannsee. Ein schönes Beispiel sind die „Blumenstauden am Gartenhäuschen nach Norden“ (1928). Für jede Blütenfarbe setzte Liebermann einen anderen Pinselduktus ein. Die bläulichen neigen sich nach links, die orangefarbenen nach rechts und die gelb getupften streben in die Höhe. Dieses und 21 weitere Gemälde Liebermanns befinden sich in der Alten Nationalgalerie. Die hat sich etwas Besonderes unter dem Titel „Mein Liebermann. Eine Hommage zum 175. Geburtstag“ ausgedacht. Im Blickpunkt stehen 13 Gemälde Liebermanns aus der Dauerausstellung. Zu denen gibt es ab dem 20. Juli per QR-Code und auf der Webseite des Museums Videos. Auf ihnen tun zum Beispiel Kinder, eine Museumsaufsicht und die



„Flachsscheuer in Laren“ (1887)

Künstlerin Valerie Favre ihre Begeisterung für ein bestimmtes Bild kund.

Dabei stellt dem Besucher auch der Schauspieler und Sänger Tim Schilling das „Landhaus in Hilversum“ (1901) vor. Den „Stevinstift in Leiden“ (1889/90), vor dem links alte Damen sitzen, präsentiert uns der Leiter der Alten Nationalgalerie, Ralph Gleis. Martin Faass, lange Jahre Direktor des Museums Liebermann-Villa am Wannsee und heute Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt, bringt uns die „Gänserupferinnen“ nahe.

### AUSSTELLUNG

## Frauen auf dem Vormarsch

Das Badische Landesmuseum in Karlsruhe präsentiert „Göttinnen des Jugendstils“

Künstlerische Stile haben bisweilen ein Geschlecht. Manche Epochen scheinen nämlich in der Nachbetrachtung eher von männlichem, andere von weiblichem Geist dominiert. Augenfällig wird das zum Beispiel im Kontrast der strengen Romantik zum verspielten Rokoko.

Der Jugendstil entstand am Ende des 19. Jahrhunderts als erster Versuch, sich vom Historismus zu lösen und einen eigenständigen Stil der Moderne zu formulieren. Seine Erzeugnisse sind mehrheitlich von einer femininen Aura umhaucht. Das zeigt sich in der Beliebtheit floraler Schmuck-Motive, aber auch in den schwungvollen, leichten Linienführungen der Ornamentik. Nicht zuletzt aber in der fast omnipräsenten Darstellung graziler Weiblichkeit in Graphik, Malerei und Bildhauerei.

Dass das in heutiger Zeit auch ideologische Begehrlichkeiten weckt, muss zur Kenntnis genommen werden. „Göttinnen des Jugendstils“ lautet der Titel einer

Ausstellung im Badischen Landesmuseum Karlsruhe, die sich vor allem mit der Rolle der Frau in jener Kunstepoche auseinandersetzt.



Bekannt als Rolls-Royce-Kühlerfigur: „Spirit of Ecstasy“ von Charles Robert Sykes

einandersetzt. Das baden-württembergische Wissenschaftsministerium wird aktuell „grün“ geleitet. So überrascht es nicht, dass in den Presse- und Katalogtexten der Schau überproportional feministische Deutungsmuster auftauchen. Vor allem das Fahrrad als Symbol weiblicher Emanzipation passt bestens zur heute offiziell propagierten Verkehrswende.

Dem Genuss der Exponate muss manche Zeitgeist-Blickverengung indes keinen Abbruch tun. Im Gegenteil: Die Karlsruher Schau ist großartig. Man sieht hochklassig gestaltete Zeitschriften-Titelseiten oder Werbegravuren des beginnenden Massenkonsums. Es erwarten den Betrachter Skulpturen, Vasen, Lampen, Glasarbeiten von einer Eleganz und luxuriösen Qualität, die eigentlich bis heute Maßstäbe setzen sollte. Gebrauchsgegenstände, Geschirr, Schmuck und Damenkleider verweisen auf den Jugendstil als Teil der beginnenden Reformbewegung. Die urbanisierten Bürger des Industrie-

zeitalters sollten durch Sport, Ausdruckstanz, gesunde Ernährung und luftige Kleidung wieder an ein ganz natürliches, volkstümliches und spirituelles Leben herangeführt werden.

Die Ausstellung präsentiert zudem unterschiedliche Darstellungsformen der Frau im Jugendstil. Sei es als Wassernymphe, Medusa, düstere Verführerin oder Zeitung lesende und rauchende Frau von Welt. Zuletzt werden viele weibliche Künstler jener Epoche vorgestellt, von der Schleiertänzerin Loie Fuller über die Schauspielerinnen Sarah Bernhardt bis zu Malerinnen wie der 1864 in Thorn/Westpreußen geborenen Julie Wolfthorn.

Claus-M. Wolfschlag

● **Göttinnen des Jugendstils** ist bis zum 11. September im Badischen Landesmuseum, Schlossbezirk 10, Karlsruhe, zu sehen. Geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 12 Euro, Infos im Internet: [www.landesmuseum.de](http://www.landesmuseum.de)

### ● MELDUNG

## Verbrechen der Deutschen

**Berlin** – In der Hauptstadt soll ein Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ eingerichtet werden. Es soll als unselbstständige Stiftung öffentlichen Rechts unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum entstehen. Der kürzlich vorgestellte Realisierungsvorschlag der Bundesregierung erfolgte aufgrund eines Beschlusses des Bundestags vom 9. Oktober 2020 zur Errichtung des Zentrums. „Der Zweite Weltkrieg und die Verbrechen der Deutschen prägen Europa bis heute. Etwa 230 Millionen Menschen in heute über 27 europäischen Staaten haben unter der von extremer Gewalt geprägten deutschen Besatzung gelebt“, heißt es in der als Unterrichtung herausgegebenen Schrift. Die Regierung sorgt sich, dass das Wissen um die deutsche Gewalt Herrschaft verloren gehen könnte und will dem entgegenwirken. MRK

VON PETER STEINBACH

Wenn in der allgemeinen Wissenschaft immer wieder behauptet wird, die Geschichte des Widerstands sei „ausgeforscht“, so muss das nicht richtig sein. Dies beweist nicht nur die Erweiterung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, sondern auch eine neue Veröffentlichung über den nordostdeutschen Widerstand.

Doch ganz so unbekannt ist der Widerstand in der zeitgeschichtlichen Forschung nicht. Im Zusammenhang mit der Gedenkstätte in Berlin sind viele Bereiche der Widerstandsgeschichte erschlossen worden. Dies wird etwa an der ehemaligen Hinrichtungsstätte in Berlin-Plötzensee deutlich, wo auch viele aus dem Osten stammende Regimegegner ihr Leben lassen mussten. Und am Hackeschen Markt erinnert die Ausstellung „Blindes Vertrauen“ in der ehemaligen Blindenwerkstatt von Otto Weidt an den Mut und den Erfolg eines Einzelnen, der sich entschloss, Menschenleben zu retten. Im Rahmen der Recherchen über die „unbesungenen Helden“ sind viele Judenretter aus den Ostgebieten und dem Baltikum hinzugekommen. Ihre Geschichten wurden akribisch erforscht und schlagen sich inzwischen in einer vielbändigen Reihe über die deutschen und europäischen „Stillen Helfer“ nieder.

In Schlesien befand sich auf dem Gut Kreisau sogar eine Art heimlicher deutscher Hauptstadt des Widerstands, denn hier wurden von ostdeutschen Regimegegnern wie Peter Yorck von Wartenburg – dazu ungemein berührend und tiefgründig Wladimir Gilmanow in dem hier angezeigten Buch – Überlegungen über das „Danach“ angestellt.

### Anregende Tiefenbohrungen

Gleichwohl bietet der Sammelband höchst anregende Tiefenbohrungen, die ein neues Licht auf den Widerstand in Pommern, West- und Ostpreußen sowie im Baltikum werfen und die allgemeine Widerstandsgeschichte bereichern.

In der Tat war der „ostdeutsche Anteil“ am Widerstand beträchtlich. Hier ist dem Geleitwort des Ehrenvorsitzenden der Kulturstiftung der Vertriebenen, Hans-Günter Parplies, zuzustimmen. Dabei geht es nicht nur um Adelige, die sich in den Widerstand anderer Gruppen und Schichten des Bürgertums und der Arbeiterschaft einbinden ließen und ihre Leben riskierten. Dies wird unter anderem an der Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harro Schultze-Boysen deutlich, die Unterstützung in ganz unterschiedlichen Kreisen fand, wie Margot Terwiel, die 1931 in Stettin ihr Abitur abgelegt hatte, als Halbjüdin aufgrund der Nürnberger Gesetze kein Rechtsreferendariat angeboten bekam, die bereits vorgelegte Dissertation nicht im Rigorosum verteidigen durfte und 1942 als Katholikin zur „Roten Kapelle“ gestoßen war und Flugblätter abtippete und verteilte. Terwiel wurde am 5. August 1943 geköpft, nachdem Hitler zuvor die Begnadigung dieser jungen Frau abgelehnt hatte.

Die Göttinger Tagung kommt einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine regionalgeschichtliche Widerstandsforschung voran, die sich in ihrer ganzen Breite und Vielfalt, auch in ihrer Widersprüchlichkeit und vielschichtigen zeitlichen Entwicklung den an der deutschen Teilung orientierten Maßstäben vergangener Jahrzehnte entzieht. Es war Klaus von Dohnanyi, der sich gegen Monopolisierungsversuche im Teilkampf des Widerstands wandte und sagte, dass keiner der Regimegegner für einen Teil Deutschlands gestorben sei. Insofern markiert sie eine erfolgreich bewältigte Schwelle, die den Blick auf die nordostdeutsche Widerstandsgeschichte lenkt und eine gesamtdeutsch-historische Sicht prägt.

Bemerkenswert ist die Würdigung Werner Bergengruens, neben Reinhold Schneider und Jochen Klepper einer der wichtigsten Repräsentanten der – immer

## WIDERSTAND

# Tiefe Einblicke in einen inneren und äußeren Kampf

Ein Sammelband trägt die Beiträge einer wissenschaftlichen Tagung in Göttingen zusammen und leistet einen wichtigen Schritt zur Erforschung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus im Nordosten



Repräsentant einer untergegangenen Lebenswelt: Der in Schneidemühl (Provinz Posen) geborene und später als Bürgermeister in Königsberg und als Oberbürger von Leipzig wirkende Carl Friedrich Goerdeler vor dem Volksgerichtshof Foto: Ullstein

auch von der Gestapo misstrauisch beobachteten – „inneren Emigration“. In diesem Sammelband erinnert Frank-Lothar Kroll an den 1892 in Riga geborenen, im Baltikum aufgewachsenen und durch baldende Erfahrungen und Traditionen geprägten, dann bis zu seinem Tode 1964 in Baden-Baden lebenden Schriftsteller. Bergengruen verdanken wir in dem Roman „Der Großtyrann und das Gericht“ von 1935 eines der wichtigen Zeugnisse eines geistig mobilisierenden Widerstands. Der Schriftsteller wollte „von den Versuchungen der Mächtigen und von der Leichtverführbarkeit der Unmächtigen und Bedrohten“ berichten und so seinen Zeitgenossen den Spiegel ihres angepassten Verhaltens vorhalten. In jenen Zeiten war dies kein einfaches Unterfangen. Schriftsteller eröffneten Mitmenschen die Möglichkeit, sich mit Hilfe der Literatur zu wappnen, vor allem: die Wirklichkeit zu durchschauen.

Wer im „Dritten Reich“ seinem Gewissen folgte, landete irgendwann bei der Frage, wie der Unrechtsstaat zu überwinden, wie Deutschland von seinem verbrecherischen Herrscher zu befreien war. „Hitler muss weg“, das war der vereinigende Wunsch aller Regimegegner. Manche dachten über die Umstände und die Rechtfertigung des Tyrannenmords nach. Gil-

bert Gornig hat mit der Zusammenfassung nahezu aller einschlägigen diesbezüglichen Stellen von Theologen, Philosophen und Juristen eine übersichtliche und klare, grundlegende Synopse vorgelegt, die zeigt, wie nah Geschichte und Theologie letztlich sind. Dabei spielen Kategorien keine Rolle mehr, denn es geht um Prinzipien und Rechtfertigung einer Tat, die höchstes Risiko bedeutete sowie Verhaftung, Einsamkeit und Verlassenheit, schließlich Folter und den Tod am Galgen oder unter dem Fallbeil nach sich zog.

Gornig dringt tief in moralische und ethische Reflexionen ein und entgeht so einer anekdotischen oberflächlichen Beschreibung eines moralischen Dilemmas, der Verstrickung durch Einsicht und ethische Grundierung zu entkommen und zugleich auf neue Weise schuldig zu werden. Widerstand wurde geleistet, weil man sein Land liebte, nicht, um ihm zu schaden; und dies umso entschiedener, als irgendwann deutlich wurde, dass die Flucht, der Verlust von Heimat und Besitz, von Angehörigen und Sicherheit die Folge war. Dies wäre sogar ein besonderes Kennzeichen des ostdeutschen Widerstands, denn mit Flucht und Vertreibung wurde deutlich, dass alles verloren schien, was Behausung und Beheimatung ausmachte.

### Ostelbische Lebenswelten

Ulrich Hutter-Wolandt beschreibt die Konflikte zwischen Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche in der Evangelischen Landeskirche Pommerns. Die Bedeutung Hinterpommerns als Rückzugsgebiet der Bekennenden Christen wird in den Bemühungen der Lutheraner um Dietrich Bonhoeffer deutlich, die in Pommern Unterschlupf finden. Leider übersieht er die Unterstützung dieser entschiedenen bekennenden Christen durch erhebliche Teile der ländlichen Adelsgesellschaft Pommerns. Von hier stammt etwa Dietrich Bonhoeffers Verlobte Maria von Wedemeyer, aus einer nicht zu beirrenden Familie, die aus der Ablehnung der Deutschen Christen ihre Kraft zum Widerstand

zog. Sie sollte unbedingt auf einer Fortsetzungstagung gewürdigt werden.

Eberhard Bethge hat diese Lebenswelt liebevoll geschildert, ebenso die Kinder des dann an der Ostfront gefallenen Pätziger Gutsherrn Hans von Wedemeyer, der 1932 versuchte, Hitler zu verhindern und dann im Herbst 1942 vor Stalingrad fiel. Wedemeyer führt in beeindruckender Weise ein Kennzeichen des nordostdeutschen Widerstands vor Augen, das sich an den Grundsätzen eines Verantwortungsadels ausrichtete und sich von einem fordernden Anspruchsadel unterschied. Dieser Unterschied zwischen Anspruch und „verdammter Pflicht“ (Stahlberg) kann erklären, weshalb sich im Widerstand viele ostelbische Adelige fanden, die Hitler und seine „Gossenbewegung“ nicht aus ständischer Überheblichkeit, sondern aus politischer Einsicht verachteten.

Dass sie über konfessionelle, politische und landmannschaftliche Grenzen hinweg dachten und deshalb auch zu agieren wussten, machen die erneut abgedruckten Überlegungen Horst Mühlens über Hellmuth Stieff klar, der mehr als ein Zauderer, sondern ein Offizier war, der klar und früh den verbrecherischen Charakter nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft durchschaute und seine Frau vor der heraufziehenden auch moralischen Katastrophe warnte. Am 20. Juli 1944 war Stieff unmittelbar vor Ort, in der Wolfschanze, die durch Stauffenbergs Attentat zu einem zentralen deutschen Erinnerungsort wurde. Warum wurde auf der Tagung verzichtet, das Interaktionsgefüge deutlich zu machen, das auf die Wolfschanze zielte und im entscheidenden Augenblick durch eine sekundenkurze Fehlleistung Hitler die Möglichkeit gab, das Blatt zu wenden und Berlin als stundenkurzes Zentrum des Umsturzversuches auszuhebeln? Johannes Tüchel hat sekundengenau die Ereignisse und die Akteure rekonstruiert.

Wiederholt erschließen Beiträger grundlegend Neues und erreichen so in bemerkenswerter Weise das Erkenntnis-

ziel, das die Tagung anzusteuern suchte. Mit einer profunden Zusammenstellung zugleich wichtiger und schwer zugänglicher, weitgehend übersehener Dokumente aus dem Glaubenskampf der Katholiken im Nordosten reichert Bendel seine grundlegende Studie über Bischof Maximilian Kaller an. Hier wird kein Heiligenbild gezeichnet, sondern ein Mensch gezeigt, der den Sogströmungen seiner Zeit zu widerstehen hatte, der nicht vor Illusionen und Fehldeutungen gefeit war, der sich aber zu korrigieren vermochte und die Größe hatte, sich selbst zu seinen Fehleinsichten zu bekennen. Er scheute sich nicht, als Kirchenmann, der den Nationalsozialismus 1933 als angeblichen Beginn eines ersehnten Weltenumbaus begrüßt hatte, zu einem entschiedenen Gegner zu werden, der Geistlichen wie Kardinal Preysing oder Bischof Spoll an Bedeutung gleichkommt.

Kaller ist ein entschiedener Vertreter der Katholischen Aktion, also des Versuchs, handelnd den Nationalsozialisten entgegenzutreten und ihrem weltanschaulichen Führungsanspruch eine ebenso „totale Forderung“ aus christlicher Überzeugung und Verpflichtung entgegenzusetzen. Er traute der Kirche und den Gläubigen zu, die Kraft zu einer „Gegenwelt“ zu entwickeln. Hier wird ein Widerstandsbegriff deutlich, der nicht nur auf den Umsturz im Zentrum der Macht zielt, sondern im Sinne der Kreisauer Gefühle und Bewusstsein, auf Moral und Ethik, auf Glauben und Zuversicht. Diese schlugen sich in Wallfahrten und Gottesdiensten nieder, die Kallers Bistum zu einem Zentrum eines ostdeutschen Glaubenswiderstands machten.

### Zentrale Region des Widerstands

Weshalb wurde Nordostdeutschland als Region der Widerständigkeit in dieser Breite bisher übersehen? Eine Erklärung ist die Fokussierung auf den ostpreußischen Landrat, auf den Gutsherren und Verwaltungsbeamten, auf den ostpreußischen Adel, etwa in den Arbeiten der angesehenen Journalistin Marion Gräfin Dönhoff. Dabei handelte es sich um einen viel breiteren Widerstand, wie er sich dann in der vergleichsweise breiten Unterstützung des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 manifestierte. Es ist gut, dass an die ostpreußische Herkunft Carl Goerdelers und seines Bruders erinnert wird, weil dieser Name in der Regel mit Leipzig verbunden wird. Barbara Kämpfert schildert in ihrer Annäherung an Goerdeler ein Spezifikum des regional geprägten, im Kern bürgerlichen Widerstands, der durch den Umgang mit Militärs und angesehenen Adelsfamilien geprägt wurde. Nach dem Krieg hatte die deutsche Gesellschaft Probleme, gerade im „Honoratiorenwiderstand“ (Margret Boveri) den Ausdruck einer „preußisch-bürgerlichen“ Tradition wahrzunehmen und anzuerkennen.

Was diese Haltung moralisch bedeutete, macht kongenial Wladimir Gilmanow deutlich, der sich an einer Theologie des Widerstands versucht und daran erinnert, dass auch eine tief empfundene Religiosität in Form eines bis in die letzten Konsequenzen nicht zu erschütternden Gottvertrauens hinein Verantwortung forderte und damit die Bereitschaft zur entscheidenden Tat voraussetzte.

So bleibt nach der Lektüre nicht das Bedauern des Rezensenten darüber, dass hier nicht auch die ostpreußischen „Stillen Helfer“ verfolgt wurden, nicht eine Familie von Klitzing, nicht die Stettiner Geistlichen und die Widerständigen der letzten Stunde im ostpreußischen Inferno berücksichtigt wurden, die sich den Anforderungen der Nationalsozialisten widersetzen, nicht zu früh oder gar nicht vor der russischen Armeen zu fliehen – sondern vielmehr der Wunsch nach einer Fortsetzung dieser verdienstvollen Arbeit.

● Prof. Dr. Peter Steinbach ist gemeinsam mit Johannes Tüchel Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. [www.gdw-berlin.de](http://www.gdw-berlin.de)

### Buchtipps



Ernst Gierlich, Hans-Günther Parplies (Hg.) **Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nordosten. Persönlichkeiten, Konzepte, Schicksale** be.bra 2022, Hardcover, 224 Seiten, ISBN: 978-3-95410-288-4, 34 Euro

VON PETER SCHNEIDER

ZEITGESCHICHTE

# Mensch Schily

Vom Verteidiger der RAF-Terroristen zum Mitgründer der Grünen zum Bundesinnenminister – das Leben Otto Schilys spiegelt wie kaum ein zweites die Entwicklungen der bundesrepublikanischen Geschichte. Doch wer ist der Mensch Otto Schily? Gedanken aus Anlass seines 90. Geburtstags von einem langjährigen Freund

Ich kenne keinen Mann seines Alters, dessen Kleidung sich in den wohl fünfzig Jahren, seit wir uns kennen, so wenig verändert hat. Spätestens mit Anfang Dreißig hatte Otto Schily seinen Stil gefunden und ist ihm bis heute treu geblieben.

Egal, wo ich ihn traf, zeigte er sich in einem dunklen Anzug mit Schlips und Weste; ich kann es nicht beschwören, bin aber ziemlich sicher, dass die Ärmel seines blütenweißen Hemdes in Manschetten mit edlen Manschettenknöpfen endeten. Habe ich ihn jemals mit Bluejeans oder gar mit Sneakern angetroffen? Ich glaube nicht. Und hätte ich ihn einmal bei einer derartigen Entgleisung ertappt, hätte ich das Bild verdrängt, weil es sich mit der Marke Otto Schily einfach nicht vertrug. Während andere sich die Haare wachsen ließen, T-Shirts im amerikanischen Thrift Shop erstanden, nur noch mit Turnschuhen herumliefen – selbstverständlich in Erwartung eines Zusammenstoßes mit der Polizei –, ihre Gesinnung mit Anstecknadeln oder Kopftüchern spazieren führten, blieb Schily immer Schily, zumindest äußerlich.

Bleibt noch ein Wort über seine Frisur zu sagen, vielleicht das einzige Detail, das seinem Outfit widersprach. Er trug seine rabenschwarzen Haare strikt nach vorn gekämmt, mal als kurz geschneittenen Pony, mal in längeren Fransen, die seine Stirn verdeckten – was ihn, wenn man nur den Kopf sah, in die Nähe der Beatles rückte. In den fünfziger und sechziger Jahren war diese Frisur als Cäsarschnitt bekannt, und ich glaube, dass ihm die Assoziation mit dem römischen Feldherrn besser gefiel als die spätere mit den Beatles. Jedenfalls drückte diese Frisur eine klare Absage an den mit dem Lineal gezogenen Scheitel aus – an diesen Schwur auf Geradlinigkeit, dem kaum jemand aus dieser Generation entkommen ist. Man kann auch einfach sagen, dass Schily der Cäsarschnitt gut steht, auch in den grauen Jahren.

## Stارانwalt und Kneipengänger

Wer nun meint, der junge Rechtsanwalt mit dem „impeccablen“ Erscheinungsbild habe sich nur in Gerichtssälen und später in Bundestagsdebatten in Szene gesetzt, hat das Spiel von Otto Schily nicht verstanden. Ja, er war ein früh erfolgreicher, für seine scharfe Zunge gerühmter Rechtsanwalt. Er war aber auch ein Kneipengänger, ein Stammgast in den angesagten Künstlerkneipen rund um den Savignyplatz und manchmal auch im fernen Kreuzberg. Er spielte Schach im „Zwiebelfisch“, Billard im „Exil“ und Skat in der „Paris Bar“, als man sich dort noch mit Kartenspielen die Zeit vertrieb. Schily war stüchtig nach Gesellschaft, nach dem Austausch mit den ganz anderen und anders Angezogenen, mit den Künstlern, die in ihm einen potentiellen Kunden sahen, mit den neuen Radikalen, die ihn bekehren wollten.

Als die „Paris Bar“ unter einer neuen und genialen Führung, die die Bar mit Schilys Hilfe übernommen hatte, allmählich zum beliebtesten Treff Charlottenburgs und später zu Weltruhm aufstieg, sah ich Schily oft auf seinem Stammplatz am Fenster sitzen – auf der gepolsterten roten Bank rechts vom Eingang. Er hatte eine einladende Art, einen Gast an seinem Tisch willkommen zu heißen: „Hier kommt der beste Schriftsteller der Republik ...“ oder „Ich begrüße die schönste Frau der Stadt ...“ Diskret prüfte er an der Reaktion der Angesprochenen, ob sie seine Begrüßung ernst nahmen – was meist der Fall war.

Natürlich habe auch ich bei ihm juristischen Rat gesucht, einmal in einer Sache, die meine Kneipenbesuche für eine gute Weile beenden hätte können. Allerdings bestand Schily darauf, dass wir diese Angelegenheit nicht in der „Paris Bar“, sondern in seinem Büro besprachen. Anlässlich einer Preisverleihung im Charlottenburger Schloss hatte ich mir eine kleine Aktion ausgedacht: Bei der Preisübergabe wollte ich einen Schaumgummihammer



Stationen eines weiten Weges: Otto Schily als Verteidiger der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin und als Bundesinnenminister

aus der Anzugjacke ziehen und dem Regierenden Bürgermeister damit auf den Kopf tippen. Im gleichen Augenblick sollten hinten im Saal die „Genossen“, alle mit Anzug und Krawatte, aufspringen und rufen: „Für alles Reaktionäre gilt, dass es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt.“

Schily sah mich fragend an. Ich wollte nur wissen, sagte ich, welche Strafe ich zu gewärtigen hätte. „Wenn du mit dem Schaumgummihammer zuschlägst“, erwiderte Schily, „ist es eine Straftat, die dir ein paar Monate Knast einbringen dürfte. Wenn du den Hammer nur hochhältst, sieht die Sache besser aus. Aber es ist nicht sicher, dass du straffrei bleibst.“

Ich konnte seiner Miene nicht entnehmen, ob er den albern Plan für gut oder für abscheulich hielt. Aber dies zu beurteilen, war auch nicht seine Aufgabe. Falls ich damals der Revolutionär war, für den ich mich hielt, so war ich einer, der vor seiner Aktion juristischen Beistand suchte. Nach Schilys Auskunft beschloss ich, von meinem Plan Abstand zu nehmen und es bei einer Protestdemonstration im Schloss zu belassen. Deren Wirkung war immerhin so nachhaltig, dass ich seither in Berlin nie mehr einen Preis erhalten habe.

## Verteidiger der RAF

Auch bei seinen Klienten von der RAF wie Horst Mahler und Gudrun Ensslin war es nicht Schilys Aufgabe, ihre Aktionen und

Überzeugungen zu bewerten. Schnell gab es jedoch Vorwürfe, er würde seinen privilegierten Zugang zu den Terroristen für den Schmuggel von Kassibern nutzen – Vorwürfe, die nie bewiesen worden sind. Keinen Zweifel kann es jedoch daran geben, dass er etwa Gudrun Ensslin mit allen Mitteln seiner anwaltlichen Kunst verteidigt und ihr Vertrauen gewonnen hat. Gleichzeitig ist nachlesbar, dass es Schily mit seinen meist bestechend formulierten anwaltlichen Tiraden nie um eine Rechtfertigung des Terrorismus gegangen ist, wohl aber um einen Angriff auf die Strafverfolgungsbehörden, die in den Jahren der RAF-Attentate die Grenzen des Rechtsstaats immer wieder überschritten haben.

Sein Engagement hat ihm dann für lange Zeit den Beinamen „Terroristenanwalt“ eingetragen – ein haltloser Vorwurf, der seine Wirkung jedoch nicht verfehlt hat. Für viele blieb Schily ein Rätsel: ein sprachmächtiger Linker, der sich mit seiner Vorliebe für weiße Hemden und teuren Zwirn als Konservativer tarnte; ein knallharter „Law and order-Mann“, der sich in der Rolle eines Robespierre gefiel.

Als Schily dann – immer mit demselben, ich meine: mit dem gleichen Anzug – zum Gründungsmitglied der Grünen wurde und wenige Jahre später in die SPD eintrat, in der Gerhard Schröder ihn prompt zu „seinem Fouché“ ernannte, war in der Gemeinde der Ratekünstler

über Schilys „wahre Identität“ kein Halten mehr. Während die einen ihn zu einem haltlosen Opportunisten ernannten, erklärten die anderen ihn zum Verräter.

## Anwalt des Rechtsstaats

Dabei hat Schily aus seinen inneren Überzeugungen nie einen Hehl gemacht. Ich erinnere mich einer frühen Wortmeldung von ihm, die Jahre vor den RAF-Prozessen einen Sturm der Entrüstung auslöste. „Das Gewaltmonopol des Staates“, sagte Schily damals, sei „eine der wichtigsten kulturellen Errungenschaften der Aufklärung.“ Für viele von uns klang dieser Satz damals fremd, wie ein Zitat aus dem Gebetbuch eines verbissenen Ordnungshüters, wie ein Bekenntnis, das sich endlich mit dem Erscheinungsbild des Anzugmenschen Schily zur Deckung bringen ließ. Trotz aller Anfeindungen hat Schily dieses Bekenntnis in zahlreichen Varianten wiederholt.

Ein anderes Bekenntnis Schilys, das aus dem ersten folgte, war für die Linke nicht weniger provokant: seine Verteidigung des Rechtsstaats. Diese in Schilys Weltbild nahezu heilige Institution, die in den Augen der APO eine von ehemaligen und neuen Nazis durchsuchte Einbildung war, sollte ein verteidigungswertes Rechtsgut sein? Dies war eine Kritik, die Schily keineswegs fremd war. Als Bundesinnenminister versuchte er, diesen Rechtsstaat durch ein Verbotungsverfahren

gegen die NPD zu schützen – und verlor das Verfahren nach den Regeln des Rechtsstaats, den er verteidigte.

In den neunziger Jahren, als ich während des serbischen Beschlusses als Reporter in Sarajevo und Umgebung war, war ich genötigt, an Otto Schily und seine sture Verteidigung des Rechtsstaats zurückzudenken. Ich lernte Situationen kennen, in denen wehrlose Zivilisten einer barbarischen Gewalt schutzlos ausgeliefert waren. Das ist wirklich das Schlimmste, dachte ich: Wenn alles möglich ist, wenn jedes Unrecht, jeder Gewaltakt, jede Art von Folter, jede Vergewaltigung und jeder Mord begangen werden kann und es keine Institution mehr gibt, von der die Opfer Schutz, geschweige denn die Durchsetzung ihrer Menschenrechte erwarten können. Der in Deutschland so leichtsinnig geschmähte Rechtsstaat erschien mir in diesem, gar nicht so fernen Teil der Erde plötzlich als ein Gut, das nur diejenigen gering schätzen, die es nie entbehrt haben.

## „Nur Idioten ändern sich nicht!“

Kein Zweifel, dass sich Schily bei dem raschen Wechsel seiner Rollen auch verstiegen hat. Hätte man einem Innenausschuss alle Reden vorgespielt, die er im Schwung seines Talents in der FU und in der TU zur Verteidigung der RAF-Angeklagten gehalten hat, hätte man sich seine Berufung zum Innenminister zweimal überlegt. Musste er denn als Grüner unbedingt den Protest gegen die Volkszählung unterstützen und als Innenminister dann die Behinderer der Castor-Transporte mit Strafzetteln überschütten? Schily ist kein Mann, der sich in seinem wechselvollen Leben niemals lange über eigene Fehler und Fehlentscheidungen geirrt hat. „Natürlich habe ich die Macht angestrebt“, hat er einmal eingeräumt und hinzugefügt: „Nur Idioten ändern sich nicht!“

Dann gibt es noch eine dritte Überzeugung, die den Kompass Schilys bestimmt hat. Bei einer Bundestagsdebatte über die Wehrmachtausstellung entschließt er sich zu einer persönlichen Bemerkung über seine Familie. Dabei wird der sonst so kontrollierte Redner von seinen Emotionen übermannt; er stockt, er kann sekundlang nicht weitersprechen, er kämpft mit den Tränen. Er spricht über drei Mitglieder seiner Familie – über seinen Onkel, über seinen Bruder, und über seinen Vater – über drei Antifaschisten, die in der Wehrmacht gedient hatten, im Krieg umkamen oder ihn mit furchtbaren Verletzungen überstanden hatten. Dann nennt Schily einen vierten Kriegsteilnehmer namens Jindrich Chajmovic, den Vater seiner Frau Linda, der als Jude gegen die Armee Hitlers gekämpft hatte, und fährt fort: „Der Einzige von diesen vier Kriegsteilnehmern, der für eine gerechte Sache kämpfte, war der Vater meiner Frau.“

Ich kenne Linda, Schilys Frau, seit vielen Jahren – eine tanzfreudige, eine streitbare, eine wunderbare Frau, über deren Geschichte ich nichts wusste. Wer diese Frau an seiner Seite hat und das moralische Erbe, das ihr Vater seiner Tochter und uns allen hinterlassen hat, so ernst genommen hat wie Otto Schily, hat in seinem Leben nicht viel falsch gemacht.

Ich grüße den Jubilar, einen Großen unter denen, die nach dem Krieg für ein besseres, ein bunteres, ein fröhlicheres Deutschland gearbeitet haben, und ich wünsche ihm und seiner Familie ein paar Tage italienischer Ausgelassenheit!

● **Peter Schneider**, Jahrgang 1940, verbrachte seine frühe Kindheit in Königsberg, später in Sachsen und in Bayern. In den 1960er Jahren war er einer der Wortführer der Studentenbewegung und baute sich eine Existenz als freier Schriftsteller auf. Seine Erzählung „Lenz“ (1973) gilt als Kultbuch der vom Scheitern der 68er-Revolution enttäuschten Linken. Er war unter anderem Gastdozent an den Universitäten Stanford, Georgetown und Princeton. Zuletzt erschien „Denken mit dem eigenen Kopf. Essays“ (Kiepenheuer & Witsch 2020).

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Ende Mai gab der US-Elektroautobauer Tesla seine Absicht bekannt, das Gelände seiner Fabrik in Grünheide südöstlich von Berlin um einen Güterbahnhof, Logistikflächen, Stellplätze und ein Servicecenter zu erweitern. Die neue Fläche schließt sich östlich an das 300 Hektar große Tesla-Grundstück an. Insgesamt sollen weitere 170 Hektar bebaut werden. Für mehr als 100 Hektar stellte das Unternehmen bei der Gemeinde Grünheide einen Antrag zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens. Aufgrund der sich abzeichnenden Ablehnung wurde der Antrag in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von der Tagesordnung gestrichen.

Im März hatte Tesla in Grünheide sein erstes Werk in Europa eröffnet. Die ersten 30 Fahrzeuge des Typs Model Y wurden vor Ort an Kunden übergeben. Die Autofabrik im Berliner Randgebiet entlang der Spree entsteht in einer der trockensten und wärmsten Regionen Deutschlands. Wegen des starken Zuzugs steigt der Wasserverbrauch stetig an. Nach eigenen Angaben wird das Tesla-Werk „in einer ersten Ausbauphase“, wie es immer heißt, mit 12.000 Mitarbeitern jährlich 500.000 Elektro-Autos herstellen. In möglichst kurzer Zeit soll auch die von Elon Musk angekündigte „größte Batteriezellenfabrik der Welt“ fertiggestellt werden.

Zuletzt hatte Tesla seinen angegebene jährlichen Wasserbedarf von 3,3 Millionen Kubikmetern auf 1,4 Millionen reduziert. Damit erhält das Werk so viel Wasser wie eine 40.000-Einwohner-Stadt. Mit dem weiteren Ausbau werde der Bedarf aber auf die 3,3 Millionen Kubikmeter steigen. Von Anfang an richteten sich die Einwände gegen das Mammutprojekt daher insbesondere auf den hohen Wasserverbrauch der Autofabrik. Seit Bekanntwerden der Pläne für die „Gigafactory“ in Grünheide sind die Sicherheit der lokalen Wasserversorgung und die Erhaltung der Trinkwasserqualität ein Dauerthema in der Region.

#### Verbrauch soll rationiert werden

Bei der beabsichtigten Flächenerweiterung ist zunächst zwar nicht von einem erheblichen zusätzlichen Wasserbedarf auszugehen. Doch muss jetzt noch mehr Wald eingeschlagen werden – Wald, der fehlt, um die Niederschlagsmenge zu erhöhen. Diese muss während der Vegetationsperiode im Verhältnis zur Verdunstung ausreichend sein, damit die Trockenheit nicht zu hoch ist und keine Bäume und irgendwann auch keine anderen Pflanzen mehr gedeihen können.

Die Umweltverbände NABU und Grüne Liga Brandenburg bezweifeln, dass die Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung und andere Unternehmen aufgrund des immens hohen Wasserverbrauchs,



Schon jetzt anderthalb Meter weniger: Fischerin zeigt das Absinken des Wasserspiegels am Elsensee in der Nähe von Grünheide, dem Standort der Tesla-Fabrik

Foto: pa

#### ÖKOLOGIE

## Teslas Durst erzürnt eine Region

Elon Musks gigantische Fabrik wächst in einer der trockensten Gegenden Deutschlands – und verbraucht eine Riesenmenge an Wasser. Umweltgruppen und Wissenschaftler sind alarmiert

den Tesla beansprucht, nachhaltig und langfristig gesichert ist. Mehrere Bürgerinitiativen fordern bisher vergeblich die Offenlegung sämtlicher Antragsunterlagen. Der zuständige Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) versorgt rund 170.000 Menschen sowie unter anderem das Tesla-Werk mit Wasser. Das Landesamt für Umwelt (LfU) hatte kürzlich die Erhöhung der Fördermenge in einem der Wasserwerke um rund 1,2 Millionen Kubikmeter auf insgesamt rund 3,8 Millionen Kubikmeter pro Jahr genehmigt, um die Versorgung der Tesla-Fabrik gewährleisten zu können. Unterdessen geht der Streit über die erlaubte Fördermenge in die nächste Runde.

Der WSE möchte den Wasserverbrauch von Unternehmen und Privathaushalten demnächst limitieren. Pro Person wären das 105 Liter, entsprechend der Menge Wasser, die in etwa zehn Minuten aus einem Duschkopf fließt. Zunächst soll diese Rationierung nur für Neukunden gelten, ab 2025 dann für alle Kunden

des WSE. Diverse größere Bauvorhaben im Kreis Märkisch-Oderland stehen aufgrund der begrenzten Fördermengen in den Wasserwerken bereits auf der Kippe.

Die gigantische Autofabrik entsteht inmitten eines Trinkwasserschutzgebietes nahe des Müggelsees, Berlins größtem Reinwasserspeicher und Trinkwasser-Reservoir für große Teile der Hauptstadtregion. Geohydrologische Untersuchungen des Baugrunds blieben aus. Erhebliche Bedenken äußerte der Gewässerökologe Martin Pusch vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) in Berlin. „Wir haben jetzt schon Perioden und Gebiete, wo wir einen Wüstenstatus haben. Das heißt, dass mehr Wasser verdunstet, als produziert wird.“

Mit der Ansiedlung von Tesla bestehe jetzt zusätzlich die Gefahr, dass das Trinkwasser verunreinigt werde, so Pusch. Unter dem Tesla-Gelände fließt das Wasser auf die anderthalb Kilometer entfernte Hauptbrunnenanlage des WSE zu. Eingetragene Schadstoffe aus dem Regen-

wasser, das auf dem Areal der Autofabrik im Boden versickert, gelangen früher oder später ins Grundwasser. Auch die Hausbrunnen zur Trinkwasserversorgung von zahlreichen Anwohnern könnten im Falle einer Wasserverschmutzung ausfallen – oder falls sich der Grundwasserfluss verringert.

#### Die Grünen haben keine Einwände

Derzeit darf der E-Autobauer jährlich bis zu 0,9 Millionen Kubikmeter Abwasser aus der Auto- und der im Bau befindlichen Batteriefabrik ins öffentliche Netz in Brandenburg leiten. Eine Leitung zum Klärwerk Münchehofe ist im Bau. Tesla will allerdings nicht preisgeben, mit welchen Stoffen in der Batterieherstellung gearbeitet wird. Ein Bebauungsplan der Gemeinde Grünheide geht davon aus, dass nach dem weiteren Ausbau der Fabrik über zwei Millionen Kubikmeter Schmutzwasser jährlich anfallen werden. Dafür soll ein zusätzliches Klärwerk gebaut werden. Doch auch im geklärten

Wasser bleiben Spuren etwa von Phosphor, Sulfat oder anderen Spurenstoffen zurück, geben die Berliner Wasserbetriebe und die Wissenschaftler des IGB zu bedenken. Am 11. April meldete Tesla dem Landesamt für Umwelt (LfU) mündlich einen ersten Vorfall. Laut LfU hat das Auslaufen von Betriebsflüssigkeiten aus dem Becken der Elektrotauchlackierung lediglich eine Betriebsstörung verursacht und keinen Störfall.

Bemerkenswert ist die kritiklose Haltung der Grünen gegenüber der Intransparenz bei Tesla und den zuständigen Behörden. Elektromobilität auf Basis volatiler Wind- und Solarkraftwerke ist ihnen wichtiger als Umweltschutz und Daseinsvorsorge. So bekannte der Vorsitzende der Grünen Jugend Brandenburg, Tammo Westphal: „Wir lehnen Tesla nicht ab. Wir als Grüne Jugend haben größtes Vertrauen in den Minister (gemeint ist Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach). Und in seine Aussagen, dass die Wasserversorgung vor Ort gesichert ist.“

#### DEUTSCHES ROTES KREUZ

## Sie fanden Millionen von Deutschen

Der DRK-Suchdienst ist etwas in Vergessenheit geraten – Doch die Institution ist nach wie vor sehr aktiv

Zum Kriegsende im Mai 1945 galten mehr als 20 Millionen Deutsche als vermisst, darunter auch zahlreiche Kinder, die durch Flucht oder Vertreibung von ihren Eltern getrennt worden waren. Deshalb entstanden zwei Suchdienste des Deutschen Roten Kreuzes in Flensburg und München, welche dann 1950 in einem einheitlichen DRK-Suchdienst für die Bundesrepublik aufgingen. Dieser wiederum stand in der Tradition ähnlicher Institutionen, deren Geschichte sich bis 1859 zurückverfolgen lässt.

In den ersten fünf Jahren gingen 14 Millionen Anfragen beim DRK ein, auf die in 8,8 Millionen Fällen klärende Antworten erfolgten. 1959 lagen dann noch

2,5 Millionen offene Anträge auf Auskunft vor. In all den Jahren danach wurden indes nur knapp die Hälfte, nämlich 1,2 Millionen, erfolgreich abgearbeitet. Die Suche blieb also nicht selten vergeblich – teilweise bis zum heutigen Tage –, was auch für die Nachforschungen über 5000 nach wie vor verschollene Kinder gilt.

Gleichzeitig erhält der Suchdienst weiterhin Anfragen von Menschen, welche etwas über den Verbleib ihrer Angehörigen in Erfahrung bringen möchten. Allein 2020 registrierte das DRK 11.501 neue Erst-Anträge, von denen mittlerweile 8561 abschließend bearbeitet und rund 1700 auch mit einer aussagekräftigen Auskunft beschieden werden konnten. An

den Recherchen beteiligten sich die Suchdienst-Leitstelle im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin, die zentralen Suchdienststandorte in München und Hamburg sowie die Suchdiensteinrichtungen der Landesverbände des Roten Kreuzes mit ihren 90 hauptamtlich besetzten DRK-Suchdienst-Beratungsstellen und 246 ehrenamtlichen Kreisaukunftsbüros.

#### Immigranten als neues Arbeitsfeld

Die Finanzierung des DRK-Suchdienstes erfolgt seit 1953 durch das Bundesinnenministerium. Und dieses beschloss trotz des anhaltenden Stroms von Anfragen im Juli 2017, die Klärung von deutschen Ver-

missstschicksalen des Zweiten Weltkriegs zum 31. Dezember 2023 einstellen zu lassen. Allerdings wurde die Frist dann 2020 bis Ende 2025 verlängert. Gleichzeitig soll sich der DRK-Suchdienst nun aber auch um den Verbleib von Menschen kümmern, die infolge aktueller bewaffneter Konflikte und weltweiter Katastrophen sowie durch Migration von ihren Angehörigen getrennt wurden „und bei denen entweder der Suchende in Deutschland lebt oder der Gesuchte in Deutschland vermutet wird“.

Diesbezüglich trafen bereits einige tausend Anfragen ein, wobei es meist um Personen aus Afghanistan, Somalia, Syrien und dem Irak ging. Bei deren Beant-

wortung arbeitet der Suchdienst des DRK mit 192 nationalen Rotkreuz- oder Rothalbmond-Gesellschaften zusammen und verwendet parallel dazu eine Online-Fotogalerie namens Trace to Face (Spur zum Gesicht).

Darüber hinaus werden Anfragen zum Schicksal von Spätaussiedlern bearbeitet und Rot-Kreuz-Nachrichten beziehungsweise „Nachrichten zur persönlichen Unversehrtheit“ übermittelt, wenn die Kommunikation zwischen den Angehörigen durch Kriege oder Naturkatastrophen unterbrochen ist. Zudem berät der DRK-Suchdienst jetzt auch Immigranten bei der Familienzusammenführung in Deutschland. *Wolfgang Kaufmann*



## SOMMEROLYMPIADE

# „Frisch, fromm, fröhlich, frei“

Nach der Maxime von Turnvater Jahn traten 33 junge Sportler in Osterode die Wettkämpfe an

VON UWE HAHNKAMP

Nach zwei Jahren Pause fand die Sommerolympiade für die Jugend der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen Anfang Juli wieder in Osterode statt, diesmal an anderer, historisch interessanter Stelle.

Von der Schule in die Schule hieß es für die 33 Teilnehmer der 8. Sommerolympiade der deutschen Jugend in Ermland und Masuren. Einquartiert waren sie im Internat der Sandor-Petőfi-Berufsschule, die sportlichen Wettkämpfe gingen auf dem Sportfeld hinter dem allgemeinbildenden Jan-Bażyński-Lyceum über die Bühne. Dieses befindet sich im Gebäude des früheren Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in großen Teilen erhalten geblieben war.

### Altes Wappen, junge Sportler

Am Morgen des 2. Juli befürchteten die Organisatoren vom Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren und der Landsmannschaft Ostpreußen noch, dass die angekündigten Disziplinen des Dreikampfs – 50-Meter-Lauf, Weitsprung aus dem Stand und Medizinball-Weitwurf – in die Turnhalle hinter dem Lyzeum verlegt werden müssten. Da der Nieselregen aber rechtzeitig nachließ, mussten sich die jungen Sportler dort nur umziehen. Wie sie dabei überrascht bemerkten, schmückt die eine Giebelseite ein Wappen – genauer gesagt, das Turnerkreuz mit den vier F für „frisch, fromm, fröhlich, frei“, die Turnvater Friedrich Jahn Anfang des 19. Jahrhunderts zur Maxime der Turner erhoben hatte.

Entsprechend energisch und engagiert gingen die Teilnehmer in die Wettkämpfe. Doch zuerst gab es ein Gruppenbild und nach der polnischen und deutschen Nationalhymne das Ablegen des olympischen Eides von Sportlern und Schiedsrichtern. Dann ging es auf die Aschenbahn für den Sprint. Der Sprung



Sieger im Sprung: Aleksander Ignaczak (l.) erhält den Pokal aus den Händen von LO-Vertreter Damian Wierchowski Foto: U.H.

aus dem Stand wurde anschließend auf dem Fußballfeld und der Weitwurf auf dem Volleyballplatz abgehalten. Es war zu bemerken, dass nicht alle jungen Menschen geübte Sportler sind. „Man versucht, sein Bestes zu geben und sich zu fordern“, formulierte Amelia Czaban aus Allenstein, die zu den jüngeren Teilnehmern bis 15 Jahren zählte, den Anspruch: „Wichtig ist, dabei und mit den Anderen zusammen zu sein.“

### Schneller, höher, weiter – gemeinsam

Doch auch ehrgeizige junge Männer und Frauen fanden ihre Herausforderung. Auch nach seinem verpatzten ersten Sprung ließ Kamil Dziwniel die Konkurrenz der älteren Gruppe (16 Jahre und älter) hinter sich. Mit einem weiteren ers-

ten Platz im Lauf und einem dritten im Werfen war er der erfolgreichste Teilnehmer der Olympiade. Die beste und vielseitigste Sportlerin war Aleksandra Kolodziejczyk aus Osterode – und bereits zum vierten Mal dabei. „Für uns war das immer ein fester Termin im Kalender. Dieses Jahr sind von fünf Personen nur noch zwei dabei. Nächstes Jahr studiere ich auch, hoffe aber, dass ich es schaffe“, erklärte sie. Neben dem Dreikampf war sie unter anderem beim Fußball dabei und lehrte dabei dem Torhüter das Fürchten.

Zum Ende des Vormittags, pünktlich mit dem Flug des letzten Medizinballs, hatte der Regen wieder eingesetzt, am Nachmittag kamen die Spieler beim Volleyball aber in der Sonne ordentlich ins Schwitzen. „Nach der Pflicht mit den Ein-

zeldisziplinen kam die Kür der Mannschaftsspiele zur Integration. Das Gemeinsame haben wir im Programm noch mit der Stadtführung am ersten Abend und dem Quiz zum Abschluss am Sonntag abgerundet“, so Organisator Damian Wierchowski vom Büro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein: „Dank der Arbeit der Sportlehrer vor Ort und unseres Teams ging alles reibungslos vonstatten.“

Das gemeinsame sportliche Erlebnis ermöglichten die finanziellen Mittel vom polnischen Ministerium für Inneres und Verwaltung, dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, der Landsmannschaft Ostpreußen und dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren.

## MELDUNGEN

### Rauschen plant neue Seebrücke

Rauschen – Im Bereich der Sonnenuhr ist der Bau einer neuen, 300 Meter langen Seebrücke geplant. Darüber informierte der stellvertretende Direktor des Küstenschutzes des Königsberger Gebiets, Jewgenij Burnaschow, auf einer wissenschaftlichen Konferenz. Die neue Seebrücke soll im Rahmen eines integrierten Küstenschutzprogramms bis 2030 entstehen. Sie wird die bisherige sogenannte Kapitänsbrücke ersetzen, die 2019 bei einem Sturm so schwer beschädigt wurde, dass ihre Fundamente verschoben wurden. Eine Wiederherstellung sei nicht vorgesehen, da die bisherige Brücke nicht mehr in das Konzept des Uferschutzes passe. Zudem solle ein 70 Meter breiter Strand angelegt werden. Noch haben die Pläne vorläufigen Charakter. Fest steht jedoch, dass die Gestaltung der Wellenbrecher beim Brückenneubau berücksichtigt wird. Die Reparaturarbeiten an der Promenade sollen 2024 abgeschlossen sein. MRK

### Ölteppich in Pillau

Pillau – Starker Wind hatte am 5. Juli einen etwa 200 Meter langen Ölteppich an der Küste des Pillauer Stadtstrandes angespült. Wie die Bezirksverwaltung des Küstenorts mitteilte, haben Mitarbeiter der städtischen Einrichtung zum Küstenschutz die Ölschicht umgehend abgetragen. Dies sei unter Einhaltung der erforderlichen Umweltsicherheitsstandards erfolgt. Der Leiter der Bezirksverwaltung, Sergi Melnikow, berief sogleich eine Dringlichkeitssitzung der Kommission für Notlagen ein. Um die Ursache für die Ölpest herauszufinden, forderte die Kommission Unterstützung beim Ministerium für Naturschutz und Ökologie, bei der Umweltstaatsanwaltschaft und bei der regionalen Umweltschutzbehörde an. MRK

## ALLENSTEIN

# Wettbewerb zum „Tag der Backsteingotik“

Initiative hält Schüler dazu an, die Geschichte ihrer Region zu erforschen und ihr Wissen zu veröffentlichen

Mit zwei voneinander unabhängigen Initiativen versuchten die Stadt Allenstein und die Gesellschaft der Gemeinden „Polnische gotische Burgen“ die Geschichte der Region zu dokumentieren. Erstere war eine Aktion zum Tag der Backsteingotik am 18. Juni, die zweite ein Wissenswettbewerb zu gotischen Burgen.

„Mach ein Bild, publiziere es in den sozialen Medien und schließe Dich so dem Ereignis an“, lautete die Anweisung auf der Internetseite der Stadt Allenstein zum Tag der Backsteingotik. Dieser Tag soll die Aufmerksamkeit der Menschen auf diese besondere Art des kulturellen Erbes lenken. Er wird seit 2018 am dritten Sonntag im Juni in der Bundesrepublik, der Republik Polen und Dänemark begangen.

Die Umsetzung der Veranstaltungen geschieht in enger Zusammenarbeit von Denkmalschutz, Wissenschaft, Kirchen, Tourismus und den Verwaltungen vor Ort sowie des Vereins „Europäischer Pfad der

Backsteingotik“, zu dem die Stadt Allenstein seit 2008 gehört.

Zu den Bauwerken in Allenstein, die den Teilnehmern für ein Foto ans Herz ge-

legt werden, gehören die Jerusalemskapelle, das Hohe Tor, die Fragmente der früheren Stadtmauer, die Jakobskirche und die Burg. Versehen mit dem entsprechenden

Hashtag #dziengotykuceglanego oder auf Deutsch #tagderbacksteingotik sollten sie dann im Internet hochgeladen werden und entsprechend sichtbar sein.

### Schüler als neue Experten

Eine traditionellere Art, das Wissen über die Vergangenheit der Region und insbesondere diese Art von Architektur weiterzugeben, ist der Wettbewerb zum Wissen über gotische Burgen, der in diesem Jahr zum 20. Mal stattfand. Über die Burgen und deren Geschichte schrieben die zukünftigen Spezialisten zum Deutschordensstaat – in einer dieser Burgen. Das Finale des Wettbewerbs fand nämlich im großen Saal der Osteroder Burg statt.

Der zweistufige schriftliche Wettbewerb – zuerst auf Ebene der Gemeinden, dann der zentrale Abschluss – behandelt nicht nur die Burgen an sich, sondern weit gefasst unter anderem die Organisation des Deutschordensstaates in Preußen, die

Expansion des Ordens, herausragende historische Figuren aus der Geschichte der Burgen sowie die Bistümer Ermland und Pomesanien. Für rauchende Köpfe in der Vorbereitung war also bei den teilnehmenden Schülern gesorgt, die die 14 Gemeinden repräsentierten, welche die Gesellschaft der Gemeinden „Polnische gotische Burgen“ bilden. Etwa die Hälfte liegen übrigens entlang der Weichsel, die restlichen in der heutigen Wojewodschaft Ermland-Masuren von Osterode über Allenstein bis nach Rastenburg.

Die ersten beiden Plätze gingen an Adrianna Truty aus Stuhm und Bartosz Surowiecki aus Lauenburg in Pommern, den dritten belegte Lukasz Kwaśny aus Allenstein. Merken wir uns diese Namen. Möglicherweise erleben wir diese neuen Experten zum Deutschen Orden in Zukunft als Wissenschaftler und Fremdenführer, wenn sie dann ihr Wissen an die nächste Generation weitergeben. U.H.



Volle Konzentration: Wettbewerbsteilnehmer im Großen Saal der Osteroder Burg

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 15. Juli

**ZUM 99. GEBURTSTAG**

Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli

**ZUM 98. GEBURTSTAG**

Topeit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

**ZUM 97. GEBURTSTAG**

Ahlgriem, Edith, geb. Gaidies, aus Moditten, Kreis Fischhausen, am 20. Juli

Brosda, Klara, geb. Zoels, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli  
Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli

Kolenda, Gerda, geb. Gedaschke, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli

Kugland, Gerhard, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Juli  
Methfessel, Friedel, geb. Alexey, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 15. Juli  
Petermann, Siegfried, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 21. Juli

**ZUM 96. GEBURTSTAG**

Buschmann, Traute, geb. Rückbrodt, aus Skollwitten, Kreis Mohrunen, am 15. Juli

Hein, Liesbeth, geb. Kowalzig, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli

Meister, Lieselotte, geb. Boseniuk, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. Juli

Perret, Christel, geb. Bindzus, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 17. Juli

**ZUM 95. GEBURTSTAG**

Escherich, Ruth, geb. Kirschner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Frey, Anita, geb. Blosze, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

Heinemann, Else, geb. Gayko, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli  
Kahmann, Edith, geb. Broden, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Schröder, Christl, geb. Schwendner, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Juli

Tröster, Gertrud, geb. Okolowitz, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 20. Juli

Utecht, Ilse, geb. Keding, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 16. Juli

Weber, Dietlind, geb. Olschewski, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 20, am 17. Juli

Winzel, Helene, geb. Tonk, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

**ZUM 94. GEBURTSTAG**

Apelt, Waltraut, geb. Orłowski, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Juli

Hustedt, Ursula, geb. Joseph, aus Lomp, Kreis Mohrunen, am 21. Juli

Jaros, Ruth, geb. Litzbarski, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli

Köpping, Hans-Werner, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 20. Juli

Mey, Erika, geb. Maurer, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

Söckneck, Gunter, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Wesolowski, Erna, geb. Bogumil, aus Lötzen, am 18. Juli

**ZUM 93. GEBURTSTAG**

Borg, Werner, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Gohlke, Erna, geb. Rykowski, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Jacob, Wolfgang, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 15. Juli

Kaiser, Anna, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli

Klann, Ruth, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 15. Juli

Kroehnert, Lothar, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

Liesenfeld, Anni, geb. Deptolla, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Meyer, Hildegard, geb. Marzian, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 18. Juli

Mülling, Edith-Maria, geb. Ludwandowski, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 20. Juli

Puszies, Liesbeth, aus Lötzen, am 20. Juli

Schulz, Thea, geb. Dieckmann, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Voß, Elisabeth, geb. Lenkewitz, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Juli

Walendy, Arno, aus Haasenber, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli

Willuweit, Wilhelm, aus Britanien, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

**ZUM 92. GEBURTSTAG**

Gromer, Karola, geb. Braunschweig, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juli

Hilscher, Erika, geb. Ohmke, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Kaminski, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. Juli

Lange, Heinz, aus Borken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Lange, Erwin, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli

Lojewski, Ursula, geb. Konetzka, aus Deutschwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli

Powierski, Alfred, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 16. Juli

Ruschke, Ursula, geb. Roß, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Sanden, Horst, aus Neidenburg, am 17. Juli

Tutahs, Irmgard, aus Ortelsburg, am 21. Juli

**ZUM 91. GEBURTSTAG**

Becker, Gerhard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Bogdahn, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Bohn, Elfriede, geb. Groß, aus Kunzendorf, Kreis Mohrunen, am 18. Juli

Erdmann, Lothar, aus Treuburg, am 19. Juli

Fiedrich, Herta, geb. Zargorney, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli

Gritzka, Ruth, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 16. Juli

Hunger, Ilse, geb. Reiser, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. Juli

Klimczuk, Christel, geb. Prostka, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Juli

Müller, Mariechen, geb. Dierks, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 20. Juli

Ollesch, Erich, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Juli

Powierski, Irmgard, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 15. Juli

Scheibel, Irmgard, geb. Bitter, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Juli

Schmidtke, Hildegard, aus Lyck, Morgenstraße 30, am 21. Juli

Schulz, Manfred, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Tiemann, Brigitte, geb. Wieczorek, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 21. Juli

Zastrau, Herta, geb. Meyer, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, am 17. Juli

**ZUM 90. GEBURTSTAG**

Bartsch, Hanna, geb. Aust, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juli

Beyer, Erich, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

Cruanes-Taddey, Ruth, geb. Taddey, aus Neidenburg, am 16. Juli

Holleitner, Renate, geb. Hermann, aus Venedien, Kreis Mohrunen, am 19. Juli

Lagenstein, Ursula, geb. Vogel, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 15. Juli

Pape, Erna, geb. Jablonowski, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 17. Juli

Restat, Ingrid, geb. Schorlepp, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Juli

Rogalski, Hans, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 17. Juli

**ZUM 85. GEBURTSTAG**

Chitralla, Irmgard, geb. Lendzi-an, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Juli

Cochius, Hannelore, geb. Twardy, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 19. Juli

Erler, Waltraut-Erika, geb. Piasetzki, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 18. Juli

Friebner, Ingrid, geb. Sarkowski, aus Lyck, am 21. Juli

Hoffmann, Bruno, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 16. Juli

Karweck, Peter, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 19. Juli

Konetzka, Herbert, aus Ortelsburg, am 17. Juli

Krupinski, Sieglinde, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 15. Juli

Milster, Gerda, geb. Zoranski, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Juli

Padschewa, Gustav, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 18. Juli

Poschwald, Ilse, aus Kallisten, Kreis Mohrunen, am 19. Juli

Thiemecke, Inge, geb. Wisotzki, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Juli

Toffel, Hedwig, geb. Groß, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 17. Juli

Troll, Gisela, geb. Broosch, aus Molehnen, Kreis Fischhausen, am 18. Juli

**ZUM 80. GEBURTSTAG**

Götzel, Jutta, geb. Schlack, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Neumann, Heidemarie, geb. Erzberger, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 19. Juli

Oelberg, Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Juli

Piotrowski, Horst, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli

Rogge, Edith, geb. Möwius, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 19. Juli

Rogge, Irmgard, geb. Wolk, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 16. Juli

Walpuski, Helmut, aus Klein-Dankheim, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

**ZUM 75. GEBURTSTAG**

Berger, Martina, geb. Pfister, aus Fischhausen, am 16. Juli

Sandleben, Jürgen, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli

ANZEIGE

**Schreiben Sie?**

Seit 1976 verlegen wir  
Romane • Lyrik • Anthologien  
Sachbücher • Wissenschaften  
Wir freuen uns auf Ihr Manuskript!

Haag + Herchen Verlag GmbH  
Schwarzwaldstraße 23 • 63454 Hanau  
Telefon 06181/520 670-0  
Fax 06181/520 670-40  
www.haagundherchen.de

**ZUR EISERNEN HOCHZEIT**

Jelonnek, Gerhard, aus Nikolai-ken, Kreis Königsberg und Ehefrau Erika, geb. Becker, aus Königsberg, am 18. Juli

**ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT**

Demuth, Georg, aus Allenstein, Lötzer Straße 69, und Ehefrau Dora, geb. Börger, aus Elbing/Westpreußen, Kruppstraße 34, am 19. Juli

**Ostpreußisches Landesmuseum**

**Ferienstarter 2022** – Familientag in Lüneburg, Sonntag, 17. Juli, 11 bis 17 Uhr, Familienkarte für alle Museen inklusive Wasserturm und Kloster Lüne: einmalig 15 Euro.

Am 17. Juli findet der beliebte Familientag der Lüneburger Museen zum Start in die Sommerferien wieder statt. Das Ostpreußische Landesmuseum, das Deutsche Salzmuseum und das Museum Lüneburg laden gemeinsam mit dem Kloster Lüne und dem Wasserturm zu tollen Mitmachaktionen ein: Im Ostpreußischen Landesmuseum steht die Kunst im Mittelpunkt. Das Schleudern mit Farbe macht nicht nur richtig Spaß, es entsteht dabei auch erstaunlich farbi-

ge Werke mit phantasievollen Motiven zum Mitnehmen. Zum Ferienstart können die Familien durch die Stadt von Museum zu Museum ziehen und sich von den abwechslungsreichen Angeboten und Ausstellungen begeistern lassen. Die Familien-Eintrittskarte (zwei Erwachsene plus maximal fünf Kinder) berechtigen zum Eintritt in die Museen sowie zur Teilnahme an allen Ferienstarter-Aktionen. Wer sich bei jedem Museum einen Stempel abholt, kann zudem an einer Verlosung teilnehmen. Der Ferienstarter wird gemeinsam vom Arbeitskreis Bildung und Vermittlung der Lüneburger Museen organisiert.

**Zusendungen für die Ausgabe 30/2022**

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 30/2022 (Erstverkaufstag 29. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 19. Juli**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

**Kontakt**

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

**Hinweis**

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
E-Mail: info@ostpreussen.de

**Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen**

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen**

**23. bis 25. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**24. September:** 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin  
**10. bis 16. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt  
**4. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**5. und 6. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**5. bis 8. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg  
Telefon (040) 41400826,  
E-Mail: info@ostpreussen.de,  
Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



## Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

## Gartenfest

**Wiesbaden** – Sonnabend, 23. Juli, 15 Uhr, Hof Erbenheim, Erbenheim: Sommer-Gartenfest. Zu Beginn werden Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen verwöhnt. Danach ist Zeit zu Spiel und Unterhaltung und/oder Teilnahme an einer Planwagen-Fahrt von etwa einer Stunde. Zum Abschluss erfreuen wir Sie mit einer zünftigen Abend-Vesper. Eine Anmeldung war notwendig. Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, Ilse Klausen, Telefon (06122) 504583.

## Bericht zur JHV

**Wiesbaden** – Trotz der Außentemperatur von über 30 Grad ging es bei der Jahreshauptversammlung keinesfalls hitzig zu. Auf der Tagesordnung standen turnusgemäß wieder Wahlen des Vorstands und der Kassenprüfer.

Für die verstorbenen Vorstandsmitglieder Irmgard Steffen und Bernd Sievers wurden Christa Gintaut und Gerhard Skibka in das Gremium gewählt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder wurden in ihrem Amt einstimmig bestätigt: Dieter Schetat (Vorsitzender), Helga Kukwa (stellvertretende Vorsitzende), Christian Wnuck (Rechnungsführer), Ilse Klausen (Schriftführerin) und Helmut Zoch (Organisation, Technik und Mitgliederbetreuung). Zu Kassenprüfern wurden Irmgard Gethöfer, Sabine Knoop und Dagmar-Maria Payne berufen. Vor den Wahlen war der gesamte Vorstand für das Geschäftsjahr 2021 einstimmig entlastet worden. Besondere Anerkennung der Kassenprüfer erhielt Christian Wnuck für

seine einwandfreie Rechnungsführung.

Nach dem Gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Landsleute und der Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung folgte der Tätigkeitsbericht des Vorstandes durch den Vorsitzenden, verbunden mit Informationen über das Geschehen in den Heimatgebieten – dies auch im Hinblick auf die kriegerischen Ereignisse in der Ukraine. Herzlich dankte er den Geld- und Sachspendern, die damit die Vereinsarbeit wohlwollend unterstützten.

„Die regelmäßigen Monatstreffen und Veranstaltungen der Landsmannschaft sind ein wichtiges Element für unser heimatverbundenes Miteinander. Leider konnten wir im vergangenen Jahr wegen der Corona-Situation nur zu einem einzigen Treffen einladen“, bedauerte der Vorsitzende. In den Folgemonaten war der Versammlungsort „Haus der Heimat“ amtlich geschlossen. Deshalb mussten alle bereits angekündigten Monatstreffen abgesagt werden, so auch die geplante Erinnerungsfeier zum 75-jährigen Bestehen der Landsmannschaft. Sie soll in diesem Jahr nachgeholt werden. In den Monaten Juli bis November konnte wenigstens zu dem traditionellen „Gemeinsamen Mittagessen“ in die Gaststätte Waldlust eingeladen werden.

Über viele Jahre hindurch greift die Landsmannschaft zwei deutschstämmigen Familien in Ost- und Westpreußen mit Geldspenden zur Weihnachtszeit unter die Arme, deren kleine Rente meist nicht für das Allernötigste reicht.

Sorge bereitet Schetat der „biologische Faktor“ mit der Folge, dass sich dadurch der Kreis der Erlebnissgeneration zwangsläufig verringert und die Landsmannschaft zunehmend kleiner wird. So ist die Mitgliederzahl inzwischen auf 94 geschrumpft; 1961 lag sie noch bei rund 440. In Zukunft werde es an der sogenannten Bekenntnisgeneration liegen, die Landsmannschaft aufrechtzuerhalten, meinte der Vorsitzende. *Dieter Schetat*



## Nordrhein-Westfalen

**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

## Heimatnachmittag

**Bielefeld** – Montag, 18. Juli, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Treffen der Gruppe der Ost- und Westpreußen zu einem gemütlichen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen zum Thema: Sommer in Ostpreußen mit einem Bericht vom Sommerfest der Deutschen Minderheit in Ermland und Masurien, im Freilichtmuseum in Hohenstein. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens.

Der Treffpunkt ist mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“ zu erreichen. Voranmeldung bitte bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026, oder Gertrud Riede, (05202) 5584. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.



## Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

## Vertreterversammlung

**Kiel** – Zur Vertreterversammlung der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein am 19. Juni konnte der Vorsitzende Edmund Ferner 31 Teilnehmer einschließlich 16 stimmberechtigte Mitglieder im Haus der Heimat in Kiel begrüßen.

In Anbetracht der Situation des Krieges und Flucht und Vertreibung aus der Ukraine zitierte Ferner in Bezug auf was ist Heimat von Borislav v. Salchow folgenden Sinnspruch: „Ich bin geboren, deutsch zu fühlen, bin ganz auf deutsches Denken eingestellt, erst meine Heimat, dann die Welt“ und „Wem sein Volk und seine Heimat etwas bedeuten, hört nicht auf, beiden zu dienen.“ (namenlos). Er begrüßte insbesondere die Referenten Herrn Ehmke und Herrn Lietzow sowie Herrn Mrozek vom BdV und Herrn Klingbeutel von der LO Gruppe Hamburg.

Die vereinsinternen Regularien konnten kurz abgehandelt werden, da keine Wahlen anstanden und nur ein Kassenprüfer zu bestimmen war. Jürgen Köhler von der Ortsgruppe (OG) Bad Schwartau nahm dieses Amt für zwei Jahre an. Der Tagesordnungspunkt bezüglich der Synopse und Aussprache zur Satzungsänderung wurde einstimmig von der Tagesordnung genommen, da er nicht ausreichend begründet worden war. In der Totenehrung gedachten wir der Verstorbenen Klaus Kuhr, Vorsitzender der OG Mölln, Herrn Baltrusch, ehemaliges Vorstandsmitglied, Brigitte Profé, Vorsitzende der OG Neumünster, und Herrn Rudat von der OG Uetersen.

Nach Anerkennung des Jahresabschlusses 2021 und positivem Kassenprüferbericht wurde dem Schatzmeister und dem Vorstand die Entlastung erteilt. Damit war der offizielle Vereinsteil beendet, und der kulturelle Teil konnte beginnen mit dem ersten Vortrag von Stephan Ehmke „Deutsche Kolonialpolitik – Verbrechen oder Erfolgsgeschichte. Eine Buchbesprechung des Titels: Verteidigung des deutschen Kolonialismus von Bruce Gilley (Lüdinghausen 2021)“. Einleitend führte Ehmke aus: Die derzeitige Geschichtsschreibung über die deutsche Kolonialpolitik ist ideologisch geprägt und nicht wissenschaftlich begründet. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen las-

sen Zweifel an der These aufkommen, die deutsche Kolonialpolitik sei verbrecherisch gewesen. Im Gegenteil legen sie nahe, dass es sich sogar im Wesentlichen um eine Erfolgsgeschichte handelt und verweist auf das Buch von Bruce Gilley, in dem der Autor Maßstäbe zur Beurteilung festlegt und die deutschen Kolonialgebiete untersucht.

Nach der Mittagspause – es gab Rindersauerbraten – folgte der zweite Vortrag Schlösser und Burgen im Hirschberger Tal – Niederschlesien Vortrag von Manfred Lietzow. Schlesien, einst die Perle der deutschen Ostprovinzen ist immer eine Reise wert. Das stellte Lietzow auch auf einer Herbst-Studienreise fest, als er mit dem PKW nach Hirschberg in Niederschlesien fuhr und die Schlösser und Burgen dieser historisch und kulturell so reizvollen Landschaft besuchte.

Von Schlesiens 3500 Adelssitzen sind heute nur fünf Prozent wieder saniert worden. Die meisten sind vom Verfall bedroht, doch erfreut es den Besucher, Gutsanlagen wie Schloss Lomnitz zu besuchen, das wieder von der deutschen Familie v. Küster im alten Stil saniert wurde. In den meisten wieder aufgebauten Schlössern und Burgen Niederschlesiens befinden sich heute Hotels mit teilweise wieder hergestellten historischen Räumen. Es ist eine Freude für jeden Besucher zu sehen, wie ein kleiner Teil dieser einst blühenden deutschen Kulturlandschaft wieder entsteht.

Unter Verschiedenes, berichtete der Vorsitzende, dass der ARD bei ihm nachfragte, ob er jemanden kennen würde, der im Zweiten Weltkrieg über das zugefrorene Haff geflohen wäre und verwies auf Herrn Weichler von der LO OG Nortorf. Der ARD suchte daraufhin Herrn Weichler auf, der ihm seine Erlebnisse, wie er die Flucht damals als Junge erlebt hatte, erzählte. Er lebte in Ostpreußen im Kreis Osterode und seine Familie hatte mit Pferd und Wagen die Heimat in Richtung Frisches Haff und über

das Haff verlassen. Seine Erzählung war für die Medien so interessant, dass nun das Fernsehen mit ihm nach Ostpreußen fuhr und seine Geschichte vor Ort aufzeichnete. Seine Erzählung war sehr emotional, sodass sie auch uns nun in seinen Bann zog. Der Dokumentarfilm wird im Oktober im Fernsehen zu sehen sein. Die nun folgende Kaffeepause wurde noch mal genutzt, um sich auszutauschen, bevor der Vortrag „Eine Reise durch das nördliche Ostpreußen“ von und mit Dieter Wenskat begann.

Was heute oder zurzeit nicht mehr möglich ist, aber 2019 von Dieter Wenskat mit einer Gruppe von 16 Teilnehmern unternommen wurde, ist einzigartig. Mit seinen Bildern gab er uns einen wunderbaren Eindruck über ein Ostpreußen, in dem die Zeit stehen geblieben zu sein scheint, wobei andererseits die kulturellen und historischen Bauten, Denkmale und Kirchen, sicher auch Dank des Heimattourismus, einen gepflegten gut erhaltenen Zustand zeigten.

Sein Reiseverlauf: Nach Flug über Warschau nach Königsberg begann die Busreise in das nördliche Ostpreußen zunächst nach Rauschen. Von dort ging es mit einer Rundfahrt über das Samland nach Palmnicken und Pillau. Königsberg, Gumbinnen, Arnau, Tapiau, Trakehnen und die Rominter Heide standen auf dem Programm, ebenso Tilsit mit dem neuen Königin-Luise-Denkmal im Park Jakobsruh, Insterburg mit Ritterspielen sowie die Dorfschule in Waldwinkel, die heute ein Museum beherbergt, eine Rundfahrt durch die Elchniederung, durch das Memental, Heydekrug, Nidden, Memental, Rossitten und Salem. Für eine weitere bereits geplante Reise nach Ostpreußen vom 28. August bis 7. September nimmt der Vortragende Anmeldungen entgegen. Damit ging ein reich an Informationen ausgefüllter Tag zu Ende, den der Vorsitzende mit dem Singen des Ostpreußenliedes ausklingen ließ. *Hans-Albert Eckloff*

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Bank: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-03-B



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

MEMEL

Kultur aus und in Memel

Großer Beifall für die Chöre beim Deutschlandtreffen und die Inszenierung von Ulla Lachauers „Paradiesstraße“

Viele Besucher des diesjährigen Ostpreußentreffens staunten nicht schlecht, als sie am Nachmittag gleich zwei Gesangsgruppen aus dem Memelland erleben konnten.



Am Stand des Vereins der Deutschen in Klaipėda/Memel: Besuch des litauischen Botschafters (3. v. r.) Foto: HJM

Memelländer in Wolfsburg

Neben den zahlreichen ostpreußischen Kreisgemeinschaften befand sich als perfekte Ergänzung zu den memelländischen Musikgruppen ein großer Stand des Vereins der Deutschen in Klaipėda/Memel.

Beachtung. Mit einem eigenen Plakat und einem informativen Falblatt wurden die Besucher zur Unterstützung dieses Projektes eingeladen.

Besonders große Freude löste der überraschende Besuch des litauischen Botschafters in Deutschlands aus: Ramunas Misiulis.

Deutsche Kulturtag in Memel

Im Rahmen der traditionellen Deutschen Kulturtag in Memel veranstaltet vom Verein der Deutschen in Klaipėda/Memel, fand am 17. Juni im Simon-Dach-Haus eine besonders interessante literarische Veranstaltung statt: Ulla La-

chauer stellte die Neuübersetzung ihres Buches „Paradiesstraße“ ins Litauische vor: „Rojaus Kelias“.

tung wurde zusätzlich präsentiert durch die engagierte Asta Drungiliene, Redakteurin und Geschäftsführerin des Tabula Nova Verlages.

Hans-Jürgen Müller



Abschlussrunde: Rasa Müller mit Ulla Lachauer und Mindaugas Karklelis

Kulturpreis

Der Georg Dehio-Kulturpreis wird im Herbst 2023 zum elften Mal verliehen. Mit dieser von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien dotierten Auszeichnung würdigt das Deutsche Kulturforum östliches Europa besondere Leistungen in der Erforschung, Bewahrung und Präsentation von Zeugnissen des gemeinsamen kulturellen Erbes in Regionen des östlichen Europa.

Kandidaten für den Georg Dehio-Kulturpreis können von einschlägigen Einrichtungen und Einzelpersonen im In- und Ausland vorgeschlagen werden.

Kandidatenvorschläge können bis zum 31. Oktober 2022 an Deutsches Kulturforum östliches Europa, Berliner Straße, 135 Haus K 1, 14467 Potsdam oder per E-Mail: deutsches@kulturforum.info eingesandt werden.

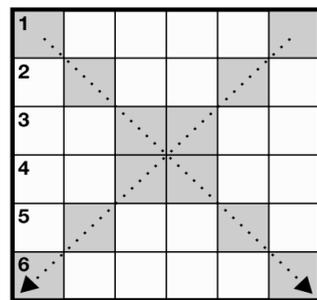
Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'nichts-würdig; nieder-trächtig', 'Handels-brauch', 'ein-kreisen; ver-rücken', 'Fluss zur Seine', 'als Weg ge-geigt; mög-lich', 'lange, flache Holz-leiste', 'Ritze, Riss', 'knechten', 'bunte Unterhal-tungsdar-bietung', 'Schwer-metall', 'Form der Rei-giosität', 'Segel-befehl', 'vermuten', 'ein Süd-afrikaner', 'Schi-fen in den Häfen lei-ten', 'nicht hun-grig', 'dt. Schau-spieler; ... Schweiger', 'Stadt in Süd-frank-reich', 'Einöde', 'Spiel-leitung (Kunst, Medien)', 'japani-sches Gericht', 'nordi-sche Wäh-rungs-einheit', 'ohne Klang (Stimme)', 'Ferien', 'großer schwar-zer Vogel', 'Vor-name der Da-nella', 'Pfle-ger von Grün-anlagen', 'Näh-material', 'der Fuchs in der Fabel', 'Preis-abzug', 'gleich-förmiger Ablauf im Leben', 'Klage-lied', 'durch Zucker haltbar gemacht', 'exakt; pünkt-lich', 'Heil-ver-fahren; Heil-urlaub', 'Verstoß gegen göttliche Gebote', 'Ufer-streifen zum Baden', 'altrömi-sches Gewand', 'Stadt-teil von Hamburg', 'Staat in Ostafrika', 'Wasser-stelle für Tiere', 'enthalt-same Lebens-weise', 'Auf-sehen, Skandal', 'spaßig, komisch', 'polizei-lische Groß-aktion', 'einen Text ent-ziffern o. vortragen', 'Gebär-den- und Mi-nen-spiel', 'von solcher Art', 'Schale für Tier-futter', 'schweiz. Ferienort in Grau-bünden', 'Körper-hülle', 'Skilau-fer-technik', 'Kanton der Schweiz', 'Fahr-bahn neben Straßen', 'Tier-kreis-zeichen', 'Trink-gefäß', 'Menge', 'Berg-spitze, -gipfel', 'Mönchs-gewand', 'aus-führen, verrich-ten', 'leicht-sinniger Mensch (ugs.)', 'an-stelle von', 'Rad-mitt-elstück', 'weiches Sedi-ment-gestein', 'Verpa-ckungs-gewicht', 'aber, indessen', 'Rhombus', 'mittel-asiat. Fürst-en-titel', 'zarte, anmutige Mär-chen-gestalt', 'Fremd-wort-teil: fern', 'taktisch nicht ge-schickt', 'ital. Barock-maler (Guido)', 'Gruppe von acht Solisten (Musik)', 'nordi-scher Hirsch', 'früher: An-gehöriger e. Reiter-truppe', 'chemi-sches Zeichen für Neon', 'Abkür-zung für Euer Ehren', 'persönl. Fürwort (3. und 4. Fall)', 'vom Meer getrennte Küsten-bucht', 'Stadt in Ost-riess-land', 'franz. männ-licher Artikel', 'ver-spotten, necken', 'weibli-ches Last-tier', 'nord-deutsch; jammern, nörgeln', 'PAZ22\_28'

Sudoku

6x6 grid for a Japanese number puzzle. Numbers are placed in some cells: (1,3)=1, (1,4)=5, (2,6)=3, (3,1)=5, (3,2)=1, (3,3)=6, (3,4)=8, (3,5)=7, (3,6)=9, (3,7)=4, (4,2)=8, (4,3)=7, (4,4)=3, (4,5)=2, (4,6)=8, (5,1)=7, (5,2)=4, (5,3)=8, (5,4)=2, (5,5)=6, (6,1)=4, (6,2)=2, (6,3)=9, (6,4)=7, (6,5)=6, (6,6)=3, (6,7)=5, (7,3)=9, (7,4)=5, (7,5)=4, (7,6)=6.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



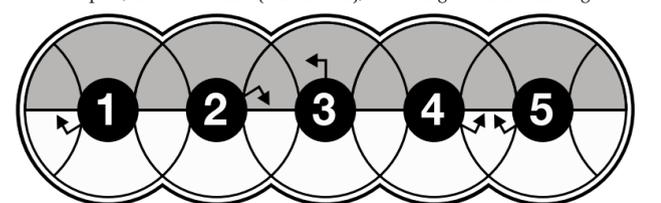
Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sportarten. 1 kluge Berechnung, 2 Kehle, 3 Festungen im Mittelalter, 4 Gabe, Schenkung, 5 Lebewesen genetisch kopieren, 6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Ausrüstung, Inneneinrichtung.

1 schlecht, unangenehm (ugs.), 2 längster Nebenfluss der Donau, 3 sportl. Wettkämpfer, 4 dt. Humanist (Ulrich von), 5 Verlangen nach Nahrung



## Heimatkreisgemeinschaften


**Elchniederung**

**Kreisvertreter:** Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

**Mitglieder- und Delegiertenversammlung**

**Bad Nenndorf** – Von Freitag, 9. September, bis Sonntag, 11. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung. Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 9. September zur Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung. Für die ersten Besucher des Treffens werden im Raum LUZERN des Hotels Film-Vorträge gezeigt.

Am Sonnabend, 10. September, öffnet das Tagungsbüro und die Besucher haben Gelegenheit, Filmvorträge aus der Heimat zu sehen. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant und um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Es folgen geistliche Worte und außerdem Grußworte des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Fietzek. Danach werden Ehrungen und Rechenschaftsberichte sowie Wirtschafts- und Ertragsplan durch den Versammlungsleiter vorgetragen. Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen. Danach bleibt noch genug Zeit zum Plachandern und für Musik-Vorträge.

Am Sonntag, 11. September, ist Gottesdienst in der Kirche Steinhude sowie Ausklang im Hotel Esplanade. *Manfred Romeike*



6. Donder, Reinhard, 1941 (Kalkofen), Seebergen 2, 22956 Lütjensee.

7. Fenner, Sebastian, 1971 (Kaltlagen), Seestraße 4, 83209, Prien am Chiemsee.

8. Gentek, Uwe, 1959 (Neumalken), Tuppenend 25 a, 41749 Viersen-Süchteln.

9. Heupel, Gesine, 1967 (Morgengrund), Bürgerstraße 35, 36199 Rotenburg a. d. Fulda.

10. Janzig, Gerhard, 1940 (Waiblingen), Wichernstraße 42, 42653 Solingen.

11. John, Ewa, 1957 (Lyck), Mittelweg 2, 54293 Trier.

12. Kalisch, Hans Peter, 1963 (Lyck), August-Grabbe-Siedlung 28, 31840 Hessisch Odendorf.

13. Komossa, Manfred, 1944 (Langheide), Theodor-Heuss-Straße 30, 96215 Lichtenfels.

14. Mader, Heidi, 1964 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.

15. Mader, Marc, 1986 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.

16. Mader, Michael, 1956 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.

17. Meiburg, Dirk, 1972 (Sarken), Patriotischer Weg 58, 18057 Rostock.

18. Moucha, Gerdt, 1947 (Petzkau), Haselnussweg 10, 14624 Dallgow-Döberitz.

19. Nilson, Anorthe, 1944 (Morgengrund), Kopenhagenstraße 18, 37079 Göttingen.

20. Norra, Wilhelm, 1938 (Sarken), Anna-Spiegler-Straße 67, 28277 Bremen.

21. Pistorius, Günter, 1954 (Keipern), Mannesmannstraße 2, 58452 Witten.

22. Schenkewitz, Andreas, 1956 (Maschen), Am Wall 65, 15366 Hoppegarten.

23. Schneider, Herbert, 1940 (Fließdorf), St.-Ulrich-Straße 2, 86899 Landsberg a. L.

24. Vogel, Hans Ulrich, 1957 (Lindenfließ), Ilenbrook 24, 21107 Hamburg.

25. Wiesensee, Bärbel, 1946 (Mostolten), Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten.

Nach Paragraph 2 Absatz 5 der Wahlordnung werden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck, das sind die Bezieher des Hagen-Lycker Briefes, aufgefordert, bis zum 30. September weitere Wahlvorschläge bei der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten einzureichen.

Gemäß Paragraph 2 Absatz 7 der Wahlordnung muss der Wahlvorschlag den Familiennamen (und gegebenenfalls abweichende Geburtsnamen) Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und die jetzige zustellungsfähige Anschrift (in Blockschrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten enthalten. *Bärbel Wiesensee, Kreisvertreterin*


**Memel-Stadt/Land**

**Kreisvertreter:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

**Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

**Treffen der Memelländer**

**Memel** – Dienstag, 2. August, 16 Uhr, Simonaitytes Bibliothek, Herkaus Manto g. 25: Ausstellungseröffnung „770 Jahre Memel/Klaipėda“.

**Berliner Memellandgruppe**

**Berlin** – Dienstag, 19. Juli, 13 bis 16.30 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolandufer 6 (S- und U-Bahnstation Jannowitzbrücke): Sommertreffen. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Berichte aus dem Memelland und ein Bericht zum Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg. Eine Anmeldung war notwendig. Hans-Jürgen Müller, Telefon (030) 401 00473 (AB) oder E-Mail: hjm.berlin@t-online.de.


**Rastenburg**

**Kreisvertreter:** Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

**Geschäftsstelle:** Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

**66. Hauptkreistreffen**

**Wesel** – Sonnabend, 13. August, bis Sonntag, 14. August: 66. Haupt-

kreistreffen in Wesel mit folgendem Programm:

Sonnabend, 13. August – 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube, ab 14 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein im Hotel Kaiserhof, Wesel.

Sonntag, 14. August – 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel, 14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Gastsätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel, mit: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

**Mitgliederversammlung und Kreistag**

**Wesel** – Sonntag, 14. August, 11.30 Uhr in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Kreisver-

treter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2023, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburger Treffen 2019–2023, 10. Verschiedenes. Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 8. August einzureichen.

*Hubertus Hilgendorff*


**Tilsit-Stadt**

**Stadtvertreter:** Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljawanja@gmx.de

**Neue Schriftleitung**

Der Schriftleiter des gemeinsamen Heimatbriefes der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und der Stadtgemeinschaft Tilsit, Heiner Cöenen, hat sein Amt mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Sein Nachfolger ist Theo Boomers, der Chef der Druckerei Boomers & Esser in 52511 Geilenkirchen, Annastraße 10–12.

Es wird gebeten, Einsendungen zur Veröffentlichung in „Land an der Memel TILSITER RUND-BRIEF“ an jene Firma zu senden. E-Mail: druckerei@boomers-und-esser.de, der Ansprechpartner ist Theo Boomers.

*Dieter Neukamm, Kreisvertreter und Erwin Feige, Stadtvertreter*

ANZEIGEN


**Lyck**

**Kreisvertreterin:** Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

**Kandidaten für die Wahl des Kreistages im Jahr 2023**

Im Jahr 2023 findet turnusmäßig die nächste Wahl des Kreistages (Mitglieder-Vertreter-Versammlung) unserer Kreisgemeinschaft Lyck statt. Nach Paragraph 10 unserer Satzung sind 15 Mitglieder des Kreistages zu wählen. Gewählt sind die Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl.

Gemäß Paragraph 2 Absatz 4 der Wahlordnung hat der Kreis-ausschuss am 30. Januar 2022 folgenden Wahlvorschlag beschlossen:

- Behrendt, Klaus, 1938 (Lyck), Sandstraße 28, 80335 München.
- Cub-Teufel, Adele, 1949 (Lyck), Catenhorner Straße 49, 40882 Ratingen.
- Czerwinski, Siegmund, 1939 (Andreken), Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.
- Czudnochowski, Dieter-J., 1947 (Morgengrund), Lärchenweg 23, 37079 Göttingen.
- Dombrowski, Werner, 1938 (Skomanten), Am Brüngersbroich 9, 40764 Langenfeld.

*Lege mich wie ein Siegel auf dein Herz,  
wie ein Siegel auf deinen Arm.  
Denn Liebe ist stark wie der Tod.*  
Hoheslied 8,6

Meinem Schwager, unserem Onkel und Großonkel

**Walter Theodor Preuß**

\* 20. 12. 1927 † 16. 6. 2022  
Groß Bestendorf Nördlingen  
Kr. Mohrungen

ein stiller Gruß.

**Bärbel Preuss  
Monika und Anton von Wietersheim  
Michael Preuss  
Arnim Ritter und Sylvie Heck Cadier  
Marielle und Florian Dold**

Unser Beileid gilt Ulrike, Christoph und Katharina mit Familien.



*Was man tief in seinem Herzen besitzt,  
kann man durch den Tod nicht verlieren.*  
Johann Wolfgang von Goethe

Voller Dankbarkeit für all die Liebe und Güte,  
die er uns in seinem Leben schenkte,  
nehmen wir Abschied von meinem lieben Ehemann, Vater, Bruder, Opa und Uropa

**Frank Wenzel**

\* 13. 1. 1943 † 28. 6. 2022

In stiller Trauer  
**Hannelore Wenzel  
Kinder, Enkel und Urenkel**



*Die vor uns waren starben,  
wir bleiben auch nicht hier.  
Die Nachwelt sagt,  
sie waren und stirbt wie wir.*

Wir trauern um unseren Vater, Schwieger- und Großvater

**Eugen Rosinsky**

Brauer zu Bronnbach,  
Braumeister zu Kassel und Raitenhaslach  
\* 10. 03. 1942 † 28. 06. 2022  
zu Reicholzheim zu Neuwied

**Lars Rosinsky mit Martina und Charlotte**

Kassel, im Juli 2022

**Der richtige Weg,  
anderen vom  
Tode eines  
lieben Menschen  
Kenntnis zu geben,  
ist eine  
Traueranzeige.**

**Preussische Allgemeine**

Buchtstraße 4  
22087 Hamburg  
Telefon 0 40 / 41 40 08 32  
Fax 0 40 / 41 40 08 50  
www.paz.de

Der Herr ist mein Hirte,  
mir wird nichts mangeln.  
Er weidet mich auf einer grünen Aue  
und führet mich zum frischen Wasser.  
Er erquicket meine Seele.  
Er führet mich auf rechter Straße  
um seines Namens willen.  
Psalm 23, 1-3

Von der Wipper an die Wupper ...

**Magdalene Maaß**

\* 03. 10. 1924 † 21. 06. 2022  
Altkugelwitz Opladen  
Pommern Leverkusen

In liebevollem Gedenken  
Im Namen aller Angehörigen  
Erdmuthe Maaß

Die Beisetzung hat auf dem Friedhof Leverkusen-Manfort stattgefunden.

EHRUNG ROBERT LUCKHARDTS

# Der Ingenieur, der aus der Tiefe kam

Ein Denkmal soll an den ersten Direktor der Gas-, Wasser- und Abwasserbetriebe der Stadt erinnern

VON UWE HAHNKAMP

Bei den schwülwarmen Tagen dieses Sommers suchen Einwohner und Touristen auch in Allenstein immer wieder Erfrischung in Form von Wasser. Dafür bieten die Wasser- und Abwasserwerke der Stadt Trinkstellen und an besonders heißen Tagen auch Wasservorhänge an. Das Unternehmen feierte in diesem Jahr sein 125-jähriges Bestehen und ehrte seinen ersten Direktor, den Ingenieur Robert Luckhardt, mit einem Denkmal.

Heute drehen die Einwohner der Stadt Allenstein wie in den meisten Städten Europas einfach den Wasserhahn auf, wenn sie das kühle Nass benötigen. Es ist übrigens von so guter Qualität, dass man es direkt aus dem Hahn trinken kann. Sie haben darüber hinaus 17 Trinkstellen vor allem in der Innenstadt und in Kortau, aber auch eine am Hauptbahnhof zur Verfügung, die auch mit einer Schüssel für durstige Vierbeiner ausgestattet sind. An vier Stellen um die Altstadt herum werden an heißen Tagen Vorhänge aus Wasser, also im Grunde Rasensprenger, angestellt, an denen sie sich abkühlen können. Doch vor 125 Jahren sah das noch ganz anders aus.

## Vom einfachen Brunnen zum modernen Kanalsystem

Noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es in der Stadt mit ihren knapp über 5000 Einwohnern lediglich Brunnen, die aus mehreren Wasserteilen gespeist wurden. Noch 1866 erkrankten wegen Fäkalien, die in die Brunnen flossen, elf Prozent der Einwohner an der Cholera, die Hälfte von ihnen starb. Mit dem Anschluss an die Eisenbahn und dem Ausbau der Kasernen vermehrte sich die Bevölkerung Al-



Neues Denkmal in Allenstein: Mit der Skulptur des „Ingenieurs aus der Tiefe“ ehrt die Stadt nicht nur Robert Luckhardt, von dem es

lensteins rasant, aus hygienischen und Versorgungsgründen musste eine bessere Lösung gefunden werden.

Im März 1897 legte der österreichische Ingenieur Oskar Smreker, der in Mannheim sein eigenes Unternehmen für Wasserwerks- und Kanalisationsbauten betrieb, dem Stadtrat ein Projekt vor, das als Startpunkt der Allensteiner Wasserversorgung gilt. „Danach fuhren einige hochrangige Persönlichkeiten der

Stadt nach England, um sich die dortigen pneumatischen Pumpstationen anzusehen“, so Rafał Bętkowski vom Museum der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein, „dann entschied sich der Rat für diese Abwasserentsorgung, die relativ kostengünstig war und die es außer in Kiew im kontinentalen Europa noch nicht gab.“

Für die Wasserversorgung entstand laut Plan auch der Wasserturm auf dem

St. Andreasberg, der heute das Observatorium beherbergt. Die entsprechende positive Entscheidung des Stadtrats zum gesamten Projekt fiel am 16. Dezember 1897, nach der Zustimmung der Bauaufsicht des Regierungsbezirks konnte am 6. Juli 1898 mit den Arbeiten begonnen werden, die offizielle Eröffnung des ganzen Systems fand am 1. August 1899 statt.

Einen besonderen Anteil an diesem Projekt und anderen Modernisierungen

der Stadt Allenstein hatte der damalige Stadtarchitekt und Chef der städtischen Baupolizei, der Ingenieur Robert Luckhardt. Er kam aus der Tiefe des Deutschen Reichs, aus Sachsen, studierte unter anderem in Kassel Eisenbahnwesen und Hochbau, und arbeitete danach im Eisenbahnbau und bei Investitionen in Thorn, bevor er am 1. Juni 1888 seine Arbeit in Allenstein aufnahm.

## Pionier der Modernisierung Allensteins

„Zuerst war er am Bau des Gaswerks beteiligt, nach der Entstehung der Wasserversorgung war er lange Jahre erster Direktor der Gas-, Wasser- und Abwasserbetriebe der Stadt“, beschreibt Bętkowski die Laufbahn von Luckhardt. Ab dem Jahr 1906 wirkte er folgerichtig auch beim Bau des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn mit. Neben der Verwaltung arbeitete er auch praktisch an Modifikationen von Ausrüstung. „Auf seinem Schreibtisch stand ein Gerät, das Luftdruckschwankungen in den Leitungen anzeigte, so dass er schnell auf Störungen reagieren konnte“, schildert Bętkowski.

Ingenieur Luckhardt ehrten die Wasser- und Abwasserwerke Allensteins aus Anlass ihres 125-jährigen Bestehens in diesem Jahr mit einem Denkmal an der Einfahrt zum Betriebshof im Stadtteil Jakobsberg. Es ist die Figur eines Mannes mit Helm, der aus einem Kanal ans Tageslicht emporsteigt. Sie zeigt aber nicht Luckhardt, von dem keine Fotografie erhalten ist. Sie steht, wie es der jetzige Direktor Wiesław Pancer formulierte, „symbolisch als Erinnerung an jeden Mitarbeiter der Wasserwerke aus der 125-jährigen Geschichte der Firma. Jeder soll sich in dieser Gestalt wiederfinden.“ In dem Ingenieur aus der Tiefe.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Geschichte über polnische Aufstände nur aus polnischer Sicht

Deutsche gedachten aller Opfer – Vorsitzender des Dachverbands der Deutschen Minderheit erhielt Morddrohungen

Am Sankt Annaberg in Oberschlesien [Góra św. Anny], wo vor 101 Jahren die blutigen Kämpfe der Polnischen Aufstände stattfanden, gedachten deutsche Oberschlesier am 5. Juli dem Geschehen von damals. Es ist genau der Tag, an dem 1921 die Waffen zum Schweigen kamen. Dieses Datum nahm die Führung der Deutschen Minderheit im vergangenen Jahr zum 100. Jahrestag zum Anlass, aller Opfer zu gedenken. „Auch wenn der Friede zu der Teilung Oberschlesiens führte, wurde letzten Endes kein Blut mehr vergossen. Deshalb erinnern wir ganz bewusst an diesen Tag“, sagte Rafał Bartek, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Gesellschaften in Polen und frisch gebackener Nachfolger Bernard Gaidas.

Bartek erinnerte daran, dass von 1922 bis 1939 eine Zeit herrschte, die einzigartig in der Geschichte Oberschlesiens war: Unabhängig seiner Nationalität hätte man in der Heimat bleiben und trotzdem in Polen oder Deutschland leben dürfen. Und trotzdem sei dies auch eine Zeit gewesen, wie Bartek betonte, in der viele Familien geteilt worden seien und viele in einem anderen Wohnort jenseits der neuen Grenze, aber innerhalb der Region, umgezogen seien, um in dem Staat zu leben, für den man sich in der Volksabstimmung 1921 ausgesprochen habe. „Das Traurige ist, und wir waren vor zehn, elf Jahren schon viel weiter, dass man darüber nicht

offen sprechen kann beziehungsweise das Gefühl hat, man dürfe nicht offen darüber sprechen“, sagte er am Annaberg. Hierbei spielte er auf den im Juni einberufenen „Nationalen Tag der Schlesischen Aufstände“ an, der ab diesem Jahr an jedem 20. Juni polenweit gefeiert wird.

„Wir wollen die Geschichte Oberschlesiens nicht nur den Oberschlesiern erzählen, sondern auch in anderen Teilen Polens“, sagte Andrzej Sznajder, der Leiter des Institutes für Nationales Gedenken (IPN) Kattowitz, in einer Pressekonferenz am 7. Juni voller Pathos. Doch die angekündigte Geschichtserzählung erfolge nur aus polnischer Sicht und sei voller nationaler Propaganda, so Bartek.

Für die polnische „Aufklärungskampagne“ werden weder Mühe noch Kosten gespart. Mehr als 25 Publikationen und 600.000 Broschüren „informieren“ über die Aufstände und die Volksabstimmung. In 120 Städten werden Ausstellungen gezeigt. In der Aktion „Dir Polen“ (Tobie Polsko) werden Gräber polnischer Aufständischer mit weiß-roten Bändern geschmückt. „Die Aufständischen stehen für Glaube, Hoffnung und ein Wunder. Retten wir die Gräber der Schlesischen Aufständischen vor dem Vergessen“, heißt das Motto dieser Aktion, mit der einzig der für Polen Kämpfenden gedacht wird. In Vorbereitung ist unter anderem eine wissenschaftliche Ausgabe von mehr als 40 Reden

Wojciech (Adalbert) Korfantys (1873–1939) im Schlesischen Sejm in den Jahren 1922 bis 1929. Der bei Siemianowitz/Laurahütte [Siemianowice Śląskie] geborene Journalist und Politiker war zuvor Mitglied des Deutschen Reichstags gewesen. Er war Gründungsinitiator der autonomen Woiwodschaft Schlesien.

Während der Feierlichkeiten am 20. Juni in Kattowitz wurde das Denkmal des „Lemberger Adler“ (Orleń Lwowski) und der Lemberger Kadetten im Beisein des römisch-katholischen Erzbischofs von Lemberg, Mieczysław Mokrzycki eingeweiht. Als „Lemberger Adler“ werden polnische Kinder- und Jugendsoldaten be-

zeichnet, die während des polnisch-ukrainischen Krieges 1918 und 1919 sowie während des Polnisch-Sowjetischen Krieges von 1919 bis 1921 Lemberg [Lwów] verteidigten, das heute in der Ukraine liegt.

Eine „Papsteiche“ wurde zum „100-jährigen Jubiläum der Rückkehr (sic!) Oberschlesiens zu Polen“ gepflanzt. Diese Eiche soll von Papst Franziskus gesegnet worden sein. Die deutsche Volksgruppe stehe einsam da, „wenn es um das Gedenken aller Opfer der militärischen Auseinandersetzungen von vor 100 Jahren geht“, bedauerte Bartek, den derzeit zusätzliche Sorgen plagen.

Eine E-Mail mit einer gegen ihn gerichteten Morddrohung erreichte den Verband deutscher Gesellschaften und zwei andere Organisationen der Deutschen Minderheit. „Die E-Mail ist so drastisch, dass wir uns entschieden haben, ihren Inhalt nicht zu veröffentlichen, um das Ausmaß der Hasssprache nicht zu erhöhen. Leider zeigt diese Nachricht, dass die aktuelle gesellschaftspolitische Situation einen erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung der Deutschen Minderheit in Polen hat“, sagte Bartek gegenüber dem „Wocheblatt.pl“, der Zeitung der Deutschen in der Republik Polen. Die betreffenden Organisationen der Deutschen reichten bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen des Verdachts einer Straftat gegen Unbekannt ein.



Geeignet, die Gesellschaft zu spalten Ehrung der „Kämpfer für die Rückkehr Oberschlesiens“ zu Polen

Foto: Wagner

Chris W. Wagner

## VERGESSEN?

## Freiherr von Langen und sein Hanko

Die Spuren eines einst berühmten Reiters sind nahezu getilgt

VON KARL-HEINZ ENGEL

Carl-Friedrich Freiherr von Langen zählt zu den ersten deutschen Goldmedaillengewinnern nach der Wiederzulassung Deutschlands zu den olympischen Spielen nach dem Ersten Weltkrieg. Der mecklenburgisch-pommersche Landadlige und Reitsportler gewann 1928 in Amsterdam Gold in der Dressur sowohl in der Einzel- als auch in der Mannschaftswertung. Auch sonst gehörte er in den 1920er-Jahren zu den erfolgreichsten Reitern Europas. Seine Popularität stand in jener Zeit jener von Boxidol Max Schmeling und Rennfahrern wie Rosemeier, Stuck und Caracciola kaum nach. Das Schicksal aber beschied ihm, zu einem tragischen Helden der Sportszene zu werden. Am 25. Juli 1934, seinem 47. Geburtstag, stürzte Langen bei der vorolympischen Military in der Döberitzer Heide vor den Toren Berlins schwer. Sein noch unerfahrenes Pferd begrub ihn unter sich.

Der prominente Reiter starb am 2. August an inneren Verletzungen.

Langen entstammte einer reitsportbegeisterten Gutsbesitzerfamilie in Klein Belitz im heutigen Landkreis Rostock. Während des Ersten Weltkriegs kämpfte er als Kavallerieoffizier an der Ostfront. Eine rätselhafte Lähmung beider Beine machte ihn jedoch wenige Monate nach Einsatzbeginn zum Kriegsinvaliden. Er war auf einen Rollstuhl angewiesen. Es zeichnete sich eine düstere Zukunft für den sportlichen Mann ab.

## Eiserner Wille

Nach zunächst zermürendem Hader über das Los, fand er jedoch zu frischem Lebensmut, auch weil das verordnete, eiserne praktizierte Körpertraining allmählich zur Besserung führte. Langen gesundete schließlich nicht nur ganz, sondern fühlte sich bald so fit, dass er intensiv Reitsport betreiben konnte. Damit nahm, was sich vorerst kaum jemand vorstellen konnte, seine beeindruckende Karriere

ihren Anfang. Eng verbunden ist sie mit einem bildschönen Pferd namens „Hanko“, das ihm ein befreundeter Rittmeister in Pommern verkaufte. Ein Glücksfall für Ross und Reiter, denn schon nach einigen Monaten sollen beide ganz harmonisch wie aus einem Guss gewirkt haben. Ob hohe Dressurschule, nervenaufreibende Springprüfungen oder halsbrecherische Geländeritte, Langen und Hanko beherrschten die Konkurrenz. „Hanko siegt für Deutschland“, lautete ein geflügeltes Wort in den 1920er-Jahren. Immerhin gewannen beide dreimal das Hamburger Derby. Man rief den Reiter gar mit dem Namen seines Pferdes. Langen, der inzwischen auf dem Familiensitz in Parow bei Stralsund ansässig war, ritt unterdessen mehr als ein Dutzend andere Pferde. Olympiasieger wurde er zum Beispiel auf „Draufgänger“. In Ruhm und Ehre aber blieb seine Laufbahn auf ewig mit eben „Hanko“ verbunden.

## Legenden um Hanko

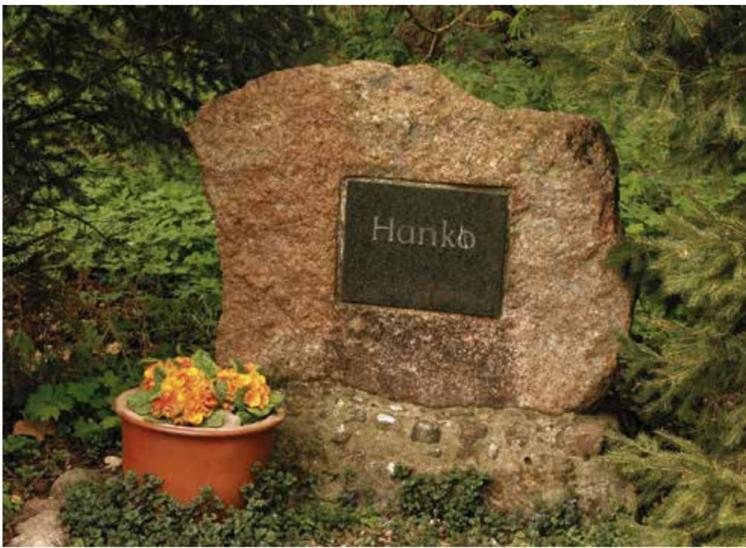
Das Pferd überlebte seinen Reiter schließlich. Es starb im Alter von 36 Jahren im vorpommerschen Peene-Dorf Alt Plestlin, auf dem Gut, das die Langens geerbt hatten, und in dem die Witwe des Reiters lebte. Andere Berichte wollen allerdings wissen, dass das Leben des Pferdes in Parow endete. Wie auch immer. Im Park von Alt Plestlin soll „Hanko“ jedenfalls begraben worden sein. An ihn erinnert dort noch heute ein Denkstein. Es ist mittlerweile aber wohl das einzige Zeugnis, das in der Region auf das einst legendäre Ross-Reiter-Paar hinweist.

Zu DDR-Zeiten ließen sich in Mecklenburg und Vorpommern indes noch manch andere Hinweise auf das Duo finden, wenn Langen als „Junkerspross“ in der öffentlichen Wahrnehmung auch nur Insidern bekannt war. So weiß man von einer Hanko-Langen-Schneise im mecklenburgischen Kittendorf und einem Findling, der an dem Waldweg ruhte. Der

Olympiasieger soll während seiner häufigen Besuche bei der im Ort ansässigen Familie von Oertzen gern auf der Schneise entlang geritten sein. Die verwitterte Inschrift auf dem Denkstein lautete: „Hanko Langen Schneise/Dem Gedächtnis Carl-Friedrich Freiherr v. Langens/Parow/Des Ritters ohne Furcht und Tadel/gest. 2.8.1934“.

Über dem Eingang ins ehemals Langensche Schloss in Parow wies noch vor einigen Jahren ein Schriftzug auf den Olympiasieger von 1928 hin. Aber das ist Geschichte. Sowohl Findling als auch Schriftzug sind verschwunden. Möglich, dass man Carl-Friedrich von Langen übel nimmt, Anfang der 1930er Jahre Chef eines SA-Reitersturms gewesen zu sein.

Der Spielfilm „... reitet für Deutschland“ mit Willy Birgel in der Hauptrolle, gedreht 1940/41 hat das Leben des Freiherrn von Langen zum Thema. 1968 wurde ihm eine Briefmarke gewidmet



Der Stein für das legendäre Pferd Hanko blieb erhalten

Foto: K.-H. Engel



FOTO: WIKIMEDIA

## ZEITZEUGEN BERICHTEN

## Unruhige Schulzeit

Kriegsbedingt: Schulbesuch in Stettin, Stargard, Greifswald und Kiel

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte ich in Greifswald meine Schulkarriere fort. Von Oktober 1945 bis Juni 1946 besuchte ich die am Wall gelegene Oberschule. Es war das frühere Kaiserin-Auguste-Viktoria-Lyzeum, durfte aber nicht mehr so genannt werden. Nur auf einem Stempel konnte man es noch lesen, verwischt aber da.

An dieser Schule hatte Berthold Beitz 1934 sein Abitur bestanden. 66 Jahre später, im Jahr 2000, unterstützte er mit dem Alfried-Krupp-Wissenschaftlichen Kolleg in Greifswald seine Schulstadt. Seit 1953 war er in Essen in diesem Konzern in führender Stelle tätig gewesen. Nach dem Tod von Alfried Krupp 1967 war er für die Alfried-Krupp-von-Bohlen-Halbach-Stiftung zuständig, deren Aufgabe die Förderung von Kultur, Bildung, Sport, Wissenschaften, Forschung und Lehre war.

In Greifswald besuchte ich die Untertertia, die sich jetzt 4. Klasse nannte. Sie war überfüllt. Flüchtlinge und Einheimische gab es jetzt, und unter diesen gleichverteilt schlechte und gute Schüler. Etwas demütigend und ungewohnt für uns waren die immer wiederkehrenden Fahndungen der Gesundheitsbehörde

nach Läusen. Neu waren auch die Informationsstunden der F.D.J., die für ihren Verein warben.

Kurz vor den Weihnachtsferien wurde die Schule von der neuen Stadtverwaltung zu einer Weihnachtsfeier in die Stadthalle eingeladen. Für jeden Schüler

gab es einen kleinen Stollen und Kakao. Nach der Erfrischung erzählten ehemalige Häftlinge von ihrer KZ-Zeit. Zum Abschluss wurde erwähnt, dass die Russen uns Backwerk und Kakao gespendet hätten. So schön könnte es für uns im F.D.J.-Heim jeden Dienstag sein. Wir zogen es

aber vor, ins Theater zu gehen. Viele Schauspieler aus Stettin waren auf der Greifswalder Bühne tätig. In der Nicolai-Kirche fanden unter der Leitung von Kantor Pflugbeil Kirchenmusikabende statt, die unseren Beifall fanden. Kantor Pflugbeil hatte während des Krieges einen Arm verloren, spielte dennoch hervorragend Orgel und wir bewunderten ihn.

## Der Fokus lag woanders

Schule war Nebensache durch den Nachkriegsalltag geworden. Mit befriedigenden bis ausreichenden Leistungen waren jetzt auch die Eltern zufrieden. Bloß nicht weiter absacken war die Devise. Vom Besorgen und Organisieren von Lebensmitteln und Brennmaterial war man völlig erschöpft.

Im Juni 1946 endete meine pommersche Schulzeit. Wir durften zu meinem Vater, der in Schleswig-Holstein in englische Kriegsgefangenschaft geraten war, ausreisen. In Kiel machte ich dann 5 Jahre später mein Abitur. Nirgendwo in Pommern war ich so lange auf einer Schule gewesen, wie hier in der Hauptstadt von Schleswig-Holstein.

Brigitte Kleczewski



Eine Schule in Greifswald, die mehrfach ihren Namen wechselte. Zunächst „Öffentliche Höhere Töchtertschule“; ab 1897 „Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule“, bzw. Lyceum. Es folgte August-Bebel-Schule und das Foto zeigt das Gebäude aktuell, nämlich das Friedrich-Ludwig-Jahn Gymnasium, Haus II. Ehemalige August-Bebel-Schule

FOTO: THOMAS SCHNEIDER/WIKIMEDIA

## STETTIN

Einladung  
68. Tag der  
Stettineram Sonnabend, 6. August 2022  
in der Patenstadt

Hansestadt Lübeck

Veranstalter: Der Heimatkreis  
Stettin in der Pommerschen Landsmannschaft e.V.

Auszug aus dem Programm:

10.30 Uhr Eintreffen im Bootshaus Lübeck, Hüxtertorallee 4, 23564 Lübeck Tel: 0451 79 14 27 oder 0152 573 197 32

11.00 Uhr – Eröffnung durch die Vorsitzende des Heimatkreises Stettin, Frau Ursula Zander

Andacht: Es spricht Pastorin Frau Dr. Monika Prien von der Versöhnungskirche Travemünde

Vortrag: „Der Soldatenfriedhof in Glien/Buchheide“ – Es berichtet Herr Peter Nycz, Leiter dieser Kriegsgräberstätte des Deutschen Volksbundes  
13-14.00 Uhr – Gemeinsames Mittagessen

Im Anschluss: Mitgliederversammlung des Heimatkreises

15.00 Uhr – Filmvorführung, Fotos und Videos aus Stettin

15.30 Uhr – Gemeinsame Kaffeetafel, Gespräche und Kurzvorträge: –

Der neue „Stettiner Bürgerbrief 2022“ – ganz druckfrisch! Herr Hans Krause berichtet und stellt den Inhalt vor

Bericht aus dem „Haus Stettin“ vom Vorsitzenden des Fördervereins Herrn Dirk Rhodges. Weitere Redebeiträge und Aktuelles

16.30 Uhr – Offizielles Ende des 68. Tag der Stettiner im Bootshaus

17.00 Uhr – Kranzniederlegung an der Glocke im Garten des Hauses Stettin mit Totenehrung. Herr Eberhard Gaese spricht Worte des Gedenkens

Wer möchte, kann im Anschluss noch unser Museum „Haus Stettin“, 23566 Lübeck, Hüxterdamm 18a, besuchen

Die zu Beginn der Veranstaltung für € 10 erworbene Eintrittsplakette (Stettiner Schlüsselanhänger) berechtigt auch dazu.

Wir freuen uns auf ein gesundes Wiedersehen in unserer Patenstadt Lübeck.

https://www.stettin-heimatkreis.de

## STETTIN [SZCZECIN]

Touristische  
Straßenbahnlinie – ein Hauch  
von Nostalgie

Sie sind mehrere Jahrzehnte alt und ihre glorreichen Zeiten liegen längst hinter ihnen, aber sie erwecken immer noch großes Interesse. Niemand geht gleichgültig an ihnen vorbei. Vom 3. Juli bis 28. August 2022 wird die touristische Straßenbahnlinie o mit historischem Wagen in Betrieb genommen.

Die Linie wird nur an Sonntagen verkehren. Es gilt der Tarif für touristische Linien. Der Kartenpreis beträgt 3,50 PLN für reguläre Karten und 2,50 PLN für ermäßigte Karten. Die Fahrkarten werden direkt an Bord von den Schaffnern verkauft. Start: Von Potulicka → Potulicka

Żegluga Szczecińska

# „Sollen wir aus ideologischen Gründen frieren?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Eine wöchentliche Freude, Ihre Zeitung zu lesen. Bleiben Sie so vielseitig! Wir brauchen unsere verbliebene freie Presse“

Elisabeth und Ulrich Kaßner,  
Bautzen



Ausgabe Nr. 26

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## DAS BILDUNGSNIVEAU SINKT

ZU: „WIR FORDERN NICHTS MEHR, WIR FÖRDERN NUR NOCH“ (NR. 26)

Einen Aspekt lässt der im Artikel erwähnte Erziehungswissenschaftler Norbert Seibert komplett aus, in meinen Augen den wichtigsten. Weil Schulen so sind, wie er es beschreibt – und das schon seit langer Zeit –, haben alle, die sie abschließen und etwas wissen und können, das zu Hause im Elternhaus gelernt. Nicht zufällig ist gerade Deutschland das Land, in dem Schulerfolg am stärksten vom Elternhaus abhängt.

Das war einmal anders. Hermann Hesses „Unterm Rad“ ist zwar der Roman eines an Überforderung Gescheiterten, zeigt aber deutlich, welche Aufstiegsmöglichkeit aus einem bildungsfernen Umfeld Schule einmal bot. Die völlige Wert- und Aussageslosigkeit von Schulnoten ist lange bekannt. Die Konsequenz für das Fach Maschinenbau war Anfang der 80er Jahre, ohne Numerus clausus zunächst jeden zuzulassen und in den ersten Semestern mit hohen Anforderungen auszusieben. Von den 2000 Kommilitonen, die mit mir zusammen angingen, war im dritten Semester die Hälfte übrig und zum Vordiplom ein Viertel. Dieser Teil erreichte fast ausnahmslos das zu Recht weltweit anerkannte Diplom der RWTH Aachen.

Es sind aber nicht nur die Schulen. Aus Großbritannien gibt es eine umfassende Studie zum deutlich verschiedenen Schulerfolg verschiedener Gruppen. Natürlich sind Herkunft und Elternhaus das Entscheidende, aber weder Einkommen noch Bildungsstand der Eltern. Als einziger Parameter mit wirklichem Einfluss erwies sich, ob Schule und Bildung den Eltern wichtig sind oder nicht. Waren sie es, waren die Kinder fast ausnahmslos erfolgreich, wo nicht, da nicht. Bei Eltern im hiesigen Umfeld sehe ich dasselbe. Auch denen, für die Noten und Abschlüsse wichtig sind, ist es völlig egal, ob die Kinder wirklich etwas lernen und können oder nicht. Dem passen sich Lehrer gezwungenermaßen an.

Inzwischen bin ich mit einem kleinen Lehrauftrag im Fach Archäologie an der philosophischen Fakultät gelandet. Noch vor wenigen Jahren wurde es hier genauso gehandhabt. Unsere Klausur zum Proseminar war gefürchtet, wenn auch für die zum Studium und für das Fach Geeigneten nicht wirklich schwer.

Jetzt hat das Ministerium angedroht, bei weiter hohen Durchfallquoten die Mittel zu kürzen. Mittelkürzung mögen Professoren aus nachvollziehbarem Grund nicht, also sinkt die Durchfallquote. Auf welche Weise muss ich wohl nicht genauer erklären.

Heute kann von Studenten im Seminar nicht mehr erwartet werden, vorbereitet zu kommen und Texte gelesen zu haben. Die Konsequenz ist nicht, diese wegen mangelnder Leistung auszuschließen, sondern zunehmend zwei Drittel der Seminarzeit damit zu verplempern, extrem kurze Texte gemeinsam vor Ort zu lesen. Was das für die trotzdem verliehenen Abschlüsse bedeutet, dürfte offensichtlich sein.

Archäologen braucht ohnehin fast niemand, aber schlechte und unfähige Archäologen? Handwerker dagegen sind heute fast nicht mehr zu finden und die wenigen Ausnahmen stehen mehrheitlich kurz vor der Rente. Axel Berger, Köln

## DIE GASVERSCHWENDER

ZU: DER ENERGIEWENDE GEHT DIE PUSTE AUS (NR. 26)

Jeder normale Mensch würde doch, wenn er sieht, in welche Bredouille der Gasmarkt im nächsten Winter die Wirtschaft und die Haushalte steuert, als erste Notmaßnahme die stromerzeugenden Gaskraftwerke vom Netz nehmen. Danach sieht es aber nicht aus. Alle Recherchen zeigen eher, dass es noch Monate, Jahre dauern wird, bis sie abgeschaltet werden. Monate, in denen sie Gas verbrauchen, das im Winter dringendst gebraucht wird.

Gas für Strom, der, dann zwar wenig umweltfreundlich, aber notgedrungen, genauso gut von Atom- oder Kohlekraft-

werken oder einfach durch Importe bereitgestellt werden könnte. Die Recherche dazu ist so schwierig, dass ich alle, die im Winter warm duschen wollen, bitte, das aufzudecken: Verbrauchen die Grünen und die Ampelregierung im Sommer 2022 Gas für die Stromerzeugung? Sollen wir aus ideologischen Gründen frieren?

Michael Maresch, München

## MUTIGE BESPRECHUNG

ZU: ERFORSCHUNG SOWJETISCHER LAGER (NR. 26)

Mit Genugtuung habe ich die Buchbesprechung „Erforschung sowjetischer Lager“ gelesen, aber auch mit zweifacher Überraschung: Einmal, dass sich die Verfasser heutzutage überhaupt noch damit befassen haben, denn Fördermittel gibt es dafür nicht, und zum anderen, dass Sie es wagten, diese Besprechung zu veröffentlichen. Wolfgang Lehmann, Rimbach

## UKRAINE BITTE NICHT IN DIE EU!

ZU: KIEW IN DER BEITRITTSFALLE? (NR. 25) UND: „MEHR SELBSTBEWUSSTSEIN IST GEFRAGT“ (NR. 25)

In der aktuellen Ukraine-Diskussion wird zu wenig beachtet, dass auch ein möglicher Weltkrieg ausgelöst werden könnte. Die aufkommende Angst vor einem Dritten Weltkrieg hat ernst zu nehmende Gründe. Im Artikel 5 des NATO-Vertrags heißt es: „Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen Beistand leistet.“

Fast gleichlautend legt der EU-Lissabon-Vertrag in Artikel 42, Absatz 7, fest: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung.“ Was das im Falle ei-

ner Mitgliedschaft der Ukraine in der EU bedeuten würde, wird sofort klar. Sie wäre der Auslöser für einen möglichen Weltkrieg. Ein Schwerpunkt in einem solchen auch mit Atomwaffen geführten Krieg läge mit Sicherheit in Mitteleuropa. Das würde die Auslöschung Deutschlands bedeuten. Wer kann das wollen? Die Ukraine darf nicht Mitglied in der EU werden, auf gar keinen Fall.

Hermann Schubart, Marburg

## DER GEFRIERFLEISCHORDEN

ZU: ZURÜCK ZUR ATOMKRAFT? (NR. 24)

Im Russlandfeldzug 1941/1942 gab es für die deutschen Soldaten, die die sibirische Kälte überlebt hatten, den sogenannten „Gefrierfleischorden“. Das wäre doch was für Habeck: Eine Neustiftung dieses Ordens/dieser Medaille für den kommenden Embargo-Winter mit dem eingravierten Gauck-Motto „Frieren für die Freiheit“. Es kann verliehen werden an alle Bundesbürger, die ohne russisches Gas und Öl den Winter überstehen.

Dr. Christian Gerth, Haltern am See

## DAS KANN JA HEITER WERDEN

ZU: DER WESTEN ERLEBT TAGE DER OFFENBARUNG (NR. 26)

Der Männerklub G7 mit einer Frauenduldsquote gegen Null entwickelt sich langsam zu einem reinen Ukrainehilfsverein. Viele schöne Bilder aus Elmau mit merkwürdigen Menschen, die sich ständig ablichten lassen wollen und ziemlich belangloses Zeug daherlabern.

Teuer war's schon dieses verlängerte Wellness-Wochenende mit allem Pipapo. Aber das macht nichts, der „Steuerzahler“ hat eingeladen, der Steuerzahler zahlt die Zeche. Wohin geht es doch gleich noch zum nächsten Treffen? Richtig, zum G20-Gipfel nach Indonesien mit Wladimir Putin. Das kann ja wirklich richtig lustig und heiter werden.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE

## Auf 1000 Quadratmetern autark werden und eigene Lebensmittel anbauen

■ Dieses Buch bietet Ihnen einen ganzheitlichen Zugang, wie Sie im eigenen Garten autark werden und den Großteil Ihrer Lebensmittel selbst anbauen können. Auf nur 1000 Quadratmetern decken Sie 85 Prozent des Lebensmittelbedarfs einer vierköpfigen Familie und können – wenn Sie Ihre Produkte auch auf dem Markt anbieten – obendrein noch rund 7000 Euro jährlich verdienen.

Dabei handelt es sich durchaus nicht um eine Zurückzur-Natur-Utopie, sondern um eine pragmatische und bewährte Methode, die sowohl auf dem Land als auch im städtischen Umfeld Anwendung finden kann. Und auch wenn Sie weder Landwirt noch Gärtner sind – Brett Markham vermittelt Ihnen alles, was Sie wissen müssen:

- Die richtige Auswahl von gekauftem oder selbst gezogenem Saatgut
- Methoden zur Verbesserung und Erhaltung der Bodenqualität
- Vorbeugung und Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen
- Alles Wissenswerte über Kompost, Fruchtfolge und das optimale Zeitmanagement
- Voraussetzungen für den biologischen Anbau
- Planung

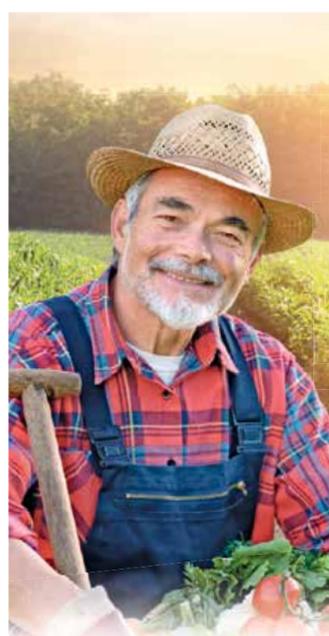
des Gartens, um allen Ernährungswünschen gerecht zu werden

- Geflügelzucht
- Anbau und Pflege von Obstbäumen und Nusssträuchern
- Wie Sie die Lebensmittel durch Einkochen, Einfrieren und Trocknen konservieren
- Verkauf überschüssiger Produkte und vieles mehr

Das Buch ist mehr als nur ein Gartenratgeber. Es zeigt Ihnen Schritt für Schritt, wie Sie Ihre eigene kleine Farm gründen können, und bietet Ihnen somit die idealen Voraussetzungen, um eigene Erfahrungen zu machen. Eine Vielzahl von Fotos, Tabellen, Listen und Grafiken vermittelt Ihnen detailliert das A und O der Materialien, Werkzeuge und Techniken.

**Brett Markham** ist Ingenieur, Farmer in der dritten Generation und Universalgebildeter. Mit den Methoden, die er in diesem Buch vorstellt, führt er eine eigene profitable Bio-Mini-Farm auf weniger als 1000 Quadratmetern. Hauptberuflich arbeitet er für einen Breitband-Internetdiensteanbieter, in seiner Freizeit bewirtschaftet er seine Farm.

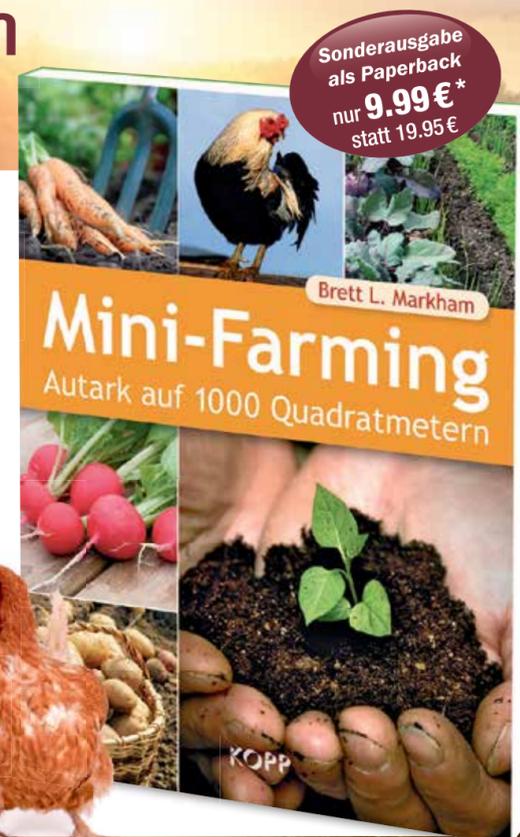
Brett L. Markham: Mini-Farming • Paperback • 240 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 967 500



**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas



Sonderausgabe  
als Paperback  
nur 9,99 €\*  
statt 19,95 €

Brett L. Markham

**Mini-Farming**  
Autark auf 1000 Quadratmetern

\* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

## VERERBUNGSLEHRE

## Der forschende Abt von Brünn

Vor 200 Jahren wurde Gregor Johann Mendel geboren – Ein Festival in Tschechien feiert im Juli den „Vater der Genetik“

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die 1902 am Feuerwehrhaus von Gregor Johann Mendels Geburtsort Heinzendorf (Hynčice) angebrachte Gedenktafel nennt ihn „Klassiker der Botanik“. Der Begriff „Genetik“, unter dem man die wissenschaftliche Vererbungslehre versteht, war damals noch nicht geläufig. Heute aber wird Mendel als „Vater der Genetik“ bezeichnet, da er die Grundprinzipien der Vererbung entdeckte. Im Juli wird sein 200. Geburtstag gefeiert.

Rätselhaft ist, wann genau der Klassiker der Botanik geboren wurde, wie Vladan Lazecký berichtet. Er ist stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde, zu der Heinzendorf gehört. Der erst 1832 ausgestellte Taufschein Mendels nennt den 20. Juli 1822 als Geburtsdatum. Auf der Gedenktafel des Feuerwehrhauses, das Mendel seinem Geburtsort stiftete, wird der 22. Juli 1822 genannt. Dieses Datum bezeichnete auch Mendel als seinen Geburtstag.

Das Gehöft, in dem er zur Welt kam, steht unweit des Feuerwehrhauses. Mithilfe einer deutsch-tschechischen Stiftung hergerichtet, dient es als Begegnungsstätte und Mendel-Museum. Es stellt anhand von Objekten, Fotografien, Dokumenten und Texttafeln Mendels Leben und Wirken vor. Er war der einzige Sohn einer deutschsprachigen Bauernfamilie im „Kuhländchen“, das zu Österreichisch-Schlesien gehörte.

## „Meine Zeit wird noch kommen!“

Der begabte Bauernsohn studierte am Philosophischen Institut von Olmütz. Nicht zuletzt wegen seiner schlechten Finanzlage, die ihn auch psychisch stark belastete, trat Mendel 1843 in die Augustinerabtei von Alt Brünn ein. Er studierte sodann in Brünn (Brno) Theologie sowie Ökonomie, Obstbaumzucht und Weinbau. Anschließend hörte er in Wien Vorlesungen über Mathematik, Statistik, Physik und Botanik. So gerüstet, lehrte er ab



Steingewordene Erinnerung: Mendel-Monument vor dem nach ihm benannten Museum in der Masaryk-Universität von Brünn

1854 rund 14 Jahre lang an der Oberrealschule in Brünn.

Nebenher beschäftigte er sich mit Biennenzucht, Wetterkunde und dem Klostergarten. Hier nahm er 1854 seine Kreuzungsexperimente mit Erbsen auf. Seine Erkenntnisse trug er im Februar und März 1865 in den Räumen der Oberrealschule den Mitgliedern des Naturforschenden Vereins vor. Im Jahr darauf erschienen seine beiden Vorträge unter dem Titel „Versuche über Pflanzen-Hybride“ im Druck.

Mendels Forschungsergebnisse machten auf die Fachwelt jedoch keinerlei Eindruck. Er soll geäußert haben: „Meine Zeit wird noch kommen!“ Ihm selbst blieb jedoch keine Zeit mehr für die Fortsetzung seiner Forschungen, da die Mitbrüder ihn

1868 zu ihrem Abt wählten. Die letzten zehn Lebensjahre des am 6. Januar 1884 gestorbenen Abtes überschattete der Konflikt mit dem Staat über Steuererhöhungen, die Mendel als die Existenz des Klosters bedrohend verweigerte.

Kurioserweise waren es im Jahre 1900 gleich drei Botaniker, nämlich Carl Correns, Hugo de Vries und Erich Tschermak von Seysenegg, die Mendels „Versuche über Pflanzen-Hybride“ wiederentdeckten und deren enormen wissenschaftlichen Wert propagierten. Das originale Manuskript wird anlässlich von Mendels 200. Geburtstag anstatt des im Mendel-Museum der Augustinerabtei sonst ausgestellten Faksimiles präsentiert und reist im Oktober weiter nach Brüssel und Paris, wie Philipp Böhm berichtet.

Böhm gehört dem Komitee an, das das Mendel-Festival organisiert. Das mit Wissenschaft, Glauben und Unterhaltung aufwartende Festival findet vom 17. bis zum 24. Juli auf dem Gelände und in den Räumen des Augustinerklosters statt, das darüber hinaus auf Dauer im Mendel-Museum sowie dem Abteimuseum den Wissenschaftler, Augustiner und Menschen Mendel vorstellt.

## Mendels verräterisches Haar

Den Bogen in unsere wissenschaftliche Gegenwart wiederum schlägt das im Bischofshof angesiedelte Mendelianum. Im Saal und in den angrenzenden Räumen, in denen sich früher Mendel und die anderen Mitglieder der Ackerbaugesellschaft trafen, werden Persönlichkeit und Werk

in Beziehung zur heutigen Genetik gesetzt.

Die Brüner Masaryk-Universität ehrt Mendel vom 20. bis 23. Juli mit der „Mendel Genetics Conference“, auf der Sárka Pospíšilová die Ergebnisse von Mendels Genomanalyse vorstellen wird. Die Vize-Rektorin der Universität leitete archäologische, anthropologische und genetische Untersuchungen, die der Grabanlage der Augustiner auf dem Zentralfriedhof und insbesondere den sterblichen Überresten Mendels galten. Diese vermuteten die Wissenschaftler in einem Zinnsarg. Das bestätigte ausgerechnet ein DNA-Abgleich. Dem „Vater der Genetik“ kam man also mit einer Genanalyse auf die Spur. Seine DNA entnahm man einem Haar, das die Forscher in einem von Mendels Büchern entdeckten. Seit November letzten Jahres ist er wieder bestattet.

Für Herbst ist die Vollendung zweier Großprojekte zu Ehren Mendels vorgesehen. Im Abteigarten wird eine Rekonstruktion des Gewächshauses errichtet, in dem er seine Erbsenexperimente ausführte. Und auf dem neu gestalteten Mendelplatz wird das Monument eingeweiht, das die drei Mendelschen Regeln der Vererbung veranschaulicht. Das von Jaromír Gargulák entworfene und hauptsächlich aus Bronze angefertigte Kunstwerk heißt „Hrachovina“ (Erbsen). Bodenreliefs veranschaulichen die Uniformitätsregel und die Spaltungsregel.

Spektakulärer, fast fünf Meter aufragender Höhepunkt sind die 16 Erbsenpflanzen der Neukombinationsregel. Wer mindestens 50.000 Euro als Spendengeld gibt, darf seinen Namen auf eine der 16 Erbsen gravieren lassen und in ihr seine DNA-Probe deponieren. Bislang hat Böhm drei Spender dafür gewonnen. Auch Mendels DNA kommt in eine der Erbsen. Damit er mal geklont wird?

● **Informationen** zum Mendel-Festival (auf Deutsch): [www.sochapromendela.cz/](http://www.sochapromendela.cz/) de, zum Geburtshaus (nur auf Tschechisch): [www.mendel-rodnydum.vrazne.cz](http://www.mendel-rodnydum.vrazne.cz)

## PREUSSISCHER ADEL

## Der Schlemihl aus Kunersdorf

Vor 250 Jahren starb Gräfin Henriette Charlotte von Itzenplitz – Sie führte einen Musenhof, den auch der Dichter Chamisso besuchte

Bei Kunersdorf, das jetzt Ortsteil der Gemeinde Bliedorf im Landkreis Märkisch-Oderland ist, fand auch eine Schlacht statt. Aber eben nicht jene „Schlacht bei Kunersdorf“, bei der Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg eine Niederlage gegen die verbündeten Russen und Österreicher erlitten hat. Jenes Kunersdorf liegt östlich von Frankfurt an der Oder.

Bei dem Kunersdorf jedoch, von dem hier nun die Rede sein soll, kam es gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zu der Schlacht um die Seelower Höhen. Dabei wurden auch die vier Baudenkmäler zum Teil stark zerstört, die zur Attraktivität des Ortes beigetragen haben: der Dorfkrug mit seinem giebelständigen Vorlaubenhaus und dem Krüppelwalmdach, die Dorfkirche mit ihrer Kuppel über dem Rundbau und dem Turm mit dem Knickhelm, der nach Plänen von Peter Joseph Lenné entstandene Schlosspark sowie das Erbbegräbnis der Adelsfamilie von Lestwitz-Itzenplitz.

Dieses Erbbegräbnis liegt hinter der Dorfkirche Kunersdorf, wurde ab 1790 unter Mitwirkung bedeutender Künstler wie Karl Gotthard Langhans, Johann

Gottfried Schadow, Christian Daniel Rauch, Karl Friedrich Schinkel sowie Hugo Hagen im Stil des deutschen Klassizismus erbaut und umfasst eine beeindruckende Säulenkolonnade aus Sandstein mit neun Mauernischen. Hier ruhen Angehörige der Gutsbesitzerfamilien von Lestwitz, von Itzenplitz und von Oppen.

Besondere Beachtung finden bei Besuchern bis heute die Grabnischen für die vor 250 Jahren geborene Henriette Charlotte von Itzenplitz und ihre Mutter Helene Charlotte von Friedland. Letztere hatte nach dem Tod ihres Vaters, des Adligen Hans Sigismund von Lestwitz, im Jahr 1788 die Verwaltung des Familiengutes Kunersdorf übernommen. Dazu eignete sie sich Kenntnisse über moderne Landwirtschaft an, brachte das Gut in die Gewinnzone und sorgte als aufgeklärte Gutsbesitzerin und charmante Gastgeberin dafür, dass ihr Schloss zu einem Pilgerort für damalige Intellektuelle wurde.

Bis zu ihrem Tod 1803 führte sie auf Kunersdorf Regie. Ihr Grabmal mit einer Urne auf einer Säule zierte die Inschrift: „Dem taetigen Geist, der diese Fluren belebte, ordnete und nun schuetzt.“

Ihre am 18. Juli 1772 in Potsdam geborene Tochter Henriette Charlotte, die 1792 mit dem Kriegs- und Domänenrat Graf Peter Alexander von Itzenplitz verheiratet wurde, übernahm nach dem Tod ihrer Mutter als Gräfin von Itzenplitz die Gutsgeschäfte auf Schloss Kunersdorf. Sie galt – wie ihre Mutter – als „Agrarpionierin“ und hielt mit Albrecht Daniel Thaer,

dem in preußischen Diensten stehenden Landwirtschaftsreformer, engen Kontakt. Ihr Briefwechsel mit Thaer ist legendär und wurde 2013 veröffentlicht („Ich ergreife mit vielen Vergnügen die Feder“, Findling Verlag, 208 Seiten, 19,80 Euro).

Henriette sorgte für die Weiterentwicklung des Kunersdorfer Musenhofes, dem auch der Romantiker Adalbert von

Chamisso angehörte. Der Dichter ging mit seiner „zarten Lyrik“, zahlreichen politischen Satiren und vor allem seinem Kunstmärchen „Peter Schlemihl“ in die deutsche Literaturgeschichte ein. Der „Schlemihl“ des Dichters wurde auf Gut Kunersdorf eigentlich für die Kinder der Hausherrin und Gastgeberin verfasst.

Parallel wuchs auch der Umfang des Erbbegräbnisses. Mit jedem neuen Toten erhielt die Säulenkolonnade von der Hand eines berühmten Künstlers einen neuen Nischeninhalt. Graf von Itzenplitz starb 1834 in in Groß Behnitz und seine Frau Henriette Charlotte am 13. April 1848 in Berlin. Sie fand ihre letzte Ruhe ebenfalls auf dem Kunersdorfer Erbbegräbnis und bekam ein Grabrelief, das von Christian Daniel Rauch gestaltet wurde.

Später verewigte Theodor Fontane Kunersdorf, dessen Musenhof und dessen zwei herausragenden Frauenpersönlichkeiten in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“. Helene Charlotte von Friedland wurde 2004 im Schlosspark ein Denkmal gestiftet. Zuletzt entstand zu Kunersdorf eine ständige Ausstellung mit Begleitschrift. M. Stolzenau/H. Tews



Kunersdorfer Sehenswürdigkeit: Erbbegräbnis der Adelsfamilie von Lestwitz-Itzenplitz

## ● FÜR SIE GELESEN

## Wütende Abrechnung

Satire sollte nicht nur bissig, sondern auch möglichst witzig sein. Auf „Das Virus Demokratie?“ von Mathias Richling trifft aber lediglich das Erstere zu. Der unter anderem aus dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen bekannte Kabarettist und Parodist legt mit diesem Buch eine sichtlich wütende Abrechnung mit der oftmals bizarr-ineffektiven bundesdeutschen Corona-Politik vor, in deren Verlauf er den Finger in zahlreiche Wunden legt.

Zu lachen gibt es dabei – wie angesichts der Sachlage auch nicht anders zu erwarten – aber leider sehr wenig. Die Folgen der Lockdowns, Schulschließungen und Existenzvernichtungen bieten ebenso wenig Anlass zur Heiterkeit wie die Sterbefälle während der Pandemie oder infolge der nebenwirkungsträchtigen Impfungen. Wobei Richling den letzteren Themenkomplex komplett ignoriert.

Der Autor setzt als Stilmittel gerne fiktive Reden oder erfundene Interviews ein, in denen er zahlreichen Politikern von Karl Lauterbach über Saskia Esken und Markus Söder bis hin zu Ursula von der Leyen entlarvende Aussagen in den Mund legt. Diese wurden so in der Realität niemals getätigt, allerdings zeigt das konkludente Handeln der jeweils Parodierten, dass Richling mit seinen Unterstellungen durchaus auf der richtigen Spur ist. Beispielsweise, wenn er den Gesundheitsminister und „Talkshow-Darsteller“ Karl Lauterbach schwadronieren lässt: „Wir sind mit Corona im Krieg. Es gilt also Kriegsrecht. Das hat mit Grundrechten nichts zu tun.“

Aber wie gesagt: Dies ist zwar scharf beobachtet und bietet Anlass zum Nachdenken, jedoch nicht zum Lachen. Eher packt den Leser das Grauen, wenn er Richlings – in der Sache absolut treffende – Zuspitzungen liest. Genauso bedrückend ist, was der Kabarettist über die „Obrigkeitshörigkeit“ und den „Untertanengeist“ seiner Landsleute schreibt.

## Plädoyer für Querdenker

Ansonsten vertritt der Autor den Standpunkt, dass es auch Querdenker geben müsse. Ja mehr noch: „Als Satiriker hat man immer zu sympathisieren mit Querdenkern, wenn man nicht schon selbst querdenkt.“ Gleichzeitig bemüht er sich aber durchgängig um eine ängstliche Abgrenzung gegenüber all jenen unter den Querdenkern, welche in irgendeiner Form als „Rechts“ oder Schlimmeres abgestempelt werden. So stichelt Richling ebenso befissen wie monoton gegen die Partei AfD, sofern er sich nicht gleichermaßen politisch korrekt an dem ehemaligen US-Präsidenten Trump arbeitet.

Alles in allem ist „Das Virus Demokratie?“ also weder Fisch noch Fleisch. Für Satire kommt das Buch zu dröge beziehungsweise zu wenig unterhaltsam daher und als Streitschrift gegen die Corona-Politik der Regierenden in Deutschland wird es von zahlreichen anderen, wesentlich differenzierteren und faktenreicheren Publikationen übertroffen.

Wolfgang Kaufmann



**Mathias Richling:** „Das Virus Demokratie? Eine Abschätzung“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2021, broschiert, 249 Seiten, 20 Euro

## RATGEBER



## Pflanzen erkennen

Drei Landschaftsexperten zeigen, wie man anhand von Blattformen und Blüten heimische Gewächse ganz einfach bestimmen kann

FOTO: IMAGO IMAGESHOTSHOP

**Blattformen** geben Auskunft über Pflanzen, auch wenn diese gerade nicht blühen. Der Landschaftsplaner Steffen Guido Fleischhauer, der Landschaftsarchitekt Roland Spiegelberger und die Illustratorin Claudia Gass-

ner haben ein ansprechendes und nützliches Pflanzen-Bestimmungsbuch herausgegeben, das über 800 Pflanzen in 1100 Farbfotos, 2000 wissenschaftlichen Zeichnungen und beschreibenden Texten erläutert. MRK

**Steffen Guido Fleischhauer/Roland Spiegelberger/Claudia Gassner:** „Blatt für Blatt. Über 800 Pflanzen nach Blattformen und Blüten einfach bestimmen“, at Verlag, Aarau 2022, broschiert, 452 Seiten, 25 Euro

## KLAUS VON DOHNANYI

## Was für Deutschland auf dem Spiel steht

Der Hamburger Sozialdemokrat äußert sich in seinem neuen Buch über die Zeitenwende in der Weltpolitik

VON BERND KALLINA

**D**as empfehlenswerte Buch „Nationale Interessen“ des renommierten Hamburger Sozialdemokraten Klaus von Dohnanyi über unsere „Zeitenwende in der Weltpolitik: Was für Deutschland auf dem Spiel steht“, so der Klappentext, wurde vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar dieses Jahres geschrieben.

Und just in diesem Punkt unterlief dem Autor eine gravierende Fehleinschätzung, allerdings im Gleichklang mit vielen anderen professionellen Politikbeobachtern im In- und Ausland, nämlich: den Entschluss des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putins zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sich in diesem Punkt geirrt zu haben, räumt der „elder statesman“ auch unumwunden ein, „was ihm den Schlaf raube“ (Dohnanyi im „Spiegel“). Dennoch besteht er darauf: „Der Westen hat nicht alles getan, was er hätte tun können, um das vielleicht noch zu verhindern.“

## „Kriege beendet man durch Verhandlungen“

An anderer Stelle erläutert Dohnanyi präzisierend: „Als die Bedrohung eines Krieges für die Menschen in der Ukraine wuchs, waren die USA nicht bereit, über die zentrale Frage, ob die Ukraine in die NATO kommt, auch nur zu verhandeln“ („Neue Zürcher Zeitung [NZZ]“ vom 23. März 2022). Und auf die weitere „NZZ“-Frage, ob man nach Kriegsausbruch noch mit Putin verhandeln könne, stellt er in diplomatischer Professionalität klar: „Natürlich, das machen die Ukrainer doch gerade. Auch Kriege beendet man durch Verhandlungen.“ Teils bes-

serwissenschaftliche Versuche, die klugen und grundsätzlich richtungweisenden Gedanken Dohnanyis jetzt insgesamt wegen des Putin-Irrtums zu entwerten, führen aber an den gewichtigen Kernbeiträgen des Buches vorbei.

## Der falsche Weg: „Deutschland wie ein Stück Zucker im Tee auflösen“

Schon der Mut des Autors, als Buchtitel „Nationale Interessen“ zu formulieren, grenzt ihn von den tonangebenden postnationalen Eliten in Deutschland erfreulich ab. Mit kritischem Blick auf eine Welt, in der die entscheidenden Politakteure aller Staaten nationale Interessenpolitik betreiben, stellt er in dem übersichtlich gegliederten Werk fest: „Auch die Bundesrepublik Deutschland ist eine Nation und kann mit gutem Gewissen ihre nationalen Interessen vertreten“, denn: „Nur Nationalstaaten verfügen über die notwendige demokratische Legitimation zum nationalen und internationalen Handeln“.

Damit erteilt er jenen Kräften hierzulande eine klare Absage, die – final – das Zukunftsbild unserer Republik am liebsten in einem multikulturellen Zentralstaat Europa sehen können – oder, wie Karl Schiller diese Bestrebungen einmal metaphorisch geißelte: „Deutschland wie ein Stück Zucker im Tee auflösen wollen“.

Der Wert des Buches besteht unter anderem in der tiefgründigen Berücksichtigung aller strategischen Aspekte, die sich aus der Lage Deutschlands und Europas politisch ergeben. Der Bogen spannt sich vom Klimawandel über die Digitalisierung (mit ihren Folgen für die Arbeitswelt) bis zur Rolle Chinas.

Zunächst widmet sich der Autor der Frage, wie wir uns zwischen den Interessen der Großmächte behaupten können,

wobei die äußere, wirtschaftliche, soziale und demokratische Sicherheit im Vordergrund steht. Dohnanyi: „Am bedeutendsten unter den Großmächten sind für uns die USA, denn sie dominieren mit ihren nationalen Interessen die Entscheidungen unseres Kontinents.“

Hier rät der Autor zur genauen Analyse der unterschiedlichen Interessenslagen. Wir dürfen uns nicht automatisch von einer „Wertegemeinschaft“ oder einer „Freundschaft“ leiten lassen, „die ja von Seiten der USA ohnehin nicht im europäischen Sinne praktiziert wird“, so seine Feststellung, und skeptisch als Frage hinzufügend: „Wenn es den USA in ihre Politik passen würde, würden sie dann Europa genauso fallen lassen wie jetzt Afghanistan oder andere Staaten zuvor?“ Er wagt keine Antwort.

## „Das Ziel Europas muss am Ende eine allianzneutrale Position sein“

Im Kapitel „Kein Frieden in Europa?“ klopft der erfahrene Staatsmann unter anderem die Bedeutung des militärischen Schutzes durch die NATO kritisch ab. Die europäische Sicherheit begründe sich heute faktisch ausschließlich auf der NATO, „das heißt letzten Endes auf die Verteidigungsstrategie der USA“, mit dem Ergebnis: „Am Ende werden die USA alle Entscheidungen in der eigenen Hand behalten“, was im Falle des Einsatzes von Nuklearwaffen fatale Folgen haben könnte. Dessen sollten sich die Deutschen und Europäer stärker bewusst sein und nach Alternativen für eine – zumindest – mittlere Zukunft suchen. Dazu Dohnanyi: „Das Ziel Europas muss am Ende eine allianzneutrale Position sein.“

Die Europäische Union sieht Dohnanyi als „deutsche Aufgabe“, die der Welt zeigen könne, „wie einst gegnerische

Staaten in eine Gemeinschaft des Zusammenhalts überführt werden.“ Doch diese Zielsetzung sei schwierig umzusetzen, da die EU eben eine Union souveräner Staaten sei und die jeweiligen Regierungen demokratisch verantwortlich blieben.

Eigentlich, so der Autor, sei die Lage eindeutig: „Noch nie hat sich ein Mitglied der EU für einen vollständigen Verzicht auf seine Souveränität ausgesprochen“ und noch nie hätten EU-Mitglieder das Recht auf die souveräne Haushaltsgestaltung an eine ferne Brüssel-Instanz abgetreten. Ergo: „Deutschlands nationale Interessen in Europa sind deswegen eindeutig nicht die Vereinigten Staaten von Europa, sondern es ist eine evolutionär fortschreitende Konföderation.“ Eindringlich warnt Dohnanyi vor falschen Wegen, wie etwa den Zusammenhalt Europas durch die Bevormundung von Mitgliedsstaaten auf dem Rechtswege zu erzwingen.

Das flüssig geschriebene Buch schließt mit dem Kapitel „Was jetzt zu tun ist“. Darin fasst der Autor in zehn Punkten die wichtigsten Punkte seiner deutsch-europäischen Programmatik in knapper Form nochmals zusammen und endet mit einem klugen Motto von Gottfried Benn: „Erkenne die Lage, rechne mit deinen Defekten, gehe von deinen Beständen aus, nicht von deinen Parolen!“ Wer wollte ihm da widersprechen?



**Klaus von Dohnanyi:** „Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“, Siedler-Verlag München 2022, gebunden, 238 Seiten, 22 Euro

## GARTENBAU

## Gärten in Ostpreußen früher und heute

Im Königsberger Gebiet teilt der Autobauer „Avtotor“ seinen Mitarbeitern Agrarflächen zum Obst- und Gemüsebau zu

VON BÄRBEL BEUTNER

Es sind schwere Zeiten für alle in diesem Sommer 2022. Die politischen Probleme erreichen den Alltag der Menschen; das Leben wird schwieriger und teurer. Der „Königsberger Express“ vom Juni dieses Jahres berichtet von dem Automobilwerk „Avtotor“, das „seinen Angestellten Grundstücke zum Anbau von Obst und Gemüse zur Verfügung“ gestellt habe. 168 solcher Grundstücke sollen bereits bei Fuchsberg [Cholmogorowka] nördlich von Königsberg verteilt worden sein. Die Belegschaft, so heißt es dazu, „nahm diese Initiative der Werkleitung mit Dank und Begeisterung auf“.

Natürlich freute sich die Belegschaft von „Avtotor“ über die Möglichkeit, anpflanzen und ernten zu können, nicht nur wegen der steigenden Lebensmittelpreise, sondern auch aus Liebe zum Gartenbau. Jeder Russe, so habe ich irgendwo gelesen, sei in seiner Seele ein Bauer.

Seit Jahrhunderten ist Ostpreußen ein Bauernland, in deutscher Zeit die Kornkammer mit der effektivsten Landwirtschaft, so wie Pommern auch, und Gärten in allen Größen und Ausstattungen gehörten immer dazu. Als die früheren deutschen Bewohner in das Königsberger Gebiet reisen durften, sahen sie bei ihren Besuchen vor allem auf dem Lande überall Gärten. Es blühte und wuchs und spendete Früchte. Aber auch die Städter besaßen eine Datscha, wo man eine richtige kleine Landwirtschaft betrieb sowie die Wochenenden und den Urlaub verbringen konnte.

#### Jeder hat einen Garten

In meinem Heimatdorf hat jeder einen Garten. Unvergesslich ein Tisch bei meinem ersten Besuch 1992. „Alles, was hier auf dem Tisch steht, kommt aus der Heiligenwalder Erde!“, erklärte man mir: die Kartoffeln, das Gemüse und die Früchte. Das Fleisch stammte von den Hühnern, die man hielt. Nur das Konfekt und die Kekse waren aus Memel, wo Verwandte



Anbau für den Eigenbedarf: Wie heute auf der Datscha oder hinterm Haus wurde in Ostpreußen Gartenbau betrieben

der Hausfrau lebten. „Wir kaufen gern dort ein, wenn wir die Verwandten besuchen“, hieß es. „In Litauen ist das Warenangebot sehr gut!“

Die ersten russischen Lektionen bekam ich im Garten meiner Freundin von ihrer kleinen Tochter, die damals noch nicht zur Schule ging, heute Diplom-Mathematikerin und Mutter eines heranwachsenden Sohnes ist. Klubnika = Erdbeere, malina = Himbeere, morkowka = Mohrrübe, pomidor = Tomate, so lernte und schmeckte ich – und Produkte aus eigenem Garten sind ein besonderes Geschmackserlebnis.

Je mehr ich heimisch wurde in meinem Heimatdorf, das ich nur als russischen Ort kenne, umso besser verstand ich meine deutschen Verwandten und Landsleute.

Die verlorenen Gärten in Ostpreußen wurden im Westen wieder gestaltet. Wer ein Haus baute, legte einen Garten an und genoss und verschenkte den eigenen Salat, die eigenen Beeren, Pflaumen und Möhren. Mein Onkel erwarb in Schleswig-Holstein einen Schrebergarten mit Häuschen und machte ein Muster an Schönheit und Fruchtbarkeit daraus. Als Dorfschullehrer in Ostpreußen hatte Gartenland für ihn zur Besoldung gehört. Meine Tante, ebenfalls vom Lande, bereitete gesunde Säfte und köstliche Marmeladen zu. Im Sommer ging es um 5 Uhr morgens in den Garten zum Gießen, von der reichen Ernte wurden Freunde und Nachbarn mitbedacht, wie man das von Ostpreußen gewohnt war.

Meine Großmutter in Heiligenwalde soll besonders freigiebig gewesen sein, und meine russischen Freundinnen und Nachbarinnen stehen ihr darin nicht nach. Dass Gäste im Garten von allem probieren dürfen und ein Glas mit eingeweckten Pilzen oder Obst mitnehmen müssen, ist heute so selbstverständlich wie früher in deutscher Zeit. Einmal kam eine deutsche Reisegruppe für mehrere Stunden ins Dorf. Die Gäste machten sich selbstständig und gingen die heutigen Bewohner in ihren Häusern und Gärten besuchen. Auf Ostpreußisch heißt das: sie gingen plachandern, das bedeutet: umhergehen und sich mit denen unterhalten, die man trifft.

Wieweit das Plachandern auf Russisch und Deutsch geklappt hat, weiß man nicht,

aber alle Gäste stiegen mit Äpfeln, Gurken, Blumen, Pflaumen und sogar mit ein paar Eiern wieder in ihren Touristenbus nach Königsberg. Und Neuigkeiten hatten sie auch reichlich erfahren.

#### Heimisch geworden im Heimatdorf

Die russischen und die deutschen Heiligenwalder Gärtnerinnen tauschten besonders gern ihre Blumen und Ziersträucher aus. So wuchs und blühte zum Beispiel die Engelstrompete im Osten und im Westen.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass Feld- und Gartenarbeit mit viel Mühe verbunden ist. Im alten Ostpreußen gab es im Sommer nur eine kurze Nachtruhe. Davon zeugt das „Lied der Drescher“ aus dem Memelland. „Leute, steht auf, denn die Uhr ist schon drei!“, heißt es da, nachzulesen in dem Buch „Mein Lied, mein Land“, Elberfeld 1955. Man stand mit den Hähnen auf, wenn man einen Garten zu bestellen hatte. Meine Großmutter pflückte im Morgentau Erdbeeren, die einige Stunden kühl und abgedunkelt aufbewahrt wurden, damit sich bis zum Verzehr das Aroma nachhaltig entfalten konnte. Und wie lange am Abend gearbeitet wurde, erzählt das bekannte Volkslied „Es dunkelt schon in der Heide, nach Hause lasst uns gehen. Wir haben das Korn geschnitten mit unserem blanken Schwert.“

Heute erleichtern Maschinen so manche Arbeit, aber die langen ostpreußischen Sommertage werden voll genutzt. Ich war zu Hause in Heiligenwalde [Uschakowo] stets Feriengast und durfte ausschlafen, aber zum Frühstück gab es frisch gepflückte Zucchini, die in dünne Scheiben geschnitten köstlich in der Pfanne angebraten wurden. In einem Sommer war Tante Milla aus Taschkent zu Besuch. Sie schien im Garten zu übernachten, sie war einfach immer dort tätig. Auch bei den Nachbarn im Dorf geht es nach einem gemütlichen Abendessen noch einmal in den Garten, wo es noch genug zu tun gibt, so lange es hell ist.

#### KRIEGSFOLGEN

## „Der Ärger kommt nur von den Pomuchelsköppen da oben“

Wehmut auf beiden Seiten – Wie sich der Ukrainekrieg auf die deutsch-russischen Beziehungen auswirkt

Seit dem 24. Februar hat sich die Welt verändert. Da begann ein Krieg, der nicht auf einem anderen Kontinent stattfindet, sondern von dem wir unmittelbar betroffen sind. Russland und die Ukraine – hier in unserem Alltag leben wir mit Menschen aus beiden Ländern zusammen.

Meine Nachbarin lässt sich nur von Olga ihre Dauerwelle machen. Olga kommt aus der Ukraine. Mein Augenarzt in der Gemeinschaftspraxis ist ein Russe aus der Nähe von Sankt Petersburg. Meine engste Freundin ist eine Deutsche aus Russland, und ein Kollege von mir war froh, als er eine russische Pflegekraft bekam. Seine Haushaltshilfe ist übrigens eine Polin aus Breslau.

Und nun ist eine andere Realität über uns hereingebrochen. Plötzlich gibt es Feinde, ein furchtbares Flüchtlingselend ruft bei den deutschen Vertriebenen die schlimmsten Erinnerungen wach, dazu ein Medienkrieg, der den „Normalverbraucher“ irgendwann allen Nachrichten gegenüber unsicher werden lässt.

Es trifft besonders diejenigen, die zwischen die Fronten geraten, die sich nicht für eine Seite entscheiden können. Das

sind zunächst die Russen und die Ukrainer selbst. Die meisten sind doch „gemischt“. Ständig erfährt man: „Meine Mutter stammt aus der Ukraine“, oder: „Ich bin Ukrainer, meine Frau ist Russin“. Und dann so ein Krieg! Ein Bruderkrieg – und in allen E-Mails und Telefongesprächen gibt es nur den Wunsch, dass diese Heimsuchung bald vorbei sein möge.

Noch komplizierter ist die Situation der Deutschen aus Russland, denn hier geht die Frage nach der Identität und der Zugehörigkeit verschlungene Wege. In einer Talkshow war die Autorin Katharina Martin-Virolainen zu Gast, Jahrgang 1986, die seit 1997 in Baden-Württemberg lebt. Sie kam mit ihren Eltern aus Kasachstan. In der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist sie sehr aktiv, im „Frauenverband im Bund der Vertriebenen“ wurde sie zur Vizepräsidentin gewählt.

Der 24. Februar riss bei ihr eine Wunde auf, die sie von ihren russlanddeutschen Vorfahren geerbt hat. Die Oma wurde als Deutsche aus der Ukraine nach Kasachstan deportiert und litt unter Heimweh nach der ukrainischen Heimat. Die Enkelin publiziert Bücher auf Deutsch, aber sie

sagt: „Russisch ist meine erste Muttersprache!“

Der Krieg hat einen Keil zwischen Russland und Deutschland getrieben, so wie er in den Familien Spaltungen und Zerwürfnisse hervorgerufen hat. Es entsteht Angst, dass die bisher gelungene Versöhnung zwischen Deutschland und Russland vielleicht auf lange Zeit beeinträchtigt, wenn nicht gar zerstört wird. Das tut weh.

#### Unerreichbarer Sehnsuchtsort

Diese Sorge belastet eine weitere Gruppe: die früheren deutschen Bewohner des nördlichen Ostpreußens und die heutigen russischen Bewohner des Königsberger Gebiets. Die deutschen Vertriebenen dieser Region traf das Vertreibungsschicksal besonders hart. Während die Schlesier, Ermländer, Masuren und Pommern seit den Ostverträgen 1970 ihre Heimat besuchen konnten, blieb den Königsbergern und Samländern ihre Heimat bis 1991 verschlossen. Das Sperrgebiet wurde zum unerreichbaren Sehnsuchtsort, zur Obsession.

Umso eindrucksvoller war die Erfahrung, als die Deutschen wie Gäste von den

Russen empfangen wurden, als habe es die Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht gegeben. Als 2004 ein Gottesdienst in der Gedenkstätte Germau gefeiert wurde, stellte der Pastor seine Predigt unter das Wort Gottes zu Moses: „Ziehe deine Schuhe aus, denn wo du stehst, ist heiliges Land.“ Heiliges Land, von Blut und Tränen getränkt. Zehn Jahre vorher, bei einer Jubiläumsfeier 1994, sagte die russische Reiseleiterin: „Wir können alle nichts dafür, dass die Geschichte so gelaufen ist!“

So nahmen sowohl die russischen Bewohner wie die deutschen Gäste sich die Aufgabe vor, die Geschichte umzulenken. Kontakte wurden vertieft, Freundschaften entstanden, gemeinsame Projekte wurden angegangen. Alle Samländer, ob sie ein- oder zweimal zu Besuch waren oder ob sie zu den „Dauerfahrern“ gehörten, berichten über die gleichen Erfahrungen: Freundliches Entgegenkommen, große Hilfsbereitschaft und herzliche Gastfreundschaft brachten ihnen die russischen Bewohner entgegen. Wer oft hin- und privat wohnte, hörte bald den Satz: „Sie ist eine von uns!“ Und noch deutlicher drückte es ein russischer

Freund über seinen alljährlichen deutschen Feriengast aus: „Ich habe sein Elternhaus gekauft, und wenn er kommt, schläft er in seinem Kinderzimmer.“

Nun zieht die Politik den Königsbergern und Samländern den Boden unter den Füßen weg. Russen und Deutsche leiden gemeinsam und müssen sich gegenseitig Mut zusprechen. War alles bisher vergeblich? Hatten wir alle eine trügerische Hoffnung, Versöhnung und Frieden verwirklichen zu können?

Die deutschen Samländer können weiterhin von ihren guten Erfahrungen und glücklichen Stunden in ihrer Heimat berichten, unterstützt von den russischen Freunden dort. Einer von ihnen, Germanist und Fremdenführer, rief einmal laut in Königsberg über den Domplatz: „Der Ärger kommt doch nur von den Pomuchelsköppen da oben!“ Großer Schreck bei den deutschen Gästen. Aber es stimmt ja. „Oben“ wird manches in Gang gesetzt, was den Menschen Kummer und Leid bringt. „Unten“ bei den einfachen Leuten gelingt es trotzdem immer wieder, gut und verträglich zusammenzuleben. B.B.

## ● AUFGESCHNAPPT

Laut einer Umfrage lehnt fast die Hälfte der Deutschen das „Gendern“, die angeblich geschlechtergerechte Sprache ab. 35 Prozent ist es egal und gerade einmal zehn Prozent halten die Vergewaltigung der Sprache und damit der Gesellschaft für „nützlich“. Oft entzieht sich das Ganze sogar der Logik der „Gender“-Vertreter, wie bei „Ärzt\*innen“. Wo ist hier der männliche Plural? Dennoch nehmen sich gerade junge Menschen gern des „Genderns“ an.

Neulich gab es ein Gespräch zwischen zwei Studenten, wobei einer erklärte, in seiner Hausarbeit selbstverständlich „gendert“ zu haben, so bei „Arbeiter\*innen“. Nur bei „Arbeiterklasse“ sei er unsicher gewesen, letztlich habe er sich aber entschlossen, diese als Fachterminus nicht in „Arbeiter\*innenklasse“ umzuformen. Sein Gegenüber war mindestens ebenso angetan vom „Gendern“, hatte aber auch schon Problemzonen entdeckt. Bisher ungelöst etwa: „Bürgermeisterkandidaten“. Wie viele Sternchen? Drei? „Bürger\*innenmeister\*innenkandidat\*innen“? E.L.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Im „Hamburger Abendblatt“ (9. Juli) sorgt sich der stellvertretende Chefredakteur Matthias Iken, dass es bei uns „zurück ins Mittelalter“ geht, wenn man sich bereitwillig der gesellschaftlich ausgrenzenden linken Identitätspolitik, der „Cancel Culture“ oder der „woken“ Transgender-Ideologie unterwirft:

„Die Träume eines Martin Luther King ... gelten als vorgestrig, die Ideale der Aufklärung werden entsorgt. Manche halten schon Schach für problematisch, weil die weißen Figuren den ersten Zug machen. Mathematik gilt als Mittel der Unterdrückung, weil sie Weiße erfunden haben. Das klingt zunächst drollig, führt aber Schritt für Schritt in eine voraufklärerische, totalitäre Gesellschaft.“

Der „Focus“-Kolumnist Jan Fleischhauer befasst sich in der Ausgabe vom 25. Juni mit dem harten ideologischen Kern der Grünen und der Nominierung der Aktivistin Ferda Ataman zur Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes, die zur Vorbereitung auf ihr neues Amt versucht, ihre radikale Vergangenheit zu kaschieren:

„Vor einigen Tagen hat Ataman alle Spuren auf Twitter gelöscht. Offenbar war sie selber der Meinung, dass ihr altes Leben in so einem eklatanten Widerspruch zur neuen Aufgabe steht, dass sie dieses besser vor der Öffentlichkeit verbergen sollte. Wer heute auf ihren Account geht, sieht dort nur noch harmlose Einträge wie Glückwünsche zur Nominierung. Unter den Tweets, die nicht mehr angezeigt werden, befindet sich die Einschätzung, dass die deutsche Gesellschaft im Innern so verdorben sei, dass Ärzte zu Ungunsten von Migranten selektieren würden.“

Der Ökonom Rüdiger Bachmann kritisiert auf ntv.de (12. Juli) die Aussage von Wirtschaftsminister Robert Habeck, Fachleute hätten mit ihrer wenig pessimistischen Wachstumsprognose ein mögliches Gasembargo verharmlost:

„Wir haben immer gesagt, dass ein Gasembargo eine Rezession nach sich ziehen würde, maximal in der Größenordnung der Corona-Rezession, und das war ein massiver Einbruch. Wir haben aber zugleich darauf hingewiesen, dass diese Rezession mit den richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen abgefedert werden könnte – so war es in der Corona-Krise ja auch. Der Wirtschaftsminister war aber offenbar nicht bereit oder nicht in der Lage, die Maßnahmen zu ergreifen, die die Große Koalition in der Corona-Krise ergriffen hat. Das spricht ja auch für sich.“

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Haben wir uns schon abgeschafft?

Wie es weitergeht – in „einem modernen Einwanderungsland“ mit Schwimmbadpolizei und Wärmehallen

VON ERIK LOMMATZSCH

Im Jahr 2010 erschien ein Buch mit dem einprägsamen Titel „Deutschland schafft sich ab“. Eine damals die Geschichte unseres Landes lenkende Frau hatte „Kern und Intention“ des Buches bereits anhand einiger Vorabdrucke erfasst und musste sich folglich nicht weiter mit dem doch recht umfangreichen und zahlenschweren Kompendium quälen. Mittels ihrer raschen Auffassungsgabe war ihr schnell bewusst geworden, dass dieses Werk „nicht hilfreich“ sei. Denn es war, wie der vielleicht unbedarfte und dem Wirken des Autors Thilo Sarrazin nicht vertraute Zeitgenosse im ersten Augenblick vielleicht hätte vermuten können, nicht als Anleitung zur Abschaffung, sondern als Bestandsaufnahme und Warnung für besorgte Bürger gedacht.

In dieser Hinsicht konnte die Frau beruhigt sein, denn obwohl das Buch eines der meistverkauften der Bundesrepublik werden sollte und es auch andere Querulanten und Schwurbler gab, hielten sich die Störungen bei der Umsetzung der von ihr verfolgten Politik in Grenzen, auch wenn sie lästig, eben „nicht hilfreich“ waren. Inzwischen kann sie ihren Ruhestand genießen, ihr Erbe ist in würdigen Händen, die Sache mit der Selbstabschaffung läuft gut, auf allen Ebenen. Aktuelle Momentaufnahmen gefällig?

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) moniert zwar den FDP-Vorschlag, Englisch in Deutschland als zweite Amtssprache einzuführen, allerdings nicht aus grundsätzlichen, sondern allein aus praktischen Erwägungen, denn wenn „es um Verordnungen und Gesetze geht, gilt hierzulande schon aus Gründen der Rechtssicherheit die Amtssprache, und die ist Deutsch“. Mit der Einführung des Englischen befürchte man einen höheren bürokratischen Aufwand und man setze ja seit Langem auf interkulturelle Kompetenz.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, findet die Idee mit der zweiten Amtssprache gut: „Wir machen Deutschland zu einem modernen Einwanderungsland.“ Genauso hat der stellvertretende Bundesvorsitzende der Liberalen den Vorschlag seiner Partei begründet: „Wir müssen neben attraktiven Arbeitsbedingungen auch die Regeln zur Einwanderung attraktiver machen.“

Ein Meilenstein auf diesem Weg ist sicher die nach einigen wohl unbotmäßigen Ein-

wänden endlich erfolgte Wahl von Ferda Ataman zur Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes. Ataman verweist die von ihr gern als „Kartoffeln“ bezeichneten Deutschen schon mal auf ihre Plätze und ruft zur Bekämpfung des ihrer Meinung nach hierzulande offenbar verbreiteten „völkischen Nationalismus“ auf. Dabei gibt es durchaus Signale, die Frau Ataman ermutigen könnten. Denn mit Felor Badenberg hat es immerhin eine in Teheran geborene Frau zur zweithöchsten deutschen Inlandsspionin gebracht, zur Vizepräsidentin des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Dass sie unlängst in den Iran reiste, obwohl dieser zu den Ländern gehört, deren Besuch den BfV-Mitarbeitern streng verboten ist, mag nur auf den ersten Blick irritieren. Der Grund für das Verbot – drohende Verhaftung wegen Spionage – wiegt wohl kaum schwerer, als die Notwendigkeit, dringende Familienangelegenheiten im Herkunftsland zu regeln.

## Es geht auch ohne Schule

Das BfV dementierte zwar gegenüber dem „Focus“, der darüber berichtete, mit dem Verweis, dass sich das Ganze auf eine fünf Jahre zurückliegende Reise von Frau Badenberg beziehe, für die eine Ausnahmegenehmigung vorgelegen habe, und dass seitdem keine weitere stattgefunden habe. Das Nachrichtenmagazin bleibt allerdings bei seiner Darstellung. Zumindest könnte man fragen, ob die Verbotgründe vor fünf Jahren weniger gravierend waren. Oder was es mit der Meinung eines früheren Spitzenbeamten des Innenministeriums auf sich hat, Frau Badenberg hätte beim BfV niemals eingestellt werden dürfen, da ein Teil ihrer Familie in Teheran lebt und sie daher erpressbar sei. Aber gegen derartig unbotmäßige Ansinnen kann sich ja jetzt die neue Antidiskriminierungsbeauftragte ins Zeug legen.

Arbeit gibt es für Ataman reichlich. Zwar ist nicht anzunehmen, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zur Schar der begeisterten Sarrazin-Leser gehört (auch wenn der Autor bis vor Kurzem noch ihr Parteifreund war), aber diskriminierende Ausreiter unterlaufen ihr schon einmal. Faeser hatte sich dafür ausgesprochen, dass die Polizei in Freibädern präsenter sein solle, die Zahl der Meldungen über Gewalt bis hin zu Massenschlägereien hat in letzter Zeit deutlich zugenommen. Sie konstatierte überraschend „ganz offensichtlich Gewalt aus mig-

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) moniert zwar den FDP-Vorschlag, Englisch in Deutschland als zweite Amtssprache einzuführen, allerdings nicht aus grundsätzlichen, sondern allein aus praktischen Erwägungen ...



Alle Wochenrückblicke finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

rantischen Milieus“. Also mehr Ordnungshüter für die sommerlich Schwimmvergnügten, unter denen in der Regel auch viele Kinder zu finden sind. Gab es nicht auch mal Zeiten, in denen der Polizist, wenn er denn ins Schwimmbad ging, dies ausschließlich zu seinem Freizeitvergnügen tat, weil sein amtliches Wirken hier gar nicht gefragt war? Neue Lage, damit muss man sich abfinden, dann eben mehr staatliche Wachsamkeit. Oder wie es die Frau, die lange die Geschehnisse des Landes lenkte, in der ihr eigenen Rhetorik ausgedrückt haben soll: „... nun sind sie halt da“.

Zu den Dingen des Deutschlands der Vorzeit wird demnächst auch die Fünf-Tage-Schulwoche zählen. Vier Tage reichen auch, so sieht man es zumindest in Sachsen-Anhalt, wo dieses „Modell“ nach den Sommerferien an einigen Schulen ausgetestet werden soll. Offiziell geht es um „Freiräume in der konzeptionellen Unterrichtsplanung und Unterrichtsdurchführung“, mit Lehrermangel hat es selbstredend gar nichts zu tun.

Dass es im Prinzip auch ganz ohne Schule geht, hat die Ära der Corona-Maßnahmen gezeigt. Und wenn man einen Blick auf eine aktuelle Umfrage wirft, die ergeben hat, dass 49 Prozent der Deutschen glauben, dass es mehr als zwei Geschlechter gebe, kann man schon die Frage stellen, was der bisherige Schulaufwand gebracht hat.

Die Veränderungen schreiten allerorten voran, auch im greifbar-materiellen Bereich. Peter Tschentscher (SPD), Erster Bürgermeister von Hamburg, erklärt, dass Prioritäten in der jetzigen Lage, Stichworte „Energie“ und „Klimakrise“, neu zu gewichten seien. Da soll man ruhig Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten bauen, das sei „in der Interessen- und Zielabwägung vertretbar“. Dort, wo es zaghafte Versuche gibt, eventuell zu früher Bewährtem zurückzukehren, gibt es klare Absagen. So etwa erklärte Wirtschaftsminister Robert Habeck, er habe das Ansinnen prüfen lassen, die Laufzeit der verbliebenen drei Atomkraftwerke über den kommenden Jahreswechsel hinaus zu verlängern. Im Ergebnis sei dies „auch angesichts der aktuellen Gas-Krise nicht zu empfehlen“. Dafür werden Planungen vorangetrieben, für die kommende kühlere Jahreszeit Hallen einzurichten, in den sich Menschen aufwärmen können, die Probleme mit den Heizkosten haben. Es geht immer noch um Deutschland, Deutschland im Jahr 2022. Oder hat es sich zwischenzeitlich vielleicht schon abgeschafft?

## ● WORT DER WOCHE

„Die Fixierung der Politik auf Minderheiten treibt die Spaltung unserer Gesellschaft voran.“

Ulrike Ackermann, Politikwissenschaftlerin und Gründerin des John-Stuart-Mill-Instituts für Freiheitsforschung, zu den aktuellen familien- und migrationspolitischen Plänen der Bundesregierung